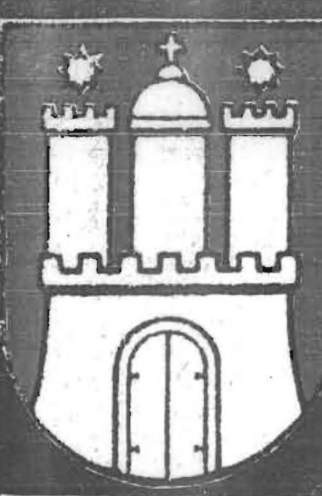


Hamburg - Stadt mit Herz für Faschisten



Dokumentation:

Zehn Jahre Begünstigung der NSDAP-Umtriebe



Inhalt

Impressum

Herausgeber: Kommunistischer Bund
Verlag: J. Reents Verlag
Druck: Zeller u. Co.
Auflage: 2.500
Erschienen im April 1978

Preis DM 3,50

Vorwort

Hamburgs Senat will offenbar weiter seine Pionier-Rolle bei der Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung spielen: Nach Hamburgs Pionier-Rolle u.a. bei der Einführung der Berufsverbote, des polizeilichen Todesschusses und der ,,Trennscheibe" bei Gesprächen zwischen Anwälten und Gefangenen soll Hamburg jetzt auch das erste Bundesland der BRD mit einer legalen ,,NSDAP" werden. Widerstand gegen das Wiederauferstehen der NSDAP läßt Hamburgs Senat mit Polizei-Knüppeln niederprügeln.

So geschehen am Sonntag, 26. Februar 78, in Hamburg-Lurup. Dort konnten sich in der Gaststätte ,,Lindenpark" ,,NSDAP"-Gruppen aus allen Teilen der Bundesrepublik treffen. Ungefähr 800 Gegendemonstranten, die das Nazi-Treffen verhindern wollten, wurden von starken Polizeikräften in Schach gehalten. Mehrfach knüppelte Kloses Polizei den Nazis eine Gasse, damit sie in ihren Versammlungsraum gelangen konnten.

Der Hamburger Senat ermöglichte damit eine Zusammenrottung von Nazis wie:

- Thies Christophersen, Verfasser der antisemitischen Hetzbroschüre ,,Auschwitzlüge", ehemaliger SS-Wachmann im KZ Auschwitz.
- Erwin Schönborn, Vorsitzender des ,,Kampfbund Deutscher Soldaten", gerichtsbekannter Antisemit und Antidemokrat.
- Karl-Heinz Hoffmann, Chef der berüchtigten SA-ähnlichen ,,Wehrsportgruppe".
- Uwe Rohwer, Ausbilder der Schlägerbanden der ,,Wiking-Jugend".
- Die ,,Hansa"-Bande, eine kriminelle Vereinigung von 20 - 30 Jungnazis, die durch Hakenkreuzschmierereien, antisemitische Hetze, Provokationen und direkten Terror gegenüber jüdischen Bürgern in Erscheinung getreten ist. Wie erst kürzlich bekannt geworden ist, hat die Bande in diesem Jahr systematisch die Ausbildung terroristischer und krimineller Kader in sog. ,,Wehrsportgruppen" betrieben. Mehrere der Bandenmitglieder sitzen inzwischen wegen Bankraub, Waffenraub u.ä. in U-Haft. Ob tatsächlich die Absicht besteht, sie auch zu bestrafen, — wenn nicht öffentlicher Druck das erzwingt — ist allerdings mehr als zweifelhaft.

Es gibt genug Gesetze und genug einwandfreie Beweise, um a l l e diese ,,NSDAP"-Gründer und antisemitischen Mordhetzer hinter Schloß und Riegel zu bringen. Wenn diese Gesetze seit Jahren nicht angewendet werden und wenn jetzt dies Nazi-Banditen gar Polizeischutz erhalten, so dokumentiert dies das I n t e r e s s e des Staates und speziell des Hamburger Senats an der Existenz dieser Banden.

Die Provokation, die der Hamburger Senat am 26.2.78 gegenüber der antifaschistischen und demokratischen Bewegung gestartet hat, reiht sich ein in eine ganz Kette von ähnlichen Ereignissen, von Nicht-Verfolgung, Duldung und damit Begünstigung derartiger krimineller Umtriebe.

- So konnte der Nazi Wolf Dieter Eckhart acht Jahre lang völlig unbehelligt den Wiederaufbau der ,,NSDAP" betreiben, bevor er im Herbst '77 zum ersten Man zu einer geringen Geldstrafe rechtskräftig verurteilt wurde.
- So konnte Christophersen im November 74 im ,,Haus der Sports" schon einmal eine Versammlung unter der Hakenkreuzfahne durchführen.
- So fand Anfang 76 eine ,,Reichsgründungsfeier" vorwiegend der ,,Jungen Nationaldemokraten" und der ,,Wiking-Jugend" statt, die in Uniform durch Hamburgs Stadtviertel zogen. Die Polizei griff nicht ein. Begründung: Es seien keine ,,Störungen" (gemeint: antifaschistischer Protest!!) zu erwarten;
- So erklärte der Hamburger Innensenator anläßlich des NPD-Kongresses ,,Kongreß der nationalen Kräfte Europas" im August 76: ,,Wir werden die Veranstaltung zu schützen wissen" und ließ die Polizei auf antifaschistische Demonstranten einknüppeln.

Seit einem Jahr treibt nun die ,,Hansa"-Bande in Hamburg und Umgebung unter den Augen der Polizei ihr Unwesen. Trotz der in der Presse groß vom Innensenator herausgestrichenen ,,Verhaftungen" einiger Mitglieder der Bande und seinem ,,Aufruf", gegen die Nazi-Kriminellen vorzugehen besitzt die Bande g l e i c h z e i t i g die Frechheit, unter dem Namen ,,Aktionsgemeinschaft nationaler Sozialisten" (ANS) ihre Kandidatur zur Bürgerschaftswahl anzumelden.

Daß sie jetzt schon ihre Kandidatur zurückgezogen haben, ist allein das Verdienst der antifaschistischen Kräfte, die die Politik der Legalisierung dieser offen als ,,NSDAP" auftretenden kriminellen Nazi-Bande nicht hingenommen haben.

Es scheint sich die Entwicklung der zwanziger Jahre zu wiederholen: Auch damals, als die aufkommende ,,nationalsozialistische Bewegung" noch so schwach war, daß sie von der Arbeiterbewegung ohne weiteres hätte zerschlagen werden können, war es der Staat, der mit Hilfe der Polizei das Überleben und Ersarken der Nazis sicherte.

Die Nazis, die sich am 26. Februar 1978 in Hamburg-Lurup unter Polizeischutz treffen konnten, um die nächsten Schritte zur Gründung einer bundesweiten ,,NSDAP" zu beraten, mögen — trotz ihrer zahlreichen terroristischen und kriminellen Aktivitäten — als vergleichsweise ,,harmlose Spinner" erscheinen. Wesentlich ist jedoch, daß hier gezielt die nach 1945 durchgesetzten antinazistischen Gesetze (Verbot der NSDAP und ihrer Wiedergründung, Verbot nazistischer Propaganda, Verbot der Hetze gegen andere Völker, usw.) durchbrochen werden, daß hier der Weg für eine legale ,,NSDAP" bereitet wird. Die SPD spielt dabei wieder, wie schon einmal in der deutschen Geschichte, die Rolle des Wegbereiters für den braunen Terror.

Nicht zufällig zogen Kommunisten u n d Sozialdemokraten nach der nazistischen ,,Machtergreifung" 1933 in Gefängnissen und KZ's den g e m e i n s a m e n Schluß, daß es künftig gelten müsse, den A n f ä n g e n zu wehren, Diese Erkenntnis steht heute wieder auf der Tagesordnung.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wer wurde am 26.2.78 geschützt

Thies Christophersen



geb; 27.1. 18 in Kiel, wohnhaft in Mohrkirch (Schleswig-Holstein); seit 1931 Mitglied im „Deutschen Jungvolk", 1944 (Januar bis Dezember) SS-Sonderführer (Z) im Nebenlager Raisko des KZ Auschwitz.

1974 wurde Material, das Christophersen belastet und das *„auf Verbrechen gegen die Menschheit hinweist"*, von der polnischen Hauptkommission für die Untersuchung der Naziverbrechen in Polen an die Staatsanwaltschaft in Frankfurt/Main weitergeleitet.

1945 und später: Mitglied in CDU, Deutsche Partei und NPD – die er alle verließ, weil sie ihm zu „demokratisch" waren. Ende der 60er Jahre: Mitbegründer der rechtsradikalen „Notgemeinschaft Deutscher Bauern"; Herausgeber des „Deutschen Bauer", der später von Dr. Gerhard Frey („Deutsche Nationalzeitung") übernommen wurde.

Seit 73/74: Chef der „Bauern- und Bürgerinitiative e.V." (BBI) und Herausgeber der „Bauernschaft"; Inhaber des „Kritik-Verlag" für antisemitische und sonstige Nazi-Literatur.

Seit Jahren gehört Christophersen zu denjenigen, die offen und provokativ die Rehabilitierung des Nazismus betreiben, die Errichtung eines „Vierten Reichs" propagieren und zur Sammlung der Neonazi-Szene beitragen.

Von ihm stammt die wohl bekannteste Schrift der heutigen Nazi-Szene: Die „Auschwitzlüge" (siehe Dokument). Für die Nazi-Propaganda in seiner „Bauernschaft" einige Beispiele:

„Demokratie ist die Macht der Zahl und damit Macht der Dummheit Wir aber wollen eine Auslese und nicht Delegierte einer Parteiversammlung. ... Nach dem verlorenen Krieg kam der Abschaum an die Macht, der unsere Niederlage bejubelte." (Bauernschaft" 1/76).

„Ob ich heute noch Nationalsozialist bin? Ja ... Adolf Hitler hat das Großdeutsche Reich geschaffen. Die Alliierten haben es zerstört. Adolf Hitler ist gewesen – er kommt nicht wieder. Für uns gilt es, das Vierte Reich aufzubauen." (Bauernschaft 4/75).

Ein Blick auf Christophersens Auftritte

1972: Christophersen randaliert gemeinsam mit dem Neofaschisten Roeder bei der „documenta" in Kassel.

1973: Christophersen gibt die „Auschwitzlüge" heraus, in der die dortigen Verbrechen geleugnet werden und die größte Menschenvernichtungsanlage der Nazis als „Kurort" beschrieben wird.

26.4. 74: Christophersen überfällt zusammen mit Roeder und 15 weiteren Nazis – u.a. die Schläger-Familie Müller („NS-Kampfgruppe Mainz") – in Westberlin eine Ausstellung über das KZ Auschwitz und zerstört sie zum Teil.

November 1974: Christophersen veranstaltet in Hamburg im „Haus des Sports" eine Nazi-Veranstaltung mit Hakenkreuzfahne, Heil-Hitler-Rufen und Vorlesung aus „Mein Kampf". Anwesend waren u.a. Gary Rex Lauck, Chef der „NSDAP/AO" (Auslandsorganisation) aus den USA, der zum Thema sprach: *„Warum wir Amerikaner noch Adolf Hitler verehren"*, sowie Wolf-Dieter Eckart („NSDAP-Freundeskreis" Hamburg).

In ersten Stellungnahmen des Senats und der Leitung des „Haus des Sports" hieß es zunächst, es habe sich um eine NPD-Veranstaltung gehandelt. Die NPD werde zukünftig keine Räume im HdS mehr erhalten. Die Wahrheit ist (bei den Praktiken des Hamburger Senats gar nicht anders zu erwarten!), daß der NPD weiterhin im HdS Räume zur Verfügung standen und stehen, zumindest für die regelmäßigen „Diskussionsabende" des NDP-Landesverbandes! Laut Veröffentlichung der Pressestelle des Senats vom 15.11. 74 habe Christophersen *„seit etwa einem halben Jahr alle vier Wochen" im HdS „getagt"*, und zwar mit einem Teilnehmerkreis von – man lese und staune! – *„60 bis 70 Teilnehmern"!* Da Christophersen soviele Leute keinesfalls allein mobilisieren konnte, liegt der Verdacht nahe, daß an den ersten offiziellen Hinweisen auf die NPD etwas dran ist! ...

23.5. 75: Christophersen organisiert zusammen mit Roeder einen Aufmarsch von ca. 100 Faschisten in Flensburg, den sogenannten „Reichstag zu Flensburg", wo u.a. das „Horst-Wessel-Lied" gesungen wurde und die „Wiederherstellung eines freien unbesetzten Reiches" verlangt wurde.

6.8. 77: Christophersen will zusammen mit Schönborn und Huscher so-

wie dem „NPD"-„Historiker" Udo Walendy in Nürnberg einen „Auschwitz-Kongreß" veranstalten (wird verboten).

Christophersen und die Justiz

Bis heute sind gegen Christophersen zwar Dutzende von Strafverfahren angestrengt worden, er wurde aber nur zweimal zu Geldstrafen verurteilt.

Ende 73: Ermittlungsverf. gegen C. wegen „politischer übler Nachrede und Verleumdung" u.a. gegen W. Brandt; nach kurzer Zeit eingestellt.

April 74: Staatsanwaltsch. Hagen beantragt bei Staatsanw. Flensburg die strafrechtliche Überprüfung der „Auschwitz-Lüge". Kein Prozeß.

Nov. 74: Ermittlungsverfahren gegen C. wegen seiner Teilnahme an einer polnischen Auschwitz-Ausstellung in Westberlin (am 26.4. 74); 1975 Verfahren eingestellt.

Dez. 74: Polen legt belastendes Material gegen C. als SS-Mann in Auschwitz vor. Bis heute keine Prozeßeröffnung (Staatsanwaltschaft Frankfurt/M.)

23.5. 75: C. wird wegen des „Reichstags zu Flensburg" (inzwischen rechtskräftig) zu 1.500 DM Strafe verurteilt.

4.8. 75/28.11. 75: Die Schrift „Ist Rassenbewußtsein verwerflich?" (erschienen in C.s Kritik-Verlg) wird aufgrund einer einstweil. Verfügung der Staatswaltschaft Flensburg beschlagnahmt; zuvor schon die „Bauernschaft" Nr. 3/75 wegen „Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts". Im Prozeß wird C. freigesprochen. Der Bundesgerichtshof hat das Urteil jedoch inzwischen aufgehoben. Neuer Prozeßtermin vor dem Landgericht Flensburg ist am 2./3. März 78.

Jan. 76: Das Westberliner Amtsgericht Tempelhof erlaubt C. mittels einstweiliger Verfügung, eine Tagung durchzuführen im „Deutschlandhaus' der „Vertriebenenverbände".

Mai 76: Als erste Strafe wird C. vom Generalbundesanwalt ein Ordnungsgeld von 200 DM auferlegt. C.: ..Allerdings kann ich mit Bescheiden über die Einstellung von Strafverfahren schon bald die Wände tapezieren" („Bauernschaft", 2/76.)

Nov. 76: Die Broschüre „Der größte Verbrecher aller Zeiten" des Kritik-Verlags wird beschlagnahmt; ein Strafbefehl ist noch nicht rechtsgültig.

28.2. 77: Die „Bauernschaft" 4/76 wird beschlagnahmt, weil ein Aufruf der Nationalsozialistischen Weißen Volks Partei (aus USA) abgedruckt ist. Verhandlung deshalb am 26.9.77, näheres unbekannt.

Ende 77: Das Amtsgericht Kappeln entscheidet zum ersten Mal, daß die „Auschwitz-Lüge" (seit 1973 erschienen) beschlagnahmt wird. Ob Anklage gegen C. erhoben wird, ist unbekannt.

Sonderdruck



Die Bauernschaft

FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT

unabhängige Korrespondenz für Freunde und Förderer des Bauernstandes

Herausgeber: Thies Christophersen, 2341 Kalberhagen, Post Mohrkirch — Tel 04646/886

ICH BIN KEIN DEMOKRAT

Ein Bekenntnis von Thies Christophersen

Wenn das, was in der Nachkriegszeit über uns ergehen lassen mußte, Demokratie sein soll, dann bin ich kein Demokrat. Ich rufe auf zum Kampf gegen unsere sogenannte "Grundordnung" die weder freiheitlich noch demokratisch ist.

1. Menschenwürde und Menschenrecht werden weder geachtet noch geschützt. Unsere Wohlstandsgesellschaft duldet es, daß Recht und Würde der freien Bauern bewußt untergraben wird, daß der Mittelstand zerstört wird, daß Rentner und Kriegsbeschädigte zu Bettlern werden.

2. Einer freien Entfaltung der Persönlichkeit steht Korruption, Lobbyismus, Bestechungen und Vetternwirtschaft entgegen.

3. Eine Gleichheit der Menschen gibt es nicht - sie wird es auch nie geben. Immer noch werden Menschen, vorallem wegen ihrer Heimat (Heimatvertriebene) und ihrer Parteizugehörigkeit oder wegen ihres Geschlechts benachteiligt.

4. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit gibt Drückebergern und asosialen Elementen Sonderrechte (Wehrdienstverweigerer)

... Leuten ihre Meinung

Ich bin ein Rassist

Ein Bekenntnis von Thies Christophersen

Rassen lassen sich nicht leugnen - sie sind vorhanden - nicht nur bei Menschen. Als Bauer weiß ich, von der Bedeutung der Rassen und Arten. Ich habe mich in meinem Leben als Vieh- und Pflanzenzüchter betätigt. Jede Art und jede Rasse hat andere Eigenschaften - gute und auch schlechte. In der Zucht ist man bemüht gute Eigenschaften hervorzuheben - wie zum Beispiel: Widerstandsfähigkeit, Gesundheit, Ertragsfähigkeit, Schmackhaftigkeit - und bei den Tieren achtet man auf einige andere Charaktereigenschaften - z.B. glattes Fell, schönes Aussehen, guter Knochenbau, Gangart und vieles mehr.

Doch auch der Zucht - bei Pflanzen sowie bei Tieren, sind Grenzen gesetzt. Wenn wir bei Kühen immer höhere Milchleistung heranzüchten, so geht das zumeist nur auf Kosten einiger anderer Eigenschaften, zum Beispiel auf Kosten des Fettgehaltes der Milch. Aber wenn wir Kühe züchten wollen mit einem hohem Fettgehalt und einer hohen Milchleistung, so geht das auf Kosten der Fleischleistung der Kuh. So haben wir ... Rindvieh mit einer hohen ... Schwarzbunte



Kritik

Die Stimme des Volkes

Herausgeber: Thies Christophersen, 2341 Kälberhagen Post Mohrkirch, Telefon (0 46 46) 886

Kurzfassung der Sonderausgabe Nr. 23

Die Auschwitz-Lüge

Karl-Heinz Hoffmann



So tarnt er sich



So kennt ihn jeder

„Führer" der berüchtigten SA-ähnlichen „Wehrsportgruppe" aus Nürnberg. Hoffmann stellt seine „Wehrsport" gern als „unpolitisch" dar.

Was davon zu halten ist, machen Hoffmann's eigene Aussagen deutlich: Zu Hitler: *„Mir imponiert die Figur Adolf Hitlers. Wie er's machte. Wie er's schaffte. Da sind viele Dinge, die mir imponieren"*. („Extra-Dienst, 17.6.75). *„Mit Sicherheit war er (Hitler) kein Irrer, sondern ein genialer Mensch"*. („Nürnberger Nachrichten", 1.3.74).

„Zur Autobahn fällt mir etwas ganz anderes ein — nämlich in welch brillanter Weise Hitler die Polenfrage zu lösen bereit war. Mit einer exterritorialen Autobahn" („Vorwärts", 9. 1.75).

„Die parlamentarische Demokratie lehne ich aus tiefstem Herzen ab" („Extra-Dienst", 17.6.75).

„Dieser ganze uferlose Parlamentarismus muß weg" („Stern", 28.2.74).

Seit mindestens 21 Jahren (!) ist Hoffmann als Schläger, „Waffensammler" und faschistischer Einpeitscher aktenkundig:

1953 verläßt Hoffmann die DDR und zieht nach Nürnberg/Bayern;

1956 beschlagnahmt die Polizei bei Hoffmann diverse Schußwaffen. Er selbst kommt mit einer Verwarnung davon;

1963 wird Hoffmann in der Türkei als Waffenschmuggler festgenommen;

1968 wird von Hoffmann das erste Faschistentreffen organisiert.

Die „Nürnberger Zeitung" schilderte dieses Treffen so.

„Am Eingang hatten sich Soldaten mit geschulterten Gewehren postiert... Jedem Besucher wird ein blauer Stempel auf den Handrücken gedrückt... Sie kamen in Militär- und SS-Uniformen, gestiefelt, mit Stahlhelm auf dem Kopf und Gasmasken im Gesicht... Mädchen kamen in BDM-Kluften... mit Halstüchern und Hakenkreuzen". Die Polizei stellte die Namen von 24 Hakenkreuzträgern fest, als diese grölend auf die Straße gezogen waren.

1970: Trotz dieser eindeutigen Vergangenheit bekommt Hoffmann von der Stadt Nürnberg für 25 Jahre ein Schloß vermietet, das dann zum Stützpunkt der „Wehrsportgruppe" ausgebaut wurde (Angaben nach ‚Stern", 24.2.74).

1973 erhält Hoffmann vom Amt für öffentliche Ordnung in Nürnberg trotz seiner einschlägigen Vergangenheit Waffenbesitzerkarten für vier Kurz- und 14 Langfeuerwaffen („NN", 14.3.74).

Spätestens seit 1974 hat Hoffmann — zumindest zu dieser Zeit Mitglied



Tübingen am 4.12.76:
Hoffmann-Bande und HTS prügeln mit Knüppeln auf antifaschistische Studenten ein

des „Stahlhelm" — die sogenannte „Wehrsportgruppe" aufgebaut.

Am 26.4.74 versuchte Hoffmann mit einer 15 Mann starken Gruppe eine DKP-Veranstaltung zu sprengen. Sein Einsatzwagen trug damals schon das Emblem der SS, den Totenkopf.

Ebenfalls 1974 leistete Hoffmann Ordnerdienste für die NPD. Im gleichen Jahr wurde ihm zwar die Waffenbesitzkarte wieder entzogen, was ihn aber nicht daran hinderte, weiter paramilitärische Übungen abzuhalten (VS-Bericht 74) und selbst nach wie vor bewaffnet zu sein (Hoffmann auf einer Veranstaltung mit Christophersen und Huscher („Denk-Mit-Verlag" am 29.10.76).

Mehrfach werden Hoffmann's Anhänger bei terroristischen Überfällen festgenommen; 1975 werden in dem Schloß Almoshof Waffen, Munition sowie NS-Embleme sichergestellt. Mehrere Festnahmen erfolgen bei paramilitätischen Übungen. Es wird Anzeige erstattet wegen verbotenen Uniformtragens.

Die Staatsanwaltschaft bewertet das Manöver Hoffmann's als Ausdruck einer rechtsradikalen Gesinnung, die darauf abzielte, die parlamentarische Demokratie druch eine Führerstruktur zu ersetzen („Welt der Arbeit, 18. 7.75). Hoffmann wird zu DM 8.000 Geldstrafe verurteilt, die von Frey („Deutsche Nationalzeitung") bezahlt wird. Im Verlauf des Jahres 75 werden Meldungen bekannt, wonach Hoffmann Söldnerwerbung für das Rassistenregime in Rhodesien betreibt.

Im August 75 sowie im Januar 77 wird bekannt, daß Hoffmann's Leute als „Werkschutztruppe" angeboten und in einem Fall auch eingesetzt wurden.

Die bisher größte Provokation startete Hoffmann am 4.12.76, als er gegen den Widerstand von 200 Antifaschisten in Tübingen sich mit seinen Anhängern den Zugang zu einem bereits gekündigten Versammlungslokal erzwingen wollte und dazu mit zum Teil unter das Waffengesetz fallenden Waffen drauflosprügelte. Auch dafür ist er lediglich „auf Bewährung" verurteilt.



Manfred Roeder

Während der antifaschistischen Aktion tauchte das Gerücht auf, auch Manfred Roeder, Chef der „Deutschen Bürgerinitiative" (DBI), 3. im Bunde der drei prominentesten Neo-Nazis zusammen mit Christophersen und Schönborn, sei auch gesehen worden.

Noch vor wenigen Wochen wäre dies selbstverständlich gewesen, allein: Roeder ist in der Zwischenzeit wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilt und hätte in diesen Tagen seine 6monatige Haftstrafe anzutreten.

Ob es allerdings dazu kommt, ist fraglich: Schon vor dem 26.2.78 war er in der Schweiz bei dem international bekannten Nazi Amaudruz in der Nähe von Genf aufgespürt worden. Heute erklärt er offen, nicht mehr in die BRD zurückzukehren. Ob ein Auslieferungsantrag gestellt ist, ist unbekannt.

Das Gerücht, Roeder sei anwesend, beruht auf der Verwechslung mit Rohwer (wie das zustande kommen kann, ist unklar). Sehr oft allerdings werden Rohwer und Hoffmann, beide wegen ihres markanten Schnurrbartes, verwechselt. Dies dürfte nun hinfällig sein, seit Hoffmann zur besseren Unterscheidung Vollbart zu tragen beliebt. Diese Verwechslung mag auch ein Grund dafür sein, daß Rohwer bisher ganz zu Unrecht weniger bekannt geworden ist und seine Verbrechen „versehentlich" Hoffmann aufs Konto geschrieben wurden — sei's drum.



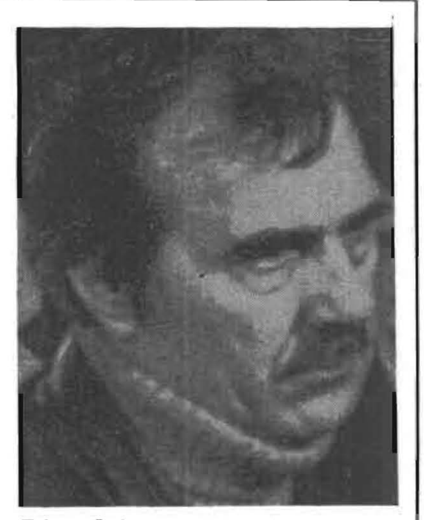
Hans Kötter

Aus Rendsburg/Schleswig-Holstein; dort Mitglied des NPD-„Ordnerdienstes".

13.8.74: Schlägereinsatz gegen einen Antifaschisten, bei dem er eine Stahlrute (Totschläger) verwandte;

15.5.77: Teilnehmer am Schlägereinsatz anläßlich der DVU-Veranstaltung in Hamburg-Osdorf;

23.6.77: Anwesend auf dem NPD-Landeskongreß in Kiel, als drei Antifaschisten überfallen und einer zusammengeschlagen wurde. Im Verlauf des Jahres 77 Verteiler neonazistischer Flugblätter (NPD, „Neue Ordnung"). Rassistische Leserbriefe in der Nazi-Zeitung „Mut".



Edgar Geiss

„Freier Journalist" aus Harburg-Nenndorf, 48 Jahre.

Mitglied der „Deutschen Bürgerinitiative" des Manfred Roeder und nahm an verschiedenen trotz Verbot stattgefundenen ANS-Veranstaltungen teil, so am 26.11.77 und am 25.2.78.

Geiss ist der „Hoffotograf" der Bande. Seine Fotos veröffentlicht er u.a. in der „Bauernschaft" des Thies Christophersen.

Gegen Geiss, der den Keller seines Hauses zu einer regelrechten Nazi-Kultstätte ausgebaut hat, laufen nach seinen eigenen Angaben 6 — 7 Ermittlungsverfahren wegen nazistischer Umtriebe.

Am 13.2.78 erregte Geiss größeres Aufsehen, als er am Grab des SS-Verbrechers Herbert Kappler in Soltau die Hand zum „Hitler-Gruß" hob.

Von ihm stammen u.a. folgende Sätze: „Ich bekenne mich nicht zu dieser Demokratie. Wir wollen die Machtverhältnisse ändern ... Dabei bewegt man sich immer am Rande der Legalität." „Leider haben wir die Leute von damals nicht mehr."

Erwin Schönborn



Seit Jahren einer der Aktivsten im militanten neofaschistischen Lager, hat Schönborn nun speziell der Hamburger „Hansa"-Bande seine Unterstützung zugesichert. Schon mindestens eine Woche vor dem 26.2. 78 hielt er sich in Hamburg auf und trat dort sowohl am 18.2. , am 19.2. (zusammen mit Christophersen), am 21. 2. und am 25.2. 78 mit der „Hansa"-Bande auf.

Schönborns Strafregister ist lang:

1953 wurde seine „Arbeitsgemeinschaft Nation Europa" in Zusammenhang mit Schönborns Hitlerverehrung verboten.

1954 Die „Deutsche Freiheitspartei" (Gründer: Schönborn) wird aufgelöst.

1953/54: Schönborn erhält je sechs Wochen Gefängnis wegen Beleidigung Eisenhowers.

1954 100 DM Geldstrafe wegen Verteilens der Rudel-Broschüre: „Dolchstoß oder Legende".

1956 1 Monat Gefängnis wegen Beleidigung Ollenhauers (SPD-Vorsitzender).

1957 7 Monate Gefängnis, weil er Gerstenmaier als „Landesverräter" bezeichnet habe.

Heute geht Schönborn, gegen den eine Unzahl von Anzeigen und Ermittlungsverfahren laufen, meist ungeschoren davon. Ein besonders makabres Bild gab im letzten Jahr die bundesdeutsche Justiz ab, als sie monatelang eine Strafanzeige Schönborns gegen den langjährigen KZ-Häftling, Antifaschisten und heutigen Herausgeber der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat", Emil Carlebach, verfolgte. Schönborn hatte Carlebach beschuldigt, im KZ einen Mithäftling ermordet zu haben. Erst vor kurzem wurde dieses Verfahren eingestellt. Eine Anzeige E. Carlebachs wegen Verleumdung und falscher Anschuldigung wird aber von der Staatsanwaltschaft bis heute nicht verfolgt.

Heutige Aktionen Schönborns

Zusammen mit Manfred Roeder und Thies Christophersen gehört Schönborn zu den drei „prominentesten" Neonazis der BRD. Sein 1967 gegründeter „Kampfbund Deutscher Soldaten" tritt seit Jahren als antisemitische und nazistische Provokateursbande in Erscheinung, so z.B.

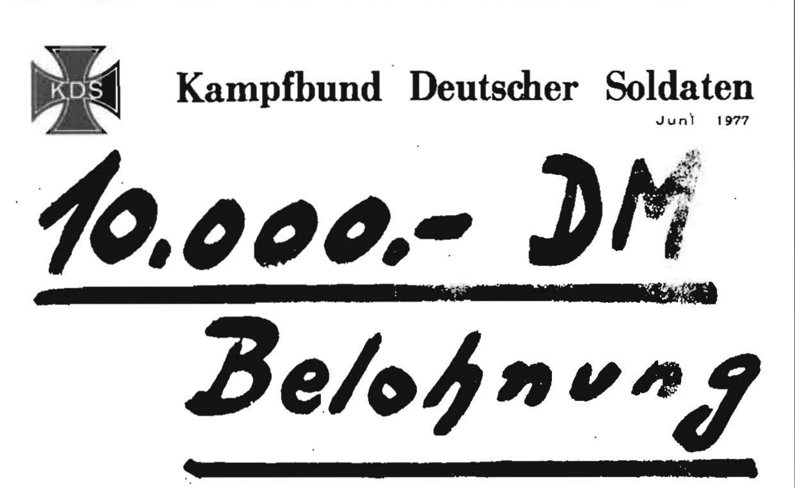
- am 29.11. 74 in Dietz/Lahn, wo Schönborn erklärte: *„Wir bekennen uns auch zu dieser stolzen Zeit, in der wir gelebt haben, von 1933 - 1945."*
- am 20.1. 75 vor dem Haus des Anklägers bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, Dr. Kempner, der von Schönborn als *„größter Verbrecher, der auf deutschem Boden herumläuft"*, bezeichnet wird. Diese Provokation wird überdies von der Polizei mit Wasserwerfern gegen Antifaschisten ermöglicht!

Besonderes Schwergewicht legt Schönborn auf den Versuch, systematisch die Kriegsverbrechen der Nazis und insbesondere deren KZ-Verbrechen zu leugnen. Zu diesem Zweck gründete er am 13.12. 75 in Düsseldorf einen Aktionskreis, und zu diesem Zweck versucht er immer wieder, in sogenannten „Auschwitz-Kongressen" zu „beweisen", daß es keine Vergasungen von Juden gegeben habe. Zweimal (in Nürnberg und Frankfurt) wurden ihm diese Kongresse verboten; zumindest in Frankfurt wurde er dennoch durchgeführt.

Zusammen mit der „Hansa"-Bande hat Schönborn für den 20. Mai 78 in Hamburg einen erneuten Versuch angekündigt.

Daneben betreibt Schönborn, der außer dem „KDS" noch führende Rollen in mehreren Nazi-Banden spielt („Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte", „Deutsch-Arabische Gemeinschaft", „Europäische Kameradschaft ehemaliger Soldaten", „Bürgerinitiative für die Todesstrafe" usw.), eine gemeinsame Kandidatur internationaler Nazi-Verbände zu den Europawahlen.

„Spitzenkandidat" soll Rudolf Heß, Hitlers Stellvertreter, werden. Die „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa" (ANE) wurde zu diesem



KDS

Kampfbund Deutscher Soldaten

Juni 1977

10.000.- DM Belohnung

zahlen wir für jede einwandfrei nachgewiesene "VERGASUNG" in einer "GAS - KAMMER" eines deutschen KZ's. Wir akzeptieren keine KZ - Zeugen aus Polen, Israel oder den USA, die, wie in den NS - Prozessen, MEINEIDE geschworen haben, ohne dafür belangt werden zu können.

Wir benötigen:
NAME, VORNAME, WOHNORT, GEBURTSTAG, GEBURTSORT, WO VERHAFTET, IN WELCHES KZ EINGELIEFERT UND IN WELCHEM KZ "VERGAST".

Verantwortlich: ERWIN SCHÖNBORN (KDS) 1. Vorsitzender
6000 Frankfurt 50

Zweck am 3.4. 77 in Karlsruhe gegründet.

Auf internationaler Ebene gehört Schönborn zu den Nazis, die auf dem flämischen Nationalistentreffen in Dijksmuide regelmäßig nazistische Provokationen inszenieren.

Hinter Schönborn: die NPD

Schönborn hat ein offensichtlich gutes Verhältnis zur NPD. 1976 gründete er eine „Wählerinitiative Wählt NPD". Er trat öffentlich und unwidersprochen von der NPD für die „National-Demokraten" ein. Ebenfalls 1976 löste er den ihm gehörenden Bierbaum-Verlag in Frankfurt auf. Stattdessen betreibt er heute mit dem NPD-„Historiker" Udo Walendy den „Verlag für Volkstum und Zeitgeschichte" in Vlotho/Weser.

Deutlicher geht's nimmer: die Nazi-Banden gedeihen auf dem Untergrund der NPD, sie mag sich „distanzieren" so viel sie will.

Schönborn und „Hansa"-Bande

Im Februar 78 unternahm Schönborn eine längere Reise nach Norddeutschland, um weitere Provokationen zu organisieren. Insbesondere wurde dabei eine enge Zusammenarbeit von Schönborn und der „Hansa"-Bande verabredet, die mit ihrer geplanten Wahlbeteiligung ja genau das Konzept Schönborns verfolgte.

So wurde verabredet, sich gegenseitig zu unterstützen. Am 18.2.78 wurde der Plan entworfen, die internationale Kundgebung gegen die SS-Nachfolgeorganisationen am 22. April in Köln durch Verbotsanträge und Nazi-Aufmärsche zu provozieren.. Auf internationaler Ebene wurde am 5. März eine entsprechende Verabredung mit westeuropäischen Naziorganisationen in Antwerpen getroffen. (Diese Provokation wurde mittlerweile verboten).

Des weiteren soll am 20. Mai 78 als Wahlkampf„höhe"punkt ein „Auschwitz-Kongreß" in Hamburg stattfinden.

Uwe Rohwer

Ohne daß Rohwer bislang die „Publizität" des Karl-Heinz Hoffmann erlangt hätte, betreibt er das in Norddeutschland, was jener propagandistisch wirksam in Nürnberg – und zunehmend auch an anderen Orten – angefangen hat: Die Ausbildung SA-ähnlicher Trupps.

Seit Jahren bildet Rohwer auf dem ihm eigenen „Wiking-Hof" in Dörpstedt Angehörige der „Wiking-Jugend" aus. Dort ist er auch „Gauführer". Sein Stellvertreter, Wilfried Börm, wird beschuldigt, den Überfall auf ein Fernsehteam, das ein Lager der „Wiking-Jugend" filmen wollte, organisiert zu haben.

Rohwer selbst war Teilnehmer des „Flensburger Reichstages" zusammen mit Christophersen und Roeder, sowie bei einem verbotenen Aufmarsch am 30.4.76, ebenfalls in Flensburg.

Am 18.1.76 nahm Rohwer neben Heiko Oetker beim SA-ähnlichen Aufmarsch zur „Reichsgründungsfeier" in Hamburg teil.

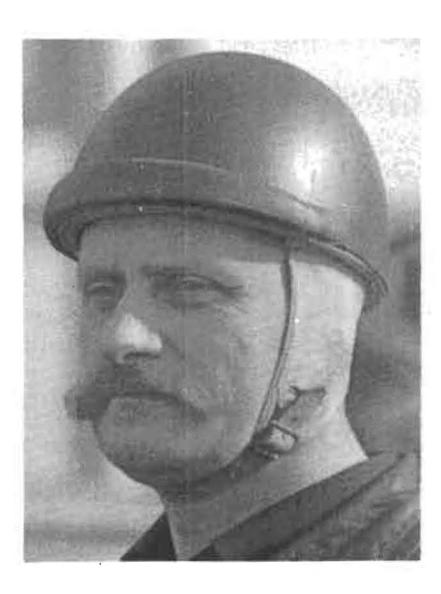
Beim sogenannten „Freiheitsmarsch der Antikommunisten" am 17.6.76 in Bonn (DVU und NPD) wurde Rohwer zusammen mit Gunnar Pahl (inzwischen in Italien in Haft) festgenommen.

Am 4.12.76 erhielt Rohwer den „Ehrenpreis der Nationalzeitung für politisch Verfolgte" im Bürgerbräukeller in München.

Neben seiner Tätigkeit in der „Wiking-Jugend" ist Rohwer Leiter eines „Referats für Jugend" beim „Stahlhelm" sowie Mitglied des Kreisvorstands der NPD in Schleswig.

Gegen Rohwer sind mindestens anhängig Verfahren wegen verbotenen Uniformtragens (AZ:2 JS 35/78) und wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung am 15.5.77 am Osdorfer Born.

Wegen seiner Beteiligung an einem bewaffneten Überfalls der „Hansa"-Bande auf einen niederländischen Wachposten auf dem Nato-Truppenübungsplatz Bergen-Hohne am 4./5. 2.78 war Rohwer vorübergehend in Haft genommen worden. Der Überfall erfolgte von einem paramilitärischen Ausbildungslager auf dem „Wikinghof" aus, wo ca. 15 „Hansa"-Faschisten anwesend waren und 5 während der Nacht den Überfall begangen haben. Über seinen Anwalt hatte Rohwer die dabei erbeuteten 4 Maschinenpistolen zurückgegeben.





Rohwer und die Bande in Lurup am 26.2.78

Die „Hansa"-Bande

Seit ungefähr einem Jahr tritt in Hamburg eine Nazi-Bande immer offener in Erscheinung; als „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" hatte sie sich sogar an den Hamburger Bürgerschaftswahlen beteiligen wollen. Daß sie jetzt die Kandidatur zurückgezogen hat, ist allein Verdient des antifaschistischen Protests. Der Senat hat alles getan, selbst diese in der BRD einmalige Provokation zu ermöglichen.

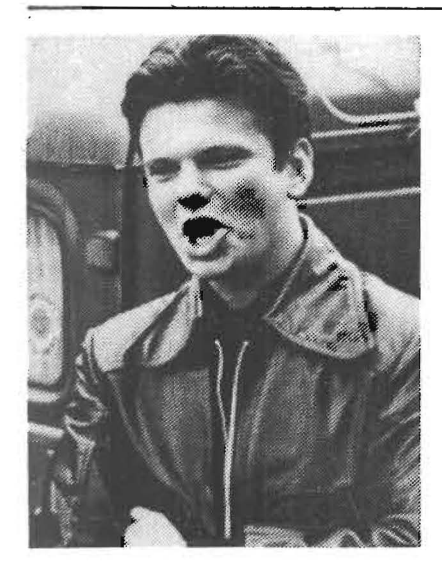
Nach offiziellen Angaben handelt es sich bei dieser Bande um ca. 15 - 20 Aktivisten, die tatsächliche Anzahl dürfte allerdings wesentlich größer sein. Im Februar '78 wurde sie von ihnen selbst für Hamburg mit ca. 75 angegeben.

Je nach Bedarf tritt diese Bande unter mehreren Tarnfirmen auf: Als „NSDAP", „SA-Sturm", „Bund Hamburger Mädel", „Sozial-nationalistische Jugend", „Bürgergemeinschaft Hamburg" oder „Freizeitverein Hansa".

Heute stellt diese Bande die militanteste (und offen terroristische) und provokativste Speerspitze der Nazi-Banden in der BRD dar. Ihre Mitglieder stammen fast vollständig aus der NPD bzw. dieser verwandten Organisationen.

Seit ihrem ersten Auftreten (April Mai 77) ist diese Bande bis heute kein einziges Mal bestraft worden – trotz mehrerer offizieller Beteuerungen, sie „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" zu verfolgen und trotz inzwischen erfolgter Festnahme einzelner Banden-Mitglieder (Zur Entwicklung dieser Bande sowie zu ihrer Nichtverfolgung siehe weiter hinten).

Wir stellen hier die uns bekannten Mitglieder der Bande vor. Am 26.2. 78 allerdings war die Bande nicht vollzählig; der Vollständigkeit und Übersichtlichkeit wegen haben wir alle wesentlichen (uns bis heute bekannten) Figuren an dieser Stelle zusammengefaßt.



Michael Kühnen

Ehemaliger Bundeswehrleutnant, angeblich „freier Journalist"; will ab Sommer 78 in Hamburg Pädagogik studieren, 22 Jahre. „Führer" der „Hansa"-Bande und „Spitzenkandidat"; Aktivist der „Aktion Widerstand", ehemals Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des monarchischen Gedankens e.V.", 2. stellvertretender Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei", Landesverband Hamburg.

Kühnen war an allen Aufmärschen der Bande beteiligt; mit Sicherheit ist er dabei mindestens vier Mal festgenommen worden. Als ideologisch politischer „Kopf" ist er für a l l e Verbrechen der Bande zur Rechenschaft zu ziehen.

15.5.77: In Osdorf unter den Schlägern, die auf Antifaschisten einprügeln; acht von ihnen werden festgenommen. Ermittlungsverfahren laufen immer noch.

Ende Juni: Kühnens PKW wird gefilzt und stapelweise Nazi-Material entdeckt. Er selbst fliegt aus der Bundeswehr.

22.7.77: Kühnen ist bei der Nazi-Gruppe, die vor den „Markthallen" auftauchten, wo eine antifaschistische Podiumsdiskussion stattfindet. Die „Markthallen" sind mit Nazi-Parolen vollgeschmiert.

23.7.77: 18 Nazis werden in Hamburg-Mundsburg festgenommen; Kühnen war in der Gruppe, die mit Stangen u.ä. gegen Antifaschisten vorgehen wollte.

24.7.77: Fünf Nazis mit Auto bei einer Klebeaktion festgenommen.

20.8.77: „Ehrenwache" vor Kapplers Haus in Soltau.

1.9.77: Kühnen wird zusammen mit Wegener festgenommen, die Räume des „Freizeitverein Hansa" werden durchsucht.

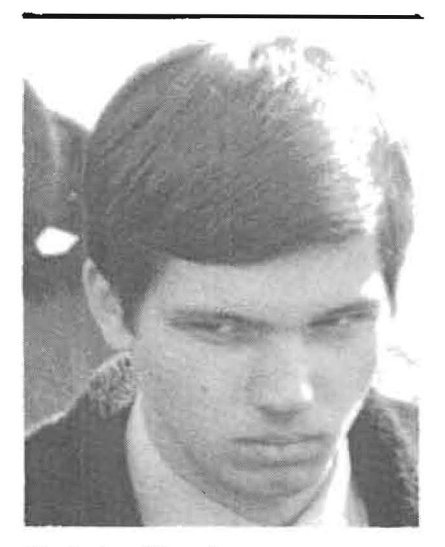
22.11.77: Kühnen wird in Bremen beim Kleben von „NSDAP"-Plakaten festgenommen.

26.11.77: Kühnen leitet die verbotene „ANS"-Gründungsveranstaltung; Ermittlungsverfahren bislang ohne Ergebnis.

3.12.77: Erneute „Ehrenwache" vor Kapplers Haus. Am Abend Überfall auf einen Mitarbeiter der jüdischen Gemeinde in Hannover.

18. - 21.2.78: Beim Abhalten einer „NSDAP"-Veranstaltung (18.2.), einem Nazi-Aufmarsch (20.2.) und zweimaligen Verteilen von Nazi-Flugblättern (21.2.78) wird Kühnen mindestens einmal festgenommen.

26.2.78: Kühnen nimmt verspätet in Lurup an der Nazi-Veranstaltung teil.



Christian Worch

Arbeitsloser Notargehilfe, 20 Jahre. Wahlkandidat der „ANS". Ehemals Mitglied des JN-Landesvorstands und dort im Referat für Propaganda. Gründer der „Sozial-Nationalistischen Jugend Hamburg" („Hansa"-Tarngruppe). Beteiligt an mindestens folgenden Aufmärschen der Bande: 23.7.77; 26.11.77; 21.2.77; 25.2.78 und 26.2.78.

Am 26.11.77 hielt er das „Grundsatzreferat" auf der „ANS"-Gründungsversammlung: *„Welche Nation, welche Rasse, welche Gruppe, welcher Glaube, welche Ideologie oder wie auch immer was es an verfügbaren Personen oder Personengruppen gibt, sollen diese Welt beherrschen? Soll es der Zionismus sein, der auf dem besten Wege dazu ist? Dies ist sein Ziel, sein erklärtes Ziel zu verwirklichen. Sollen wir es zulassen, daß die Zionisten sich in allen Völkern dieser Erde festsetzen, vom Blut und Schweiß dieser Völker leben, sie unterdrücken und ausbeuten, wie das Schmarotzertum auf das Banner des Zionismus geschrieben ist. Dies darf und kann nicht unser Wunsch und Wille sein. Denn dies zu wollen hieße sich das Messer in die eigene Brust stoßen, bis zum Heft, und es dann in der blutenden Wunde noch herumzudrehen. Es gibt viele, viele Menschen in diesem Staate, die dies tun und sie tun dies, weil sie Knechte des Zionismus sind ... Deutschland Heil, Deutschland Heil, Deutschland Heil!"*



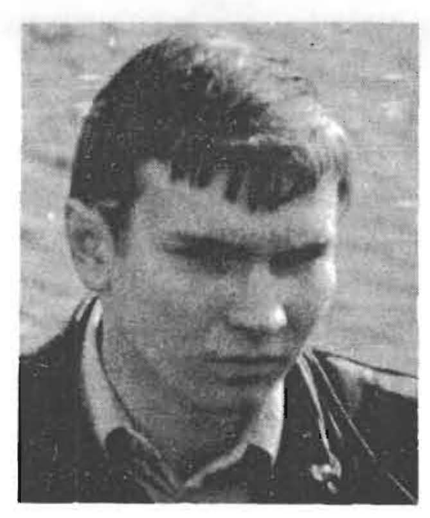
Christian Grabsch

Schüler an der Gewerbeschule 9, Hamburg. Aktivist der Bande; beteiligt an nahezu allen Aufmärschen:
15.5.77: Teilnehmer am Schlägereinsatz der Bande in Hamburg Osdorf anläßlich einer DVU-Rudel-Kundgebung.
22.7.77: Provokatorischer Aufmarsch der Bande bei der Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?"
23.7.77: Beteiligt am Schlägereinsatz an der U-Bahn Mundsburg.
16.9.77: Teilnehmer der JN-Kundgebung „Rotfront verrecke" anläßlich des JN-Bundeskongresses in Osnabrück.
26.11.77: Teilnehmer der verbotenen ANS-Veranstaltung.



Wer kennt ihn?

Aktivist der Bande.
März 76: NPD-Ordner an einem Infostand.
7.8.77: Ordner auf dem NPD-Kongreß
15.5.77: Beteiligt am Schlägereinsatz anläßlich der DVU-Rudel-Veranstaltung in Hamburg-Osdorf
31.8.77: Die Sendung „Wotans Erben" zeigt ihn als Teilnehmer eines NPD-Infostands in Celle
26.11.77: Teilnehmer der verbotenen ANS-Veranstaltung.



Peter Teuffert

Mitglied der NPD/JN, der Wiking-Jugend und der Volkstreuen Jugend Kiel;
15.5.77: Teilnehmer am Schlägereinsatz anläßlich einer DVU-Rudel-Kundgebung in Hamburg-Osdorf.
26.6.77: Beteiligt am Überfall auf drei Antifaschisten anläßlich des NPD-Landesparteitags im Kieler Gasthof „Eichhof".
22.7.77: Provokatorischer Aufmarsch der „Hansa"-Bande anläßlich der Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?" in Hamburg.
November 77: Als JN-Mitglied „Zeuge" in einem Prozeß gegen Antifaschisten in Kiel.



Frank Stubbemann

Student der Mineralogie in Kiel. Hatte früher eine Führungsposition in der Jungen Union (CDU) in Bremen inne und war Parteitagsdelegierter der JU.

Gründete während seiner Bundeswehrzeit die „Nationalrevolutionäre Arbeiterfront Bremen" (NRAF).

Stellvertretender Landesvorsitzender der JN-Schleswig-Holstein (bis Dezember 77). Als seine Wahl von der NPD nicht anerkannt wird, tritt der gesamte Landesvorstand zurück. Aufbaubeauftragter der ANS in Schleswig-Holstein. Angeblich hat er 73 „Kontakte".

Im Oktober 77 wurde in seiner Wohnung neben Nazi-Material auch 670 Gramm Natriumcyanid aus einem Diebstahl gefunden. Diese Giftmenge würde ausreichen, die Einwohner einer mittleren Großstadt umzubringen.

Wie Teuffert im November „Zeuge" gegen Antifaschisten in einem Prozeß in Kiel.



Ulrich Hühn

Aus Kiel, mehrfach aufgetreten im Zusammenhang mit NPD-Infoständen, Flugblatt-Aktionen usw. Teilnehmer des NPD-Landeskongresses am 26.6.77 in Kiel; Teilnehmer von Aufmärschen der „Hansa"-Bande am 22.7.77 („Markthallen") und 26.2.78 in Lurup.

Hühn hatte zwischenzeitlich Kontakte zur KPD/ML aufgenommen.



Wer kennt sie ?

Mitglied im „Bund Hamburger Mädel"; Verteilerin für die NPD, war anwesend am 26.11.77 („ANS"-Gründung).

Weitere Mitglieder





Tibor Schwarz

Steinsetzer-Lehrling in Hamburg, 18 Jahre. Er fehlte am 26.2.77, gehört aber zum „harten Kern" der Bande. „Wahlkandidat" der ANS.
Ehemals stellvertretender JN-Vorsitzender in Hamburg-Nord.
15.5.77: Beteiligt beim Schlägereinsatz anläßlich der DVU-Rudel-Veranstaltung in Hamburg-Osdorf.
22.7.77: Provokatorischer Aufmarsch der Bande anläßlich der Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?"
23.7.77: Beteiligt am Schlägereinsatz an der U-Bahn Hamburg-Mundsburg.
20.8.77: „Ehrenwache" vor Kapplers Haus in Soltau.
16.9.77: Teilnehmer der NPD-Kundgebung in Osnabrück anläßlich des JN-Bundeskongresses.
26.11.77: Teilnehmer der verbotenen ANS-Veranstaltung.
21.2.77: Teilnehmer der Pressekonferenz der ANS.



Lutz Wegener

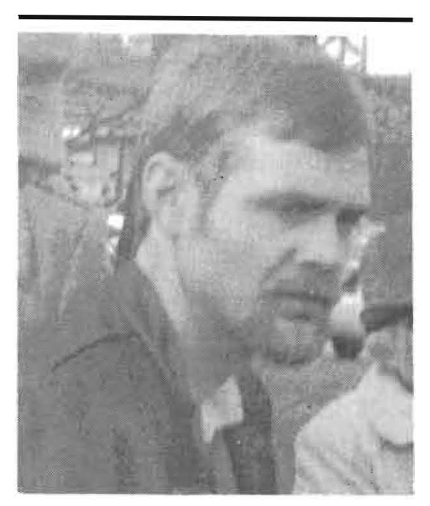
Fotograf, 20 Jahre alt, „Adjudant" von Kühnen. War am 26.2.78 nicht in Hamburg-Lurup. Krimineller Aktivist der Bande. Beteiligt an allen Aufmärschen der Bande.

1.9.77: Zusammen mit Michael Kühnen festgenommen unter dem Verdacht der Hakenkreuzschmiererei.
1.11.77: Überfall auf einen AK-Verkäufer am Hamburger Hauptbahnhof.
19.12.77: Er wird beschuldigt, einen Übefall auf eine Bank in Hamburg-Bergstedt verübt zu haben; 25.000 DM Beute.
5.2.78: Er wird beschuldigt, auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne einen niederländischen Wachtposten überfallen und u.a. 4 Machinenpistolen geraubt zu haben.
28.2.78: Verhaftung wegen Beteiligung am Bankraub vom 19.12.77.



Friedhelm Pützmann

Stellvertretender JN-Vorsitzender seit dem 10.4.77; beteiligt an der Schlägerei vom 23.7.77 (Hamburg-Mundsburg) und der Kappler-„Ehrenwache" am 20.8.77. Stellvertretender Vorsitzender der „ANS".



Manfred Börm

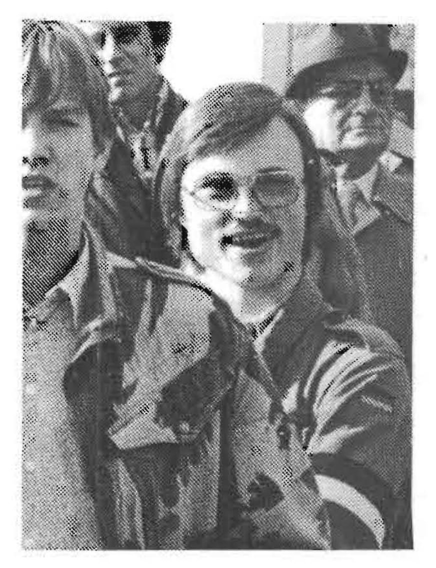
Stellvertretender „Gauführer" der „Wiking-Jugend" Schleswig-Holstein; ihm wird eine Beteiligung am Überfall in Bergen-Hohne am 4./5.2.78 vorgeworfen.
Teilnehmer der DVU-Veranstaltung am 15.5.77 in Hamburg-Osdorf.

Börm wird beschuldigt, am Überfall auf ein Fernsehteam im Sommer 76 beteiligt gewesen zu sein. Bei einer Hausdurchsuchung bei ihm wurde danach eine schußfertige Maschinenpistole sowie MG-Munition gefunden. Eine Verurteilung Börms ist uns nicht bekannt.



Klaus-Dieter Puls

Verhaftet wegen Beteiligung am Waffenraub von Bergen-Hohne am 4./5.2.78. „NSDAP"-Aktivist seit mindestens 1974, wo er den „Führer" der „NSDAP/AO" Gary Lauck im Gefängnis (Abschiebehaft) besuchte. Inserierte früher in den Hamburger „NPD-Nachrichten".



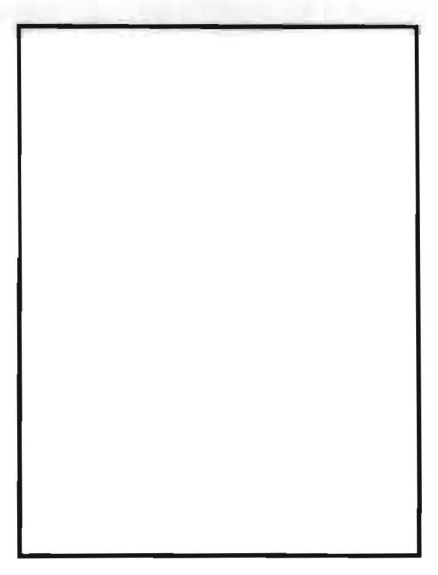
Mathias Weber

Seit Anfang 76 JN-Kreisvorsitzender in Hamburg-Eimsbüttel und Mitglied des Landesvorstands. Beteiligt an einem Überfall auf drei Antifaschisten anläßlich des NPD-Landesparteitages in Kiel am 26.6.77 und am 15.5.77 in Hamburg-Osdorf.



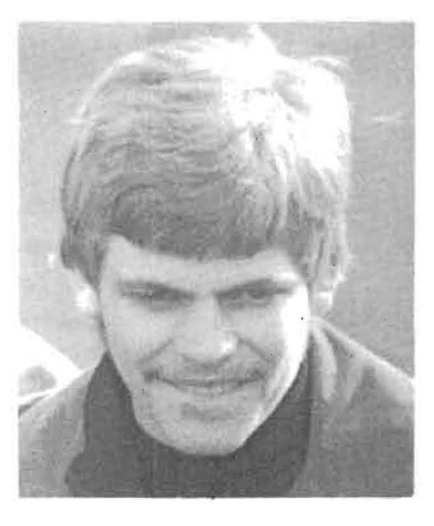
Michael Buchmann

Aktivist der Bande; in der Zwischenzeit aus der Öffentlichkeit „verschwunden". Teilnehmer am 15.5.77 am Osdorfer Born und am 17.9.77 am JN-Kongreß in Osnabrück, jeweils zusammen mit weiteren Bandenmitgliedern.
NPD-Mitglied, Aktivist an NPD-Infoständen
(seit mindestens 1974).



Lothar Schulte

Aus der Bundeswehr entlassener Stabsunteroffizier (Mißhandlung von Untergebenen); stammt aus Schwarzenbek/Schleswig-Holstein. Beteiligt am Überfall von Bergen-Hohne am 4./5. 2.78. Er wird verdächtigt, am 2.12.77 in Köln einen Geschäftsmann überfallen zu haben (Beute: 65.000 DM). Befreundet mit Wegener.



Michael „Davie" David

Mitglied des JN-Landesvorstands Hamburg spätestens seit dem 10.4.77. Beteiligt an den Aufmärschen der „Hansa"-Bande an der Mundsburg (23.7.77) sowie am 26.11.77. Teilnehmer an NPD-Infoständen in Hamburg (so am 29.10.77 zusammen mit GRABSCH und TIMMERMANN).
In den letzten Wochen mehrfach als Flugblattverteiler der ANS in der Hamburger Innenstadt aufgetaucht.



unbekannt, Grabsch, unbekannt, Wegener, David, Kühnen, Schwarz

Die Propaganda der "Hansa" - Bande

„Insbesondere in den Monaten Mai bis August 77 fanden Klebe- und Schmieraktionen in verschiedenen Stadtgebieten statt. Für einen erheblichen Teil dieser Aktionen erklärte sich die NS-Gruppe Hamburg verantwortlich. Ihre Mitglieder sind identisch mit den Mitgliedern des „Freizeitverein Hansa", des „SA-Sturm Hamburg 8. Mai", der „NSDAP – Gau Hamburgs", der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten". Es sind insgesamt etwa 20 Personen". – So nahm der Hamburger Senat in seiner Antwort auf eine Anfrage des Abgeordneten Schümann (SPD) am 14.2.78 Stellung. Er „vergaß" noch weitere Tarnorganisationen: „Sozial-nationalistische Jugend", „Bund Hamburger Mädel" und „Bürgergemeinschaft Hamburg".

Egal, unter welchem Namen diese Bande gerade arbeitet, sie ist verantwortlich für den größten Teil der „NSDAP"-Propaganda in Hamburg.

DER STURM

SA-Kampfblatt für Hamburg und Umgebung

1.Jahrgang

NSDAP in Hamburg zerschlagen?

Am 2. und 3.September berichtete die Judenpr

(Diesen „Juden-Song" entnahmen wir einem Flugblatt)

1) In Buchenwald, in Buchenwald, macht Adolf alle Juden kalt
(Refrain: Fiderallalla, Fiderallalla, Fiderallallallalla!
2) Und auch im KZ Maidanek, da putzen wir die Juden weg!
3) Der Heinrich Himmler hielt sein Wort, schickt Juden in den Luftkurort!
4) So eine Gaskur im KZ, die finden alle Juden nett!
5) Zu Juden wolln sozial wir sein, die Gaskur gibts auf Krankenschein.
6) In Auschwitz weiß ein jedes Kind, daß tote Juden nützlich sind.
7) Die Kopfhaut einer Judenstirn, das gibt 'nen prima Lampenschirm!
8) Aus Knochenmehl und Judentran, da machen wir die Seife dann!
9) Das Goldgebiß vom Rabbi Katz, das gibt 'nen prima Zahnersatz!
10) Der Rabbi, dieses Judenschwein, der kommt dann in den Ofen rein!
11) Und hat er dort genug geschmort, dann fliegt er durch den Schornstein fort!
12) Den Schlackenrest, der dann verbleibt, als Dung man auf die Felder streut!
13) So nützlich noch verwerten wir, was früher war ein Judentier!
14) Und die Moral von der Geschicht: Wer Jud ist überlebt es nicht!
15) In Auschwitz ist die Stimmung toll, die Öfen sind bald wieder voll!

(Aus „Sturm" Nr. 2)

Der Kampf der weißen Rasse

Überall in der arischen Welt regen sich Kräfte der Wiedergeburt, erheben sich weiße Menschen, die es nicht länger ertragen wollen, wenn Neger, Juden und Kriminelle ihnen auf der Nase herumtanzen!

In Rhodesien und Südafrika kämpfen die Weißen einen heldenhaften Kampf um Ihre Heimat!

Wir deutschen Nationalsozialisten sind mit dem Herzen bei unseren ausländischen Kameraden. Wir wissen, daß alle Arier in der ganzen Welt zur Lösung gewisser Probleme zusammenstehen müssen: Das Judenproblem und die Rassenfrage sind national nicht zu lösen. Es darf nie wieder geschehen, daß der Jude arische Völker zum Kampf gegen einen weißen Staat zwingen kann, der die Macht der Krummnasen zu brechen versucht, wie es 1939 gegen das Großdeutsche Reich geschah!

Wir wissen aber auch, daß die Nationalsozialisten in aller Welt auf Deutschland schauen, dem Ursprungsland der Bewegung.

Deutschland ist die natürliche Führungsmacht der weißen Welt, dies ist der Grund, warum das Weltjudentum immer wieder versucht, Deutschland zu vernichten. Aber:

WIR WERDEN SIEGEN!

NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI – AUSLANDSORGANISATION

(Aus den USA verschickte Nazi-Zeitung)

BITTE LESEN UND WEITERGEBEN

DEUTSCH-VÖLKISCHER BEOBACHTER

Mitteilungsblatt der Deutsch – Völkischen Gemeinschaft (DVG)
Postfach 410 132 D -75 Karlsruhe 41

Nr. 2

DER DRITTE WELTKRIEG:

NUR NEUTRALITÄT WIRD DEUTSCHLAND RETTEN !

Betrachtungen zum Programm der DVG, Punkt 3



Mitteilungsblatt der Deutsch – Völkischen Gemeinschaft (DVG)
Postfach 410 132 D -75 Karlsruhe 41.

Nr. 2 / 1978

DEMOKRATISCHER TERROR

Glauben Sie noch an Meinungsfreiheit in der Demo=
kratie? Dann lesen Sie mal folgende Begebenheit :

Im Mai 1975 schrieb Kurt Müller aus Mainz nach=
stehenden Brief an eine Vertreterin von amnesty
international (a.i.):
Sehr geehrtes Frl. Schunk !
Sie unterzeichneten stellvertretend für eine Gruppe
der a.i. . Die völlige Unglaubwürdigkeit dieser
Organisation wird deutlich am Fall Rudolf Hess,
stellvertretend für eine ungeheure Anzahl deut=
scher Menschen,für die das in Ihrer Kette eingezo=
gene Wort 'Achtet die Folter' nicht nur der blanke
Hohn,sondern Salz in offene Wunden darstellt.
Sie,die nichts von den Marterungen im Malmedy-Pro=
zeß,den Folterungen von Schwäbisch-Hall,den Inqui=
sitionsverhören in Dachau und Landsberg wissen,wo
man unter anderem einen schwerverwundeten Luftwaf=
fenoffizier,auf seine Bahre gebunden,am Galgen er=
würgte,setzen sich,ganz sicher aus Idealismus,für
eine Ihnen gut dünkende Sache ein. Ist diese Sache
wirklich so edel? Es wird zwar für Opfer in Asien,
Afrika und sonstwo interveniert,im eigenen Land
aber,in der eigenen Familie,denn jeder an der Mauer
und dem Todesstreifen zu Schaden und Zuchthaus Ge=
kommene,könnte doch der eigene Vater,der Bruder
oder die Schwester sein,wird 'unschamhaft' geschwie=
gen.



UNTER DIESEM ZEICHEN

- *KEINE ARBEITSLOSIGKEIT*
- *KEINE INFLATION*
- *KEINE SCHWINDEL*

deshalb fordern wir

NS - VERBOT AUFHEBEN!

Die KPD ist legal. Wieso ist die NSDAP verboten?

Herausgeber: NSDAP AUSLANDSORGANISATION
Box 6414, Lincoln, Nebraska 68506 USA



Schon seit Jahren: Hamburg - Tummelplatz für militante Faschisten

Der Polizeieinsatz vom 26.2.78 auf der Seite der „NSDAP" ist nur das vorläufig letzte Glied in einer ganzen Reihe von Duldung, Begünstigung, Bagatellisierung und damit Förderung von Nazi-Umtrieben in Hamburg.

Wir dokumentieren hier einige Stationen der Duldung und Unterstützung. Angesichts dieser Tatsachen ist es mehr als nur Demagogie, wenn heute der für den Polizeieinsatz verantwortliche Innensenator Staak (SPD) „mahnend" die Stimme erhebt und auffordert, den *„Anfängen zu wehren"*.

Die Anfänge der heutigen Bande liegen in den im folgenden dokumentierten Ereignissen. Es war der Senat, der ihnen nicht gewehrt, sondern sie hochgepäppelt hat.

Dabei gibt es genug Gesetze, nach denen jederzeit alle Mitglieder und Aktivisten nicht nur der Hamburger Bande angeklagt und verurteilt werden könnten. Teilweise laufen auch Ermittlungsverfahren wegen derartiger Verstoße:

- Versammlungsgesetz §3 (verbotenes Uniformtragen);
- Waffengesetz §§37 und 39;
- §129 StGB: Kriminelle Vereinigung;
- § 109 Söldnerwerbung;
- §80a Anstachelung zum Angriffskrieg;
- §§88a, 130a Befürwortung von Straftaten;
- §60a Staatsverunglimpfung;
- §86a Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen;
- §§84-86 Unterstützung von verfassungswidrigen Organisationen bzw. Ersatzorganisationen, Verbreitung deren Propaganda;
- §130 Volksverhetzung;
- §127 Bildung bewaffneter Banden
- §125 Landfriedensbruch;
- §223ff Körperverletzung.

Diese Liste macht überdeutlich, daß es jederzeit möglich ist, juristisch gegen die Bande vorzugehen. Tatsächlich zeigt das Verhalten der Behörden, daß sie kein Interesse an einer Bestrafung dieser Nazis haben. Es liegt auf derselben Ebene der Demagogie von Staak, wenn Bundesjustizminister Vogel (SPD) nach „neuen Gesetzen" gegen Nazis ruft, während die bestehenden nicht konsequent angewandt werden.

Vereinzelte Beispiele aus neuester Zeit zeigen auch im Konkreten, daß Verbote von Nazi-Umtrieben für staatliche und kommunale Organe ohne Weiteres machbar sind, wo das aufgrund öffentlichen Protestes oder sonstiger Rücksichten „opportun" erscheint. So wurden in Nürnberg und Frankfurt die „Auschwitz-Kongresse" verboten. Auch Frey mußte für seine Hetz-Veranstaltungen in letzter Zeit vereinzelt Verbote hinnehmen, so zuletzt in Heilbronn. Auch die NPD, deren „Parteienprivileg" speziell in Hamburg immer wieder zur Legitimation für Polizeischutz herangezogen wird, könnte auf Grundlage vorliegender gesetzlicher Bestimmungen jederzeit an öffentlichen Veranstaltungen gehindert werden, wie zuletzt in Delmenhorst (17. 3.) und Bremen (18.3.) geschehen.

Allerdings erfolgten selbst die wenigen Verbote, die in letzter Zeit gegen Nazi-Auftritte ausgesprochen wurden, nur in den wenigsten Fällen mit p o l i t i s c h e r Begründung. Vielmehr versuchen die staatlichen Organe — wo sie sich mal zu einem Verbot veranlaßt sehen — sich mit formalen Begründungen aus der Affäre zu ziehen wie Vereinsrecht und dergleichen. In der Regel beschränken sich die Verbote sogar nur auf die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung" wegen zu erwartender Auseinandersetzungen" u.ä. — die Durchführung nazistischer Provokationen allerdings wird dabei häufig genug auch noch über Ausweichveranstaltungen faktisch nicht unterbunden.

Der demokratische und antifaschistische Protest wird auch solche halbherzigen Verbote zu nutzen wissen. Grundsätzlich aber sind p o l i t i s c h e Verbote der Nazi-Propaganda zu fordern.

Eine politische Verbotsbegründung ist möglich

Daß es tatsächlich jederzeit möglich wäre, jede Nazi-Veranstaltung zu verbieten, bewies im Sommer 77 sowohl die Stadt München, als sie eine „DVU"-Veranstaltung verbot, als auch anschließend das Bayerische Verwaltungsgericht München, das dieses Verbot bestätigte.

Besonders interessant ist an diesen Verboten ihre Begründung: Die Stadt hebt insbesondere auf die bisherigen Taten der Beteiligten ab, das Gericht seinerseits führt den zu erwartenden provokativen, antidemokratischen und rassistischen Charakter der Veranstaltung als Verbotsgrund an. Es kommt dabei zu dem Beschluß: „Diese Abwägung hat ergeben, daß die Interessen der Öffentlichkeit an dem Unterbleiben der Versammlung diejenigen der Antragstellerin überwiegen." D.h.: Zur Abwehr einer Nazi-Provokation wird den Faschisten eben keine Versammlungsfreiheit gewährt!

Die vollständigen Texte der Verbote sind erhältlich bei: „Pressedienst Demokratische Initiative", 8 München 2, Münzstr. 2.

In Hamburg — Verbote „nicht möglich"?

Speziell in Hamburg hat stattdessen der Senat nicht nur derartige Nazi-Veranstaltungen nicht verboten, sondern auch jeweils durch seine Polizei „schützen" lassen. Oft genug ging diese mit Schlagstöcken, Tränengas und Hunden gegen antifaschistische Demonstranten vor: So beim Landesparteitag der NPD 1975, dem NPD-Kongreß der Nationalen Kräfte Europas am 7.8.76, oder bei mehreren NPD-Infotischen (z.B. am 29.10. 77 in Eimsbüttel).

Selbst wenn der Senat in einigen Fällen in der Vergangenheit Verbote ausgesprochen hat, waren diese wirkungslos:

- So fand das für den 8.5.75 angekündigte SS-Treffen nach Absprache zwischen SS und Senat zu einem späteren Zeitpunkt statt.
- So konnte die „Hansa"/„ANS"-Bande ihre v e r b o t e n e Veranstaltung vom 26.11.77 und 25.2.78 unter den Augen der Polizei dennoch durchführen.
- So konnte die „NSDAP"-Veranstaltung vom November 74 stattfinden, obwohl die Polizei von den Nazi-Umtrieben dort in Kenntnis gesetzt worden war.

Die Faschisten und speziell die „Hansa"-Bande wissen, was sie an Hamburg haben: So veröffentlichte diese im „Sturm" Nr. 6 einen Artikel „zehn Jahre nationalsozialistischer Kampf in Hamburg", in dem es heißt:

„Seit Kriegsende haben Nationalsozialisten politisch gearbeitet: Zunächst in der Sozialistischen Reichspartei (SRP), später dann in kleinen zurückgezogenen Zirkeln oder konservativ-reaktionären Rechtsparteien (DRP und NPD).

Der Beginn der spektakulären Tätigkeiten im nationalsozialistischen Sinne jedoch fand in Hamburg vor zehn Jahren statt:

Seit Ende 1967, als andere noch an „demokratische" Methoden glaubten, verschickte unser Kamerad Wolf Dieter Eckart den Nationalsozialistischen Deutschen Nachrichtendienst, dem Anfang 1969 der Bund Deutscher Nationalsozialisten (BDNS) folgte, der am 29. April 1969 verboten wurde. Obwohl Kamerad Eckart schon länger nicht mehr in Hamburg tätig, danken wir ihm an dieser Stelle für seinen Mut, das zu tun, woran wir

nicht einmal zu denken wagten. Aus jener damaligen Ein-Mann-Organisation (so der Verfassungsschutzbericht 1968) ist seit der Gründung der NSDAP/AO 1971, der Kundgebung mit unserem Parteiführer Gerd Lauck 1974 und der Gründung der Hamburger SA am 8. Mai 1977 eine schlagkräftige, starke Bewegung geworden. So gehen wir mit Optimismus an das zweite Jahrzehnt nationalsozialistischen Kampfes in Hamburg!"

„Zehn Jahre nationalsozialistischer Kampf" — das heißt: Zehn Jahre Duldung durch die Behörden. Mit den Nazi-Auftritten der jüngsten Zeit geht diese Saat jetzt auf. Die Verantwortung dafür hat der Senat zu tragen.

Die in dieser Broschüre dokumentierten Ereignisse ließen sich noch durch eine Reihe weiterer ergänzen. So fehlt u.a. das SS-Treffen vom Sommer 75, das in Absprache zwischen Senat und SS unter Täuschung der demokratischen Öffentlichkeit stattfinden konnte.

Die hier dokumentierten Fälle sind danach ausgewählt, daß in ihnen die „NSDAP"-Spur deutlich wird, sei es durch die tragenden Faschisten oder durch den Teilnehmerkreis.

18.1.71: „Reichsgründungsfeier" mit Goebbels Adjudanten Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe



Am 18.1.71 hielt die „Deutsche Division" im Hamburger „Haus des Sports" eine „Reichsgründungsfeier" ab.

Hauptredner war der „Bundesobmann" der „Deutschen Division", Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe.

Dieser Schaumburg-Lippe ist ein alter Nazi: Noch in seinen „Lebenserinnerungen" (erschienen im rechtsradikalen Druffel-Verlag unter dem Titel „.....verdammte Pflicht und Schuldigkeit..") bekennt er sich voll zur NSDAP, der er Ende 1929 beigetreten ist. Seine dortigen Stationen waren: Reichsredner der NSDAP, persönlicher Adjutant von Goebbels; Oberregierungsrat in der Abteilung VII Ausland und Ministerialrat der Abteilung A, Ref. 2 im Propagandaministerium; SA-Standartenführer; verantwortlich für die Zensur der Bildpresse. (Braunbuch).

1957 war er Kandidat für die Bundestagswahlen beim rechtsradikalen „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE). Heute ist er aktiver Mitarbeiter der „Nationalzeitung" des Dr. Gerhard Frey.

Dort hat er schon 1963 eine mindestens 17teilige Serie „Mein Chef Dr. Goebbels" veröffentlicht.

Auf der „Reichsgründungsfeier" vom 18.1.1971 bekannte er sich noch immer offen zum Faschismus: *„Ich bin ein alter Propagandist, und mein Lehrer* (Goebbels - Anm. Red.) *gilt in der ganzen Welt als der erfolgreichste Mann auf diesem Gebiet."* Oder: *„Denn der Glaube an das Deutsche Reich ist das denkbar krasseste Gegenteil von allem, was sich Marxismus nennen läßt* (also auch der SPD - Anm. Red.)!

Im Deutschen Reich hat es immer nur zweierlei gegeben: den Kaiser und das Volk, den Präsidenten und das Volk - oder - den Führer und das Volk!" (am 18.1.71).

Auf dieser Veranstaltung wurden protestierende Antifaschisten von Naziordnern aus dem Saal geprügelt, ohne daß die Polizei eingriff.

Nur zwei Jahre später konnte der ‚Prinz' mit der „Deutschen Division" erneut im „Haus des Sports" tagen.

Heute zählt Schaumburg-Lippe zu den Nazi-Propagandisten des „traditionellen Lagers" (NPD, Frey), die - trotz aller öffentlichen Dementis - von den Banden der „NSDAP" anerkannt werden. So berichtet Christophersen in seiner „Bauernschaft" im Juni 73, daß er mit Schaumburg-Lippes „Deutscher Division" regelmäßigen Publikationsaustausch pflege. Für ein Nazi-Treffen am 19.11.75 auf der Burg Rothenfels/Franken war Schaumburg-Lippe von Christophersen extra eingeladen worden. Seine Schriften veröffentlicht Schaumburg-Lippe u.a. im NPD-nahen „Denk-Mit"-Verlag des Klaus Huscher/Nürnberg, der 1977 als Veranstalter von Schönborns geplantem „Auschwitz-Kongreß" in Nürnberg auftrat.

FRIEDRICH CHRISTIAN PRINZ ZU SCHAUMBURG-LIPPE

Wir lassen nicht vom Deutschen Reich!



DAS KÖNIGLICH-PREUSSISCHE WAPPEN BIS 1918

Rede
gehalten in Hamburg am Reichsgründungstag,
dem 18.1.1971

ADOLF HITLER
KANZLEI:
MÜNCHEN 13, SCHELLINGSTR 50

MÜNCHEN, den 7. Februar 29

H/F.

Seine Durchlaucht
Prinz Friedrich Christian v. Schaumburg-Lippe,

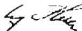
G ö t t i n g e n
Hainholzweg 42

Euer Durchlaucht,

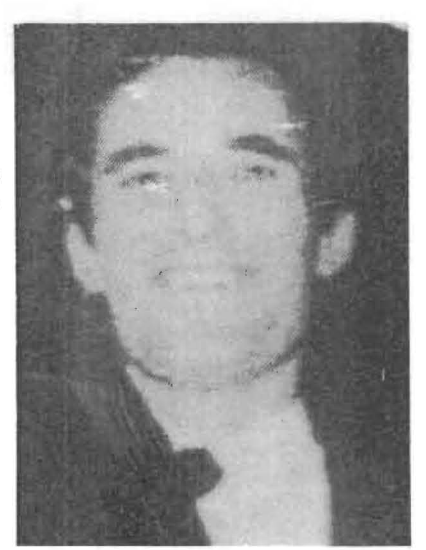
für den Brief vom 2.ds.Mts., der mich sehr interessierte, danke ich vielmals. Ich habe es sehr bedauert, dass die Besprechung in Hannover sich nicht ermöglichen liess und würde mich freuen, wenn sie bald nachgeholt werden könnte. Hierbei könnte auch der Punkt Mitgliedschaft zur Sprache kommen.

Mit deutschem Grusse,

Euer Durchlaucht sehr ergebener



Wolf Dieter Eckart — 10 Jahre ungehindert in Hamburg



Der Ingenieur Wolf Dieter Eckart (Jahrgang 39) war lange Zeit der bekannteste und aktivste NSDAP-Propagandist in Hamburg. Er ist der „Ziehvater" der „Hansa"-Bande.

Ende 1967 begann er, an Gleichgesinnte einen „Nationalsozialistischen Nachrichtendienst" zu verschicken. Zu diesem Zeitpunkt war er wegen „Geheimbündelei" schon gerichtlich bekannt.

Per Anzeige in der „Nationalzeitung" des Dr. Gerhard Frey suchte er im Herbst 68 weitere Kumpanen, um einen „Antikominternbund" zu gründen.

Diese Gründung erfolgte im Februar 1969, allerdings gleich unter dem offenen Namen „Bund Deutscher Nationalsozialisten" (BDNS). Satzung:

„§ 1: Der Verein hat den Zweck.. Freundeskreise nationalszialistischer Deutscher zu bilden, ... den Meinungsaustausch mit Menschen, die sich für den Nationalsozialismus interessieren (zu fördern), ... *kommunistischen Zersetzungsbestrebungen... zu begegnen..."*

Anfang April 69 verbot das Bundesinnenministerium den BDNS. (Dies ist u.W. das letzte Mal gewesen, daß in der BRD eine faschistische Vereinigung verboten wurde.)

Trotzdem trafen sich am 1. Mai 69 die Führungskräfte des BDNS zu einer „Arbeitstagung" und beschlossen, das Verbot nicht hinzunehmen. (nach:„Der geplante Putsch", Maes/Neumann, konkret Buchverlag).

Der „NS-Nachrichtendienst" erschien immerhin auch noch mehrere Monate lang („tat", 6.2.78).

Spätestens seit 1974 trat Eckart wieder in Erscheinung:

In regelmäßigen Abständen gab er ein „Mitteilungsblatt des Freundeskreis der NSDAP" heraus. Darin verbreitete er u.a.:

„Das Verhalten der Juden seit 1933 zeigt, daß, wenn tatsächlich Juden vernichtet wurden, noch viel zu wenig vergast wurden, denn - Deutschlands Zukunft liegt in der Endlösung der Judenfrage." (zit. nach „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 17.9.76).

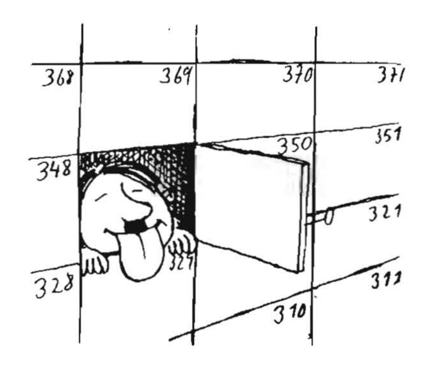
Mit diesem „Freundeskreis der NSDAP" war Eckart Teilnehmer der Nazi-Veranstaltung von Thies Christophersen im „Haus des Sports" im November 1974.

Gleichzeitig verschickte Eckart einen „NS-Pressedienst" an verschiedene Zeitungen, in dem er seine Propaganda weiter verbreitete. U.a. kündigte er in einer Ausgabe die Errichtung einer „Gedenkstätte Adolf Hitler" an. Zu dieser Provokation erklärte da-

„Extra-Dienst", 1.8.75

GEGEN RECHTS MAHLEN DIE STAATSSCHUTZMÜHLEN LANGSAM

Als in die hansestadteigene Hamburger Sportgaststätte Schäferkamp am 10. November 1974 „Die Bauernschaft für Recht und Gerechtigkeit" zu einem Vortrag des Vorsitzenden der „NSDAP Auslandsorganisation", Pg. Gerhard Lauck, aus Nebraska/USA, einlud („Warum wir Amerikaner noch Adolf Hitler verehren"), da marschierte in SA-Stiefeln in den Hakenkreuz-‚geschmückten' Raum („Solange das intern ist, können die ja machen, was sie wollen"; der Geschäftsführer der Sportgaststätte. ED) auch der Hamburger Alt- und Neunazi Wd. Eckart, Ingenieur von Beruf, ein. ED berichtete über die Saumseligkeit der Hamburger Polizei („wir wurden zu spät gerufen") in 90/VIII und benachrichtigte gleichzeitig die Hamburger Innenbehörde sowie die Oberpostdirektion Hamburg, bei der der praktizierende Faschist Eckart unter der Nummer 349 beim Postamt Hamburg 73 ein Postfach gemietet hatte, unter dem Nazi-Schriftgut angefordert werden konnte. Die OPD Hamburg teilte ED am 15. November letzten Jahres mit, „daß wir Ihre Unterlagen (vier Flugblätter; ED) zuständigkeitshalber dem Landesamt für Verfassungsschutz der Freien und Hansestadt Hamburg übersandt haben". In Kenntnis der, anscheinend von Amtsverständnis her, bedingten Unfähigkeit bürgerlich-deutscher Polizeibehörden monierte ED erst am 31. Mai 1975 bei der Hamburger Innenbehörde. Nun gab ein Sachbearbeiter dieser Behörde telefonisch bekannt, daß gegen Eckart und Konsorten seit 28. April dieses Jahres bei der Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg ein Verfahren anhängig ist. ED wollte wissen, wann mit Anklageerhebung respektive mit einem Urteil zu rechnen sei. Der Sachbearbeiter: „Bei der Überarbeitung dieser Kammer ist da vor 1976 nichts zu erwarten."



Am 1. September 1974, dem Weltfriedenstag, ging dem Bundesjustizministerium ein Bünd'l Flugblätter eines Bamberger Bürgers namens Jochen Floth zu, die, „Angriff" betitelt, in eindeutig nazistischem Vokabular abgefaßt sind.

Der Bundesjustizminister bestätigte sechs Wochen später den Eingang des Materials und teilte mit, „daß ich die Originale der von Ihnen übersandten 4 Flugblätter dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz mit der Bitte übersandt habe, die zuständige Staatsanwaltschaft zu einer strafrechtlichen Überprüfung zu veranlassen und mich über das Ergebnis zu unterrichten. Sie werden zu gegebener Zeit von hier weitere Nachricht erhalten."

Am 1. Juni 1975 reklamierte ED. Am 26. Juni gab ein „Regierungsangestellter" bekannt, „daß mir das Ergebnis der Ermittlungen bezüglich der Flugblätter des Herrn Floth noch nicht bekannt ist. Da die Strafverfolgung wegen der hier in Frage kommenden Delikte in die Zuständigkeit der Länder fällt, habe ich die zuständige Landesjustizverwaltung gebeten, mich über den Stand der Sache zu unterrichten. Nach Eingang der Mitteilung werden Sie Nachricht erhalten."

(ED) Wo leben wir eigentlich? In einem Rechtsstaat, der Unrecht verfolgt? Hat das Bundesjustizministerium kein Porto, um beim Justizministerium des Freistaates Bayern zu reklamieren? Weiß das Justizministerium Bayerns nicht, wo die zuständige Staatsanwaltschaft wohnt? Mangelt es an Sekretärinnen? Kann niemand einen Terminkalender lesen? Wie lange dauert es, bis einem Bürger das Telefon abgestellt wird, wenn er vergessen hat, zu überweisen? Wie verhält sich der Fiskus gegen lohnsteuerpflichtige Säumige? So tolerant gegen Faschisten wie der bürgerliche Rechtsstaat? Fragen über Fragen.

mals der Staatsanwalt Reumann von der Staatsschutzkammer: *„Die Erwähnung der NSDAP in Zusammenhang mit der Lebensgeschichte A. Hitlers zeige keine ... gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Tendenz...".* (Nach Aussagen von Prozeßbeobachtern).

Erst am 26.4.75 - so die Innenbehörde gegenüber dem Westberliner „Extra-Dienst" - wurde ein Verfahren gegen Eckart eröffnet. Tatsächlich hatte der „Extra-Dienst" schon im November 74 ihm bekannte Nazi-Flugblätter Eckarts sowohl der Post als auch der Innenbehörde angezeigt. Die Post hatte schon am 15.11.74 mitgeteilt, daß sie ihrerseits die Flugblätter an die zuständigen Behörden weitergeleitet hätte. Erst ein halbes Jahr später wird dann das Verfahren eröffnet („ED", 1.8.75), und es dauert erneut über acht Monate, bis es Anfang 76 endlich zum Prozeß kam.

Eckart wurde beschuldigt:

1. Verstoß gegen § 86 StGB („Bestrebungen, eine ehemalige NS-Organisation durch Verbreiten von Propagandamaterial fortzusetzen").
2. Eckart habe versucht, den BDNS nach dessen Verbot fortzuführen.
3. Verstoß gegen § 86 a („Verwendung von Kennzeichen ehemaliger NS-Organisationen") - dieser Punkt bezieht sich auf sein Auftreten im Haus des Sports.
4. Kleben von Hakenkreuzplakaten der „NSDAP/AO"
5. In seinen Schriften setzt sich Eckart für die NSDAP und NSDAP/AO ein und wirbt für sie.

Schon am 1. Prozeßtag (15.1.76) versuchte der Staatsanwalt, Eckarts Umtriebe zu bagatellisieren. So erklärte er: *„Zwischen den Zeilen kämen Verstöße gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vor"* - Formulierungen wie „Heil Hitler" in Privatbriefen *„seien keine Straftatbestände".* Die Fortführung des „BDNS" könne durch Zeugen belegt werden, aus Kostengründen wolle er aber darauf verzichten, da dieser Wiederaufbau *„kläglich gescheitert sei".* Dieser Anklagepunkt wurde gänzlich fallengelassen.

Ein Sachverständigengutachten über Eckart verstärkte diese Linie: Eckart sei *„verbohrt"*, er habe *„abstruse, absurde Vorstellungen"*, er sei *„doch wohl ein Einzelkämpfer"*,

DNSG-Geschäftsstelle
Gerhard Anhuth
3454 B e v e r n
Ottendorferstr. 11

E I N L A D U N G !

Am Sonnabend den 6. März 1976 14.30 Uhr findet in Höxter, Hotel Corveyer Hof, Westerbachstraße 29 ein

Politisches Seminar

statt.

Zu dieser Veranstaltung laden wir Sie herzlich ein!

Es werden referieren:

Michael Borchardt - Faschistische Front -
Thema: Die Propaganda als Waffe des Kampfes,

Georg Banzerus - DNSG -
Thema: Die aktuelle politische Lage 1976,

W.-D. Eckart - Freundeskreis der NSDAP -
Thema: Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik

DNSG-Jugendgruppe -
Demokratie aus der Sicht der DNSG.

Wir lassen auch Gäste - die teilweise andere politische Vorstellungen haben - die Geschähnisse aus ihrer Sicht schildern; denn im Kampf um die Wiederherstellung Deutschlands wollen wir mit allen Kräften zusammenarbeiten, die ebenfalls die Wiederherstellung des DEUTSCHEN REICHES anstreben!

Falls jemand bereit sein sollte in unseren Veranstaltungen zu sprechen, bitten wir zwecks Terminebstimmung, sich mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen.

Nach jedem Referat wird reichlich Zeit für eine Aussprache gegeben sein.

Es laden ein:

Gerhard Anhuth (DNSG Geschäftsführer)   Georg Banzerus (DNSG Bundesvorsitzender)

er habe *„nicht immer vollen Bezug zur Realität"*, es gäbe keine Anzeichen dafür, daß *„Eckart die Spitze eines Eisbergs "* sei usw.

Schon der Staatsanwalt beantragte dann lediglich 9 Monate auf Bewährung. Es sei zu hoffen, daß Eckart nun - auch infolge seiner Eheschliessung - von seinem Treiben ablassen würde.

Das Urteil lautete dann auf 8 Monate mit 5 Jahren Bewährung und 3.000.- DM Geldstrafe. Begründung: Er sei ein *„Einzelgänger"*, seine *„Machenschaften"* von einer *„hoffnungslosen Erfolglosigkeit"*, *„völlig ungefährlich"* und: *„Jede härtere Strafe erzeuge bei ihm nur ein Märtyrerbewußtsein".*

Tatsächlich war Eckart in der Folgezeit weiterhin aktiv: So veranstaltete er am 6.3.76 - also nur 5 Wochen nach seiner Verurteilung - ein Seminar zusammen mit der „Faschistischen Front" (siehe hinten) und der „DNSG" des Georg Banzerus, Inhaber eines Nazi-Buchdienstes in Höxter. Seit Anfang 77 ist er Verteiler des „NSDAP"-Organs „Wille und Weg".

Antifaschisten werden aktiv

Dieses Urteil, das Eckart nachweislich in seinen Aktionen b e s t ä r k t e, war für Antifaschisten in Hamburg Anlaß, Eckarts Umtriebe in der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Dieser Steckbrief trug zur weiteren Enthüllung des Nazi-Sumpfes um Eckart bei. So wurden schon damals die Kneipen als Nazi-Treffpunkte bekannt, in denen sich heute die „Hansa"-Bande trifft. Verschiedentlich wurden in dieser Zeit auch Antifaschisten durch Telefonterror und Drohbriefe terrorisiert. Entsprechende Anzeige bei der Staatsanwaltschaft verliefen im Sand.

Eckart's Propaganda

„Schlagt den Juden ... in die schadenfroh grinsende Fressel Zertrümmert ihnen die Fenster, kennzeichnet die Häuser von Juden als solche! Brennt die Synagogen ab, soweit sie noch stehen! ... DEUTSCHLAND ERWACHE! ... Befreit eure Völker von dem jüdischen Parasiten für immer! Arier, kämpft für eine arische Völkergemeinschaft und vernichtet das Judentum, das unser aller Unglück ist! JUDA VERRECKE! Sieg Heil!"

„Als Deutschland 1939 antrat, den Völkervernichter, das internationale Judentum, zu bekämpfen, erwartete es den Tod auf den Schlachtfeldern dieser Erde. Wenn wir Nationalsozialisten heute antreten, um Deutschland judenfrei zu machen, so erwartet uns nur eine Gefängnisstrafe ... Wer wird feige sich der Verantwortung entziehen, zu der er Deutschland, dem Nationalsozialismus und Adolf Hitler gegenüber verpflichtet ist."

(Quelle: „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 17.9.76)

Erneuter Prozeß gegen Eckart

Das erste Urteil gegen Eckart wurde vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe aufgehoben und an die Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg zur erneuten Verhandlung zurückgewiesen. Der BGH wollte Eckart auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen.

In diesem Gutachten wurde dann - im Gegensatz zum ersten - festgestellt: *„Eckart sei voll schuldfähig"* ... *„weder abartig noch minderbegabt"* ... *„jedoch ein fanatischer Mensch"* .. *„von überwertigen Ideen besessen".* Das Urteil spricht jedoch diesem Gutachten Hohn: 8 Monate auf Bewährung und 1.000.- DM Geldstrafe (2.000.- DM weniger!). Das Verfahren wegen der Verbreitung von „Wille und Weg" wurde „wegen Geringfügigkeit" eingestellt! (September 77). („AJWZ", 17.9.77).

10 Jahre nach seinen ersten Aktivitäten in Hamburg, denen jedes Jahr weitere Straftaten gefolgt sind, ist Eckart nach wie vor auf freiem Fuß. Zu jedem beliebigen Zeitpunkt hätte er dafür empfindlich bestraft werden können. Eckart selbst höhnte über die Gerichte: *„Die Demokraten haben sieben Jahre gebraucht, um den Nationalsozialisten vor ein Strafgericht zu bringen. Sie werden Jahre brauchen, bis sie über die Verwirkung der Bewährung entschieden haben. In diesen Jahren kann sich vieles ändern..."*

Geändert hat sich bis heute schon einiges: Die „Hansa"/„NSDAP"/„ANS"-Bande tritt heute offener und militanter denn je in Erscheinung. Diese Bande ist unter der Anleitung Eckarts, des „hoffnungslosen Einzelgängers" aufgebaut worden.

Als einziger aus dem Kreis um Eckart ist der Fall des Lothar Wrobel bekannt geworden, der zusammen mit Eckart beim Kleben von Hakenkreuzplakaten erwischt wurde: Wrobel, Kellner in einer der Nazi-Kneipen in St. Georg, ist lange Zeit Beisitzer in Kreisverband Nord der NPD gewesen und leitet den NPD-Fanfarenzug „Graf Spee", der zusammen mit bekannten „Hansa"-Faschisten am 26.6.77 einen Überfall auf drei Antifaschisten in Kiel verübte. Mit Sicherheit gehört auch der jetzt wegen seiner Beteiligung am Überfall von Bergen-Hohne am 4./5.2.78 verhaftete Klaus-Dieter Puls zu Eckarts „Freundeskreis".

Der Fall Eckart spricht eine deutliche Sprache: Durch Nicht-Verfolgung, Verschleppung des Prozesses, ein ermunterndes Urteil zur „Bewährung", Verharmlosung und Nichtbeachtung seiner Nazi-Aktivitäten hat der Hamburger Senat Eckarts nazistische Untergrund-Arbeit gegen besseres Wissen begünstigt - und u.a. damit der Entstehung der heutigen „Hansa"-/„NSDAP"-Bande den Weg bereitet.

Eckart voll schuldfähig

Doch weiter Milde für Rechtsextremisten

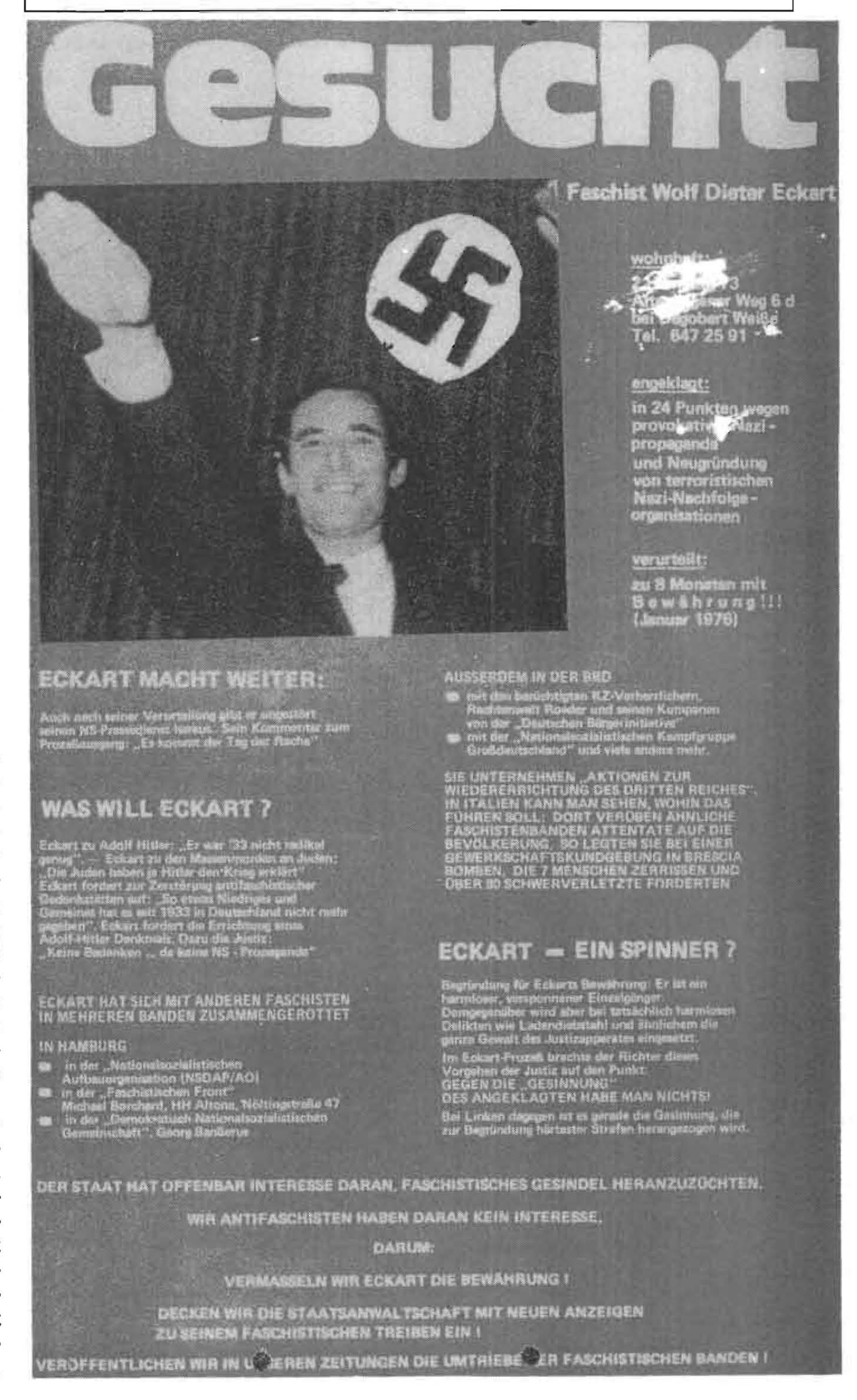
Zu acht Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung hat die Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg vor kurzem den Rechtsradikalen Wolf-Dieter Eckart (38) verurteilt. Eckart muß außerdem eine Geldbuße in Höhe von 1000 Mark an Kriegshinterbliebene zahlen. Das Gericht blieb damit unter der Strafe der ersten Instanz, in der Eckart zu 3000 Mark verurteilt worden war. Jener Spruch vom 20. Januar 1976 war jedoch vom Bundesgerichtshof aufgehoben und nach Hamburg zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen worden. Das oberste Gericht wollte Eckart auf seinen Geisteszustand untersucht wissen. Der sachverständige Psychiater stellte in seinem Gutachten jedoch fest, daß Eckart voll schuldfähig sei. Er sei weder abartig noch minderbegabt, jedoch ein fanatischer Mensch, der von einer „überwertigen Idee besessen" sei.

Eckart hatte in den Jahren 1968 und 1969 Hakenkreuzplakate und -Aufkleber in Hamburg verteilt und an Wände geklebt, war mit dem Hitlergruß fotografiert worden und hatte ein Mitteilungsblatt „Freundeskreis Bund Deutscher Nationalsozialisten" redigiert und verschickt. Das Gericht bezeichnete Eckart trotzdem als Einzelgänger, der selbst von Gesinnungsgenossen nicht ernstgenommen werde. In ihrem Urteil durfte die Staatsschutzkammer nicht über das Urteil von 1976 hinausgehen, weil der Beschuldigte Revision beantragt hatte.

Staatsanwalt Wulf stellte in seinem Plädoyer fest, für alle Menschen seien die Taten der Terroristen unfaßbar. Dennoch komme niemand auf den Gedanken, sie für unzurechnungsfähig zu halten. Dasselbe müsse auch für Eckart gelten.

Inzwischen hat Wulf einen weiteren Strafantrag gegen Eckart wegen der Verbreitung von antisemitischen, staatsfeindlichen und rechtsextremistischen Druckwerken eingestellt. Es geht um „Wille und Weg — Nationalsozialistische Reichszeitung", über die in dieser Zeitung mehrfach berichtet wurde. Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens wird unter anderem damit begründet, daß „Eckart nicht die Herstellung der Druckschrift „Wille und Weg", sondern allenfalls deren Verbreitung in wenigen Einzelfällen nachgewiesen werden konnte".

H. Lichtenstein





10.11.74: Nazi-Provokation im „Haus des Sports"

Am 10.11.74 hatte Thies Christophersen seine „Freunde" der Bauernschaft zu einem Treffen nach Hamburg ins dortige „Haus des Sports" eingeladen.

Auf dieser Veranstaltung wurde das Auftreten folgender Personen bekannt: Thies Christophersen;
Gary Rex Lauck, „Führer der „NSDAP/AO" (Auslandsorganisation), der zu diesem Zeitpunkt auf einer Rundreise durch die BRD war;
Wolf Dieter Eckart mit seinem „Freundeskreis der NSDAP";
Wolfgang Rauh, Bergedorf;
Hans-Joachim Neumann, Verfasser des Buches „Das Vierte Reich", vorbestraft wegen Waffendiebstahls, Aktivist der „NSDAP" und ehemals NPD-Mitglied; heute in Südafrika.

Schon im „offiziellen" Teil der Veranstaltung konnte Lauck seitenlange Passagen aus Hitlers „Mein Kampf" vorlesen und dazu auffordern, alle *„taktischen Vorteile des Untergrundkampfes"* für die neue NSDAP auszunutzen.

Am Ende der Veranstaltung kam es dann dazu, daß einige Nazis die Hakenkreuzfahne entrollten und sich mit Hitlergruß für die Kameras aufstellten (tatsächlich hat auch Christophersen sich dazu gestellt, während er dies später leugnete).

Angemietet worden war der Raum für diese „NSDAP"-Veranstaltung durch NPD-Mitglieder, die ihre „guten Kontakte" zum Leiter des „Haus des Sports" genutzt hatten („FR", 11.11.74).

Es ergibt sich also das Bild, daß schon damals Christophersen als Organisator einer „NSDAP"-Veranstaltung gewirkt und das Publikum für Lauck besorgt hatte.

Über NPD-Mitglieder war der Raum organisiert worden, und die Veranstaltung insgesamt wurde zu dem, was Lauck selbst als Linie in seiner Rede ausgab: *„Alle taktischen Möglichkeiten für die neue NSDAP ausnutzen."*

Offizielle Stellungnahmen: Lügen und Widersprüche

In der Berichterstattung über diese Versammlung wimmelt es nur so von Widersprüchen: Während die sozialdemokratische „Morgenpost" die Meldung verbreitet, *„hilflos dreinblickende Kriminalbeamte"* hätten die Veranstaltung nicht schließen können, da sie als geschlossene Gesellschaft deklariert gewesen sei, argumentiert der offizielle Bericht der staatlichen Pressestelle genau umgekehrt: Die Polizei – so heißt es dort – sei von Hakenkreuzumtrieben telefonisch unterrichtet worden. Diese seien auch in „geschlossenen Gesellschaften" verboten; dort anrückende Beamte hätten aber nichts entdecken können. Sie seien deshalb wieder abgezogen, und hätten eben deshalb auch nicht eingreifen können.

Eine Woche später wurde dann die Ausweisung Laucks verfügt; er konnte aber noch zwei weitere derartige Versammlungen abhalten, ehe er in Neumünster festgenommen wurde.

Von Verfahren gegen die beteiligten Nazis ist außer dem Eckart-Prozeß nichts bekannt. Bekannt geworden ist uns allerdings, daß unter dem Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft 141 Js 1320/74 die Lüge Christophersens aufrechterhalten wird, Lauck sei erst n a c h der Christophersen-Veranstaltung als Redner aufgetreten. Tatsächlich war er Hauptredner der Veranstaltung.

Der Hamburger Sportchef lügt:

„Unser Vorstand wird aus dem Vorfall die entsprechenden Konsequenzen ziehen und künftig der NPD keine Räume in unserem Haus mehr zur Verfügung stellen." – so tönte am 11.11.74 der Hamburger Sportchef Fritz Bauer in der „Morgenpost".

Starke Worte – aber reichlich was dahinter: Uns sind allein vom November 74 bis Mai 77 22 NPD-Veranstaltungen im „Haus des Sports" bekannt!

Veranstaltungen der NPD im „Haus des Sports"

12.09.74	NPD LV-Hamburg, Politische Bildung, Diskussionsabend.
18.11.74	KV-Eimsbüttel, Mitgliederversammlung mit Wahl des neuen Kreisvorstandes.
09.01.75	LV-Hamburg Diskussionsabend, Ulrich Harder zu dem Thema: „Welche wirtschaftspolitischen Ziele hat die NPD".
13.02.75	LV-Hamburg, Diskussionsabend
13.03.75	LV-Hamburg, Diskussionsabend
10.04.75	LV-Hamburg, Diskussionsabend
25.05.75	Landesmitgliederversammlung mit Gästen. Martin Musgnug hielt eine Ansprache.
12.06.75	LV-Hamburg, Diskussionsabend
26.08.75	LV-Hamburg/KV-Eimsbüttel. Mitgliederversammlung mit Gästen. Es sprach Frau David-Happach aus Lübeck.
04.11.75	KV-Eimsbüttel/LV-Hamburg. Versammlung.
08.01.76	LV-Hamburg. Diskussionsabend (Politische Bildung). Hilmar Gerber zum Thema „Der Mensch und seine Bindung zur Natur".
12.02.76	LV-Hamburg. Diskussionsabend. Thema: „Wahlkampfparolen unserer politischen Gegner."
17.02.76	KV-Eimsbüttel. Jahreshauptversammlung des des KV und Wahl der Delegierten zum Landesparteitag.
28.03.76	Landesparteitag mit Wahl des neuen Landesvorstandes und Wahl der Kandidaten für die Bundestagswahl. Es sprachen Martin Mußgnug und Gerd Gebauer.
08.04.76	LV-Hamburg. Diskussionsabend. Thema: „Wahlkampf-Diskussionsfragen unserer politischen Sympathisanten (Wähler) so-

wie unserer politischen Gegner".

07.05.76 LV-Hamburg. Organisation und Propaganda haben eine Sitzung. Thema: Bundestagswahl.

10.06.76 LV-Hamburg. Diskussionsabend. Thema: „Ja zur aktiven Verbrechensbekämpfung".

11.06.76 Sitzung der Abt. Organisation und Propaganda aller Hamburger Kreisverbände.

07.01.77 Das Gleiche wie am 11.6.76

21.01.77 Sitzung des Ausschusses Organisation und Propaganda. Themen: „Rahmenplanung der politischen Arbeit 1977". Amtsträger und JN-Funktionsträger nehmen daran teil.

23.01.77 LV-Hamburg. Reichsgründungsfeier. Es spricht Emil Maier Dorn „Die Bedeutung des Werkes Bismarcks und seine Zeit".

23.05.77 KV-Eimsbüttel. Mitgliederversammlung.

(nach: „NPD-Nachrichten")

Staatliche Pressestelle Hamburg **15.November 1974**

Ausweisung gegen Gerhard Lauck verfügt

Gegen den Vorsitzenden der NSDAP-Auslandsorganisation, Gerhard Lauck, aus Nebraska (USA) hat die Behörde für Inneres am Montag, 11.November, die Ausweisung aus der Bundesrepublik verfügt und das allen Innenministern der Länder sowie dem Bundesinnenminister mitgeteilt. Da der Aufenthalt von Lauck zur Zeit nicht bekannt ist, wird die Verfügung öffentlich zugestellt. Das bedeutet: Wenn er gefunden wird, erfolgt sofort die Ausweisung und Abschiebung, weil er bei einer Veranstaltung am Sonntag, 10.November, in Hamburg erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt hat.

Gerhard Lauck hält sich offensichtlich als Tourist in der Bundesrepublik auf. Er ist weder in Hamburg noch im übrigen Bundesgebiet bei einer Ausländerbehörde erfaßt. Umstände sprechen auch dafür, daß er sich nicht in Hamburg aufhält und hier auch nicht gewohnt hat.

Anlaß für die Maßnahmen ist eine Veranstaltung der Vereinigung „Die Bauernschaft" mit dem Untertitel „Für Recht und Gerechtigkeit" am 10. November ab 10 Uhr im „Haus des Sports" in Hamburg, auf der Lauck darüber sprach, „Warum wir Amerikaner noch Adolf Hitler verehren". Im Anschluß daran wurde eine Hakenkreuzfahne aufgezogen, zeigten sich Teilnehmer in Kleidung sowie mit Abzeichen der Nationalsozialisten und mit zum Hitler-Gruß erhobenem Arm.

Die Behörde für Inneres hatte von dieser Veranstaltung keine Kenntnis. Zwar war dieses Treffen über einen Berliner Informationsdienst bekanntgeworden, der aber der Behörde erst am Montag, 11.November, zugegangen ist. Die Ermittlungen ergaben jetzt, daß die Vereinigung „Die Bauernschaft" — wie im übrigen auch linksgerichtete Organisationen — regelmässig im „Haus des Sports" tagt, und zwar seit etwa einem Jahr alle vier Wochen. Der Kreis von etwa 60 bis 70 Teilnehmern verhielt sich dabei stets ruhig. Deshalb ist der Polizei diese Vereinigung bisher nicht aufgefallen.

Am Sonntag, 10.November, hingegen teilte ein anonymer Anrufer um 11.05 Uhr über Notruf 110 der Polizei mit, daß im „Haus des Sports" eine „NPD-Veranstaltung" stattfinde, in der Männer mit alten Nazi-Uniformen sowie Orden und Ehrenzeichen umherliefen. Da nach § 86a des Strafgesetzbuches das „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen", wie Fahnen, Abzeichen, Uniformen, Parolen und Grußformen, auch in nicht öffentlichen Versammlungen verboten ist, ging die Polizei dieser Anzeige nach, konnte aber zu diesem Zeitpunkt weder Hakenkreuzfahnen noch Männer in Uniformen feststellen. Auch Gespräche mit dem Personal im „Haus des Sports" und mit dem Anrufer brachten keine weiteren Erkenntnisse. Darauf ging die Polizei wieder. Im Hinblick auf das, was anschließend geschah, wäre es sicher besser gewesen, dort zu bleiben. Die Ermittlungen, die jetzt geführt werden, wurden durch Mitteilungen von Journalisten in Gang gebracht.





Skandal: Nazis tagten in Hamburg

Mit „Heil Hitler" und Hakenkreuz



Will dafür sorgen, daß die Nazis nicht mehr ins Haus des Sports kommen: Fritz Bauer, Hamburgs Sportchef.

Von Heinz Fischer

Hamburg — Nazis tagten gestern im Hamburger „Haus des Sports". Das Treffen wuchs sich zu einem Riesenskandal aus. Aus dem Festsaal schallte der Schrei „Heil Hitler". Ein Sturmtrupp in Braunhemden und Schaftstiefeln sang alte und neue Kampflieder. Arme reckten sich zum Führergruß (Foto oben). Rot leuchtete die Fahne mit dem Hakenkreuz im Hintergrund. Die alarmierte Polizei war machtlos. Die NPD hatte das Nazitreffen als geschlossene Gesellschaft deklariert.

Gastredner war der 1. Vorsitzende der amerikanischen NSDAP-Auslandsorganisation, Gerhard Lauck (21). Er hielt ein Referat mit dem Titel: „Warum wir Amerikaner noch Adolf Hitler verehren." Anschließend zitierte er Führergedanken aus dem Hitler-Buch „Mein Kampf". Die hundert Zuhörer dankten ihm mit Heilrufen und stürmischem Beifall. (Seite 4)



Michael Borchardt
Nöltingstraße 47
2000 Hamburg 50
Metallarbeiter, 29 Jahre alt.

Michael Borchardt



Probeexemplar

Einzelpreis: 1 Mark
8 Schilling

Der Aufmarsch

REICHSORGAN DER FASCHISTISCHEN FRONT

Doppelnummer 7-8 August 1976 2. Jahrgang

Deutsche!
Ihr sollt ewig büßen, weil ihr an der Ermordung von sechs Millionen Juden schuld sein sollt! – Das ist die ungeheuerlichste Lüge aller Zeiten!
Erkennt die Wahrheit!

KEIN JUDE WURDE VERGAST!

Diese Gruselzeichnung stammt aus dem Machwerk „Der Weg den wir gingen", in dem die schauerliche Geschichte von den „Judenvergasungen" aufgetischt wird. Mit solchen verbrecherischen Greuelmärchen wurde unser Volk jahrzehntelang für dumm verkauft und moralisch fertiggemacht.

Die Zeit der Lügen ist vorbei!

Fünf Schornsteine rauchten Tag und Nacht in Birkenau.

Borchardt trat als Faschist erstmals im September 75 in Erscheinung. Anläßlich einer Hinrichtung von 5 spanischen Antifaschisten, die damals eine breite Empörung gegen das Franco-Regime auslöst, klebt er in Hamburg-Altona Handzettel: *„Lang lebe General Franco"*, unterschrieben: *„Faschistische Front"* !

Im November 75 erscheint erstmals der „Aufmarsch", „Reichsorgan der Faschistischen Front"; als „Hauptschriftleiter" zeichnete Borchardt verantwortlich.

Anfang April 76 schmierte Borchardt in Altona und anderen Stadtteilen Hamburgs meterhohe Parolen: *„Deutschland braucht Faschismus"*, *„Faschistische Front"*, *„Rotfront verrecke"* sowie ihr Zeichen, die Wolfsangel. Die Parolen, soweit sie nicht von Antifaschisten übermalt sind, stehen noch heute da – von den Behörden wurde nichts unternommen, um sie zu entfernen. Kurz danach erschienen Werbeaufkleber für den „Aufmarsch", zum Teil sogar in den Briefkästen.

Die hier dokumentierte Hetzschrift kommt im Gegensatz zu dem viel diskutierten Göttinger „Nachruf auf Buback" aus der rechtsradikalen Szene. Dokumentiert wurde er jetzt in der jüngsten Ausgabe der Berliner Zeitschrift „Zitty" vom 7.Oktober aus einem im April erschienenen „Revolutionären Kampfblatt" und „Reichsorgan der Faschistischen Front", betitelt „Der Aufmarsch". Die Redaktion von „Zitty" versah das Faksimile mit der ironischen Frage, was denn die Herren Staatsanwälte hiergegen unternommen hätten. Das rechtsradikale Blatt nennt im Impressum einen M. Borchardt aus Hamburg als verantwortlichen „Hauptschriftleiter'. So wandten wir uns an die Hamburger Staatsanwaltschaft mit der Frage, ob und wie sie ermittle.

Der zuständige Oberstaatsanwalt erklärte uns, eine Zeitschrift „Der Aufmarsch" kenne man bei der Hamburger Behörde nicht. Indess sei ein Mann namens Michael Borchardt in Hamburg einschlägig aus rechtsextremistischer Tätigkeit bekannt, jedoch nicht in Zusammenhang mit diesem „Nachruf" auf den im April ermordeten Generalbundesanwalt.

Diesen „Nachruf" habe man jedoch vor etwa fünf Wochen bei Hausdurchsuchungen auf einem anderen rechtsextremen Pamphlet „Wille und Weg" vorgefunden. Daraufhin sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Der Tagesspiegel hatte Gelegenheit, in der Redaktion von „Zitty" die April-Ausgabe des Pamphlets „Der Auf--marsch" einzusehen. Wie sich daraus ergibt, wurde der 28jährige Michael Borchardt bereits im November 1976 wegen Verbreitung von Schriften, die die Bundesrepublik verunglimpfen (§90a StGB) zu einer Geldstrafe von 2700 DM verurteilt.

Die Berliner Staatsanwaltschaft wurde erst durch Anfrage des Tagesspiegels darüber informiert, daß ein solcher „Buback-Nachruf" von der Berliner Zeitschrift „Zitty" dokumentiert und mit entsprechenden Fragen an die Strafverfolgungsbehörden versehen worden ist. Vor geraumer Zeit habe man einen ebenfalls aus rechtsextremen Kreisen stammenden „Nachruf" auf Buback in Gedichtform in die Hände bekommen, der aus Hamburg stammte. Daher habe man diese Sache nach Hamburg abgegeben.

Wie der Göttinger „Presse Infodienst" (pid) berichtet, sind Exemplare der (in Hamburg inkriminierten rechtsradikalen Schrift „Wille und Weg – Nationalsozialistische Reichszeitung" mit Faksimiles des hier dokumentierten ‚Buback-Nachrufs" auch an den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) und das Seminar für Politikwissenschaften der Universität Göttingen geschickt worden. Aus Göttinger Studentenkreisen stammte der öffentlich vieldiskutierte „Mescalero-Buback-Nachruf". Für Leserzuschriften des rechtsradikalen Blatts „Wille und Weg", das sich auch als „offizielles Mitteilungsblatt der NSDAP in Deutschland" bezeichnet, wird laut pid eine Kontaktadresse in Aarhus, Dänemark, angegeben. Die Göttinger Staatsanwaltschaft habe ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. (Tsp)

„Zitty", Oktober 1977

Im Januar 77 flogen Steine in die Fenster des BUU-Büros (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) in Altona. Daneben stand geschmiert: *„Haut ab!", „KPD verrecke"* und die Wolfsangel.

Borchardt war kein Einzelgänger, sondern hatte Kontakte zu anderen Nazis: Zumindest im März 76 fand ein gemeinsames Seminar mit W.D. Eckart und Georg Banszerus (Führer einer später aufgelösten „Demokratisch National-sozialistischen Gemeinschaft", Inhaber eines Buchdienstes in Höxter) statt (*„Propaganda als Waffe des Kampfes", „Die aktuelle politische Lage 1976"* u.a.). In seiner Zeitung druckte Borchardt u.a. Texte von Christophersen und Hoffmann ab. Borchardt propagiert völlig unverhohlen den Faschismus:

- Kriegshetze (*„Das oberste und heiligste Ziel muß die Erkämpfung des Reichs in den uns zustehenden Grenzen sein. Das Reich – Millionen haben dafür gestritten und ihr Leben gelassen. Ohne Reich sind wir nichts"*)
- Streikverbot, Auflösung der Gewerkschaften
- Einrichtung von „Arbeitslagern" (KZ's) (nach „Aufmarsch" 5/76).

Bevor Borchardt als Nazi auftrat, war er Mitglied der „KPD/ML", die es bis heute nicht für nötig befunden hat, hierzu Stellung zu beziehen. Dies ist um so skandalöser, als auch noch der Nazi Ulrich Hühn aus Kiel sich zumindest Ende 1977 in den Reihen der KPD/ML herumtreiben konnte, nachdem er schon zuvor als NPD- und „Hansa"-Mitglied in Erscheinung getreten war (23.6.77 an der Mundsburg; 26.6.77 NPD-Parteitag usw.) und auch seitdem wieder bei Auftritten der Bande beteiligt ist (so am 19.2.78 bei einer „Pressekonferenz" und am 26.2.78 in Hamburg-Lurup).

Die Justiz deckt Borchardt

Bis November 76 unternahm die Staatsanwaltschaft gegen Borchardt nichts. Anzeigen gegen ihn – seine Gruppe nannte sich „Faschistische Front"! – wurden „mangels Tatverdacht" niedergeschlagen.

Eine erste Bestrafung Borchardts erfolgte wegen *„Verächtlichmachung der verfassungsmäßigen Ordnung"* aufgrund von Artikeln im „Aufmarsch", November 76, und zwar: Ein Strafbefehl über DM 2.700,–. Weitere Anzeigen gegen Borchardt führen zu weiteren Strafbefehlen wegen der Ausgaben von Oktober und Dezember 76 sowie vom Januar 77. Ob diese Strafbefehle allerdings rechtskräftig wurden, ist unbekannt. Auch unbekannt ist uns, ob gegen Borchardt auch ein Strafverfahren läuft wegen eines „Buback-Nachrufes", den er im April/Mai 77 veröffentlicht hatte. Im Oktober 77 erhielt die Westberliner Zeitung „Zitty" auf eine dementsprechende Anfrage bei der zuständigen Oberstaatsanwaltschaft zu hören, *„Eine Zeitung 'Der Aufmarsch' kenne man gar nicht in Hamburg."* (!!)

Abgelehnt wurde ein Antrag eines Antifaschisten auf Akteneinsicht mit der Begründung, dies sei *„im Interesse der Resozialisierung des Verurteilten"* nicht möglich.

In der Zwischenzeit erscheint der „Aufmarsch" nicht mehr. Die Aktivisten der „Faschistischen Front" sollen – nach Angaben eines Kenners (Name der Redaktion bekannt) der Nazi-Szene – sich der „NSDAP"-„Hansa"-Bande angeschlossen haben.

STAATSANWALTSCHAFT
BEI DEM LANDGERICHT HAMBURG



Abteilung: 14 A
Geschäfts-Nr.: 141 Js 988/76
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg
2 Hamburg 36 - Postfach

Hamburg, den 12.10.76
Fernsprecher 3 41 09 - 697 (Durchwahl)
Behördennetz 9 41

Herrn
[geschwärzt]

Betreff: Ihre Strafanzeige vom 26. 7. 76 gegen Michael B o r c h a r d t wegen Sachbeschädigung und wegen "Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen" (§§ 86, 86a StGB)

Sehr geehrter Herr [geschwärzt]!

Ich habe bezüglich der Verbreitung der Druckschrift "Der Aufmarsch" (Ausgabe Nr. 2 vom Februar 1976) von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gem. § 152, Abs. 2 StPO mangels Tatverdachts abgesehen und bezüglich der angezeigten Sachbeschädigungen mangels Strafantrages der Geschädigten das Verfahren eingestellt.

Ein Verstoß gegen § 86a StGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) liegt in dem auf der Titelseite des "Aufmarsches" verwendeten Zeichen nicht vor, da dieses Zeichen von den im 3. Reich verwendeten SS-Runen so erheblich abweicht, daß es nicht mehr als mit dem SS-Emblem identisch bezeichnet werden kann.

Auch ein Verstoß gegen § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) ist aus dem Inhalt der verbreiteten Druckschrift nicht erkennbar.

Zwar wird hierin allgemein für ein 'faschistisches' Deutschland geworben, doch enthält die Druckschrift keine Propaganda für eine bestimmbare, vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Partei oder für eine Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, daß sie Ersatzorganisation einer solchen Partei ist, § 86 Abs. 1 Ziff 1) StGB. Auch enthält die Druckschrift keine Propaganda für eine Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet, § 86, Abs. 1, Ziff 2) StGB. In Erwägung könnte allenfalls ein Verstoß gegen § 86, Abs. 1 Ziff 4 StGB gezogen werden, da auf Seite 1 der Druckschrift die Schaffung einer faschistischen Staatsjugend gefordert wird. Diese Forderung für sich genommen könnte als Forderung nach der Wiederbegründung der HJ des 3. Reiches verstanden werden.

Doch der dieser 'Staatsjugend' in der Druckschrift zugewiesene Aufgabenbereich, die "Jugend politisch charakterlich und körperlich zu bilden", ist mit der Zielsetzung der früheren Hitler-Jugend nicht vergleichbar, so daß aus dieser Formulierung und dem übrigen Inhalt der Druckschrift jedenfalls die Fortsetzung von Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation nicht eindeutig festgestellt werden kann.

Soweit Sie in Ihrer Strafanzeige das Verbot der "Faschistischen Front" fordern, teile ich Ihnen mit, daß die Staatsanwaltschaft für Verbotsverfahren von Parteien und Vereinigungen nicht zuständig ist.

Hochachtungsvoll
Gerhardt
Dr. Gerhardt

Staatsanwalt



18.1.76: „Reichsgründungsfeier" der „Aktion 2000"

Am 17. und 18.1.76 fand in Hamburg eine „ Reichsgründungsfeier" der „Aktion 2000" statt. Die „Aktion 2000" ist ein Zusammenschluß verschiedener neofaschistischer Gruppen, u.a. der NPD, des „Bund Volkstreuer Jugend" und der „Wikingjugend". Als Vorsitzender der „Aktion" trat Heiko Oetker aus Norderstedt auf, NPD-Landesvorstandsmitglied in Schleswig-Holstein und „ Bundesfahrtenführer" der „ Wiking-Jugend".

Unter Führung von Oetker und dem „Gauführer" der „Wiking-Jugend/Schleswig-Holstein", Uwe Rohwer zog die „Aktion" am 17.1.76 in voller Montur – Schaftstiefel, Tarnjacken, Sturmriemen und Odalsrunen – zum Bismarckdenkmal, wo sie eine provokative Kundgebung abhielt. Anschließend zog der gesamte Spuk in Marschkolonnen durch St.Pauli.

Am Tag darauf versammelten sich die Nazis im „Congreß-Centrum Hamburg" zu einer für die Presse gesperrten Veranstaltung. Als Hauptredner traten auf: Der „Führer" der „Wiking-Jugend ', Nahrath, der bekannte, daß er *„die Freude hatte, als Hitlerjunge zu dienen"*, und der vor allem die erneute Einführung der Sozialistengesetze Bismarcks forderte.

Des weiteren hielt Emil Maier-Dorn eine Ansprache: Das Grundgesetz sei sowieso aufgezwungen, Gleichheit und Freiheit seien die dümmsten Begriffe , die die Menschen erfunden haben. Willy Brandt sei *„der größte Zuhälter der Russen"*. Hitler sei dagegen ein *„großer Politiker"* gewesen. Emil Maier-Dorn weiß, wovon er sprach: 1930 in die NSDAP eingetreten, SA-Führer, vielfacher NS-Funktinär, machte er nach 1945 Neo-Nazi-Karriere als DRP- und später NPD-Prominenter...

Diese Provokation konnte ohne sichtbaren demokratischen Protest durchgeführt werden. Von sich aus sah der Senat überhaupt keine Veranlassung, hier tätig zu werden. Ein Jahr später gar wurde die NPD wegen ihrer „vorsichtigen" Taktik, zur Vermeidung von *„Konfrontationen zwischen Teilnehmern dieser* (Reichsgründungsfeier, Anm.Red.) *Veranstaltung und politisch Andersdenkenden"* geradezu gelobt. In einem Schreiben, das die Ablehnung eines Verbotsantrages bezüglich der darauffolgenden „Reichsgründungsfeier" begründet, wird der 17./18.1.76 ausdrücklich als Beleg dafür gewertet, daß keine „nennenswerten Störungen" von den Nazis zu erwarten seien"!

FD 724-535/77 | Hamburg, d. 21.1.77
NA: 7136 / 7024

Betr.: Reichsgründungsfeier der NPD am 23.1.77 im Haus des Sports

Bezug: Schreiben des RA MAEFFERT vom 20.1.77 mit Anlagen

Die Einladung der NPD (Hamburger Nationaldemokraten – Ausg. Januar 1977) zur Reichsgründungsfeier liegt der Dienststelle seit einigen Tagen vor und wird dem Vorgang als Fotokopie beigefügt.

Der Arbeiterkampf Nr. 96 vom 10.1.77 (S. 8 „Antifa-Kurzmeldungen" Hamburg aufgepaßt! pp.) wird ebenfalls als Fotokopie beigelegt.

In den letzten Jahren ist es bei Veranstaltungen der NPD dieser Art auf Hamburger Gebiet nicht zu nennenswerten Störungen gekommen. Strafanzeigen sind nicht erwachsen. Bei der letzten Reichsgründungsfeier (Aktion 2000) am 18.1.76 (Bismarck-Denkmal und Hamburg-Plaza) kam es jedenfalls nicht zu Konfrontationen zwischen Teilnehmern dieser Veranstaltung und politisch Andersdenkenden. Um diesbezügliche Konfrontationen von vornherein auszuschließen, wurde von seiten der NPD (Leiter: Heiko OETKER) der Versammlungsort (Hamburg-Plaza) den Teilnehmern erst vor der Musikhalle bekanntgegeben.

Bei der vorausgegangenen Feier (Aktion 2000) am 16.1.71 in Norderstedt bzw. Leezen und Aumühle kam es zu Auseinandersetzungen, die durch die Polizei geschlichtet wurden. Nach hiesiger Auffassung besteht zwischen der NPD und der NSDAP-AO (Lincoln/Lauck) kein erkennbarer Zusammenhang.

Die im Schreiben des RA MAEFFERT aufgeführte Veranstaltung im Haus des Sports (10.11.74) war ausgerichtet von der „Freie Bauernschaft für Recht und Gerechtigkeit" (Thies CHRISTOPHERSEN). Erst im Anschluß an diese Veranstaltung trat der bekannte Garry LAUCK (Az. der StA 141 Js 1320/74) als Redner in Erscheinung. Im vorliegenden Falle handelte es sich nicht um eine NPD-Veranstaltung.
Der von dem Briefschreiber an den „Arbeiterkampf" eingesandte Aufkleber „NSDAP jetzt" (m. Hakenkreuz) ist bisher in keinem Falle von der NPD verwandt worden.
Der im Schreiben des RA als Anlage beigefügte Briefbogen (Deutsches Reich mit Hoheitsadler – NSDAP – Gau Hamburg) dürfte ebenfalls kein Indiz für eine NPD-Urheberschaft sein.
Die NPD ist laut Aussage ihres Vorsitzenden SABRAUTZKY selbst an einem ruhigen und störungsfreien Verlauf interessiert.
Einzig und allein aus diesem Grunde wurden von seiten des Veranstalters persönliche Einladungen versandt und keine Presseveröffentlichungen herausgegeben.
Nach Sachlage kann davon ausgegangen werden, daß von dem Teilnehmerkreis keine Störungen ausgehen und Straftaten nicht begangen werden.

Dzewas Möller

7.8.76: NPD-„Kongreß der nationalen Kräfte"





Für den 7.8.76 hatte die NPD als einen Höhepunkt im damaligen Bundestagswahlkampf einen „Kongreß der nationalen Kräfte Europas" angekündigt, zu dem sie bundesweit, sowie international nach Hamburg mobilisierte.

Für den Vormittag waren an verschiedenen Stellen Hamburgs Infostände vorgesehen, am Nachmittag sollte in Planten und Blomen der Kongreß stattfinden und am Abend eine öffentliche Großkundgebung in der Festhalle abgehalten werden, auf der sowohl die NPD-Spitze wie auch die ausländischen „Gäste" reden sollten.

Für die NPD sollten auftreten: Martin Mußgnug, Bundesvorsitzender der NPD, ehemals Gründer eines später verbotenen Bund Nationaler Studenten. Dr. Gerhard Frey, Vorsitzender der DVU und Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung"; Emil Maier-Dorn, Alt-Nazi (siehe auch Kapitel über den 18.1.76); H.-J. Sabrautzky, heutiger Hamburger NPD-Vorsitzender und Leiter des berüchtigten Ordnerdienstes der Hamburger NPD; H. Feldt, NPD-Vorsitzender in Westberlin, wo die NPD nicht öffentlich auftreten darf.

Als ausländische Redner waren angekündigt: Norbert Burger, Vorsitzender der Nationaldemokratischen Partei Österreichs, in Italien wegen Bombenanschlägen in Südtirol steckbrieflich gesucht; J. Kingsley Read, Vorsitzender der National Party aus Großbritannien, bekannt wegen ihrer rassistischen Aufmärsche; Alain Robert, Parti de Forces Nouvelles, Frankreich. Deren Schlägerbanden sind für rassistische Überfälle und Überfälle auf Demokraten berüchtigt.

Kongreß der nationalen Kräfte Europas

Am **Sonnabend, den 7. August 1976,** eröffnen die norddeutschen Nationaldemokraten ihren Bundestagswahlkampf.
Für alle Parteifreunde (Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Berlin) muß es eine Ehrensache sein, nach Hamburg zu kommen und dabei mitzuhelfen, daß dieser Kongreß ein Signal für die norddeutschen Nationaldemokraten wird.

An diesem Tage sollen stattfinden:

Eine Reihe von Informationsständen in allen Hamburger Stadtteilen

Von 9.00 bis 13.30 Uhr

An drei bekannten Plätzen im Stadtzentrum von Hamburg Kurzkundgebungen mit dem Parteivorsitzenden Martin Mußgnug, unter Mitwirkung von Musikkapellen unserer europäischen Nachbarn.

Um 20.00 Uhr

Öffentliche Großkundgebung

in der Festhalle von Planten un Blomen

Auftritt der Musikkapellen des Auslands,

Kurzansprachen der Hauptredner der teilnehmenden Nationen sowie von

Emil Maier-Dorn, nationaler Publizist

Helmut Feldt, NPD-Landesvorsitzender von Berlin

Martin Mußgnug, NPD-Parteivorsitzender

Merken Sie sich den 7. August

in Ihrem Terminkalender vor. Kommen Sie am 7. August in Massen nach Hamburg. Unterstützen Sie uns. Kommen Sie zum **Kongreß der nationalen Kräfte Europas** in die Festhalle von Planten un Blomen (Jungiusstraße) **um 15.30 Uhr.**

Alle Parteifreunde aus nah und fern sind aufgerufen, aktiv mitzuhelfen, damit dieser Tag zu einem durchschlagenden Erfolg für uns alle wird.

Anlaufpunkt für alle auswärtigen Teilnehmer:

Autobahnraststätte Hamburg-Stillhorn. Besetzt mit Einweisern des LV-Hamburg ab 06.00 Uhr morgens.

Ordner aus allen Landesverbänden sind dringend erwünscht.

Hans-Jürgen Sabrautzky
NPD-Landesvorsitzender Hamburg

Breiter Protest entwickelt sich

Gegen diese Provokation entwickelte wich ein breiter Protest. Schon frühzeitig hatte der KB einen ,,Offenen Brief" herausgegeben, der breit als Diskussionsgrundlage eingesetzt wurde. Schon am Mittwoch, 4.8.76 forderten 2.000 Antifaschisten auf einer von KB und SSB organisierten Demonstration das Verbot des Kongresses.

In vielen Betrieben und gewerkschaftlichen Organen und Arbeitskreisen wurden Protestresolutionen verabschiedet, so daß für den Samstag des Kongresses eine breite Mobilisierung zu erwarten war.

Eine unrühmliche Ausnahme bildeten dabei SPD und teilweise auch DKP. Ihre Betriebsräte verhinderten z.B. bei Beiersdorf, daß eine entsprechende Resolution auf der Betriebsratssitzung behandelt werden konnte. Von der SPD war gegen die NPD-Aktion allein ein Flugblatt der Jungsozialisten zu vermelden, während die offiziellen Vertreter wie Innensenator Staak zynisch verkünden ließen, daß es für ihn *,,in einem demokratischen Staat"* keine Handhabe gebe, die faschistische Provokation zu verbieten. Vielmehr werde er alles tun, um die NPD zu schützen. Von allen Parlamentariern war es allein G. Weber (FDP), der sich öffentlich auf die Seite der Antifaschisten stellte.

Nachdem die antifaschistische Mobilisierung immer breitere Kreise zog, ergriffen auch VAN, DGB und weitere Kreise Schritte gegen den Kongreß. Eine Initiative ,,Nazis raus aus Hamburg" (VAN, DGB-Jugend, Jusos, DKP, DFU) rief zu einer Kundgebung am Samstag vor dem Gewerkschaftshaus auf und der DGB selbst veröffentlichte einen unbestimmten antifaschistischen Aufruf.

Auf dieser Kundgebung sprachen neben dem VAN-Vorsitzenden Stobwasser der FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Gerhard Weber sowie der Journalist und Schriftsteller Axel Eggebrecht. Dieser betonte insbesondere die Notwendigkeit einer antifaschistischen Aktionseinheit (*,,Deshalb bitte ich, macht kein eigenes Parteiinstrument aus der Abwehr der Faschisten, denn, sollten sie jemals wieder an die Macht kommen, machen sie zwischen uns allen keine Unterschiede"*), Weber bekräftigte noch einmal die Forderung nach Verbot der NPD-Veranstaltung: *,,Ich kann nicht verstehen, daß es hier keine rechtliche Handhabe geben soll, diese faschistische Propaganda in unserer Stadt zu verbieten. Ich kann auch nicht verstehen, daß man die europäischen Sprecher faschistischer Parteien in unser Land einreisen läßt, während für den Sozialisten Mandel noch immer Einreisesperre besteht."*

Keine Handhabe gegen NPD-Treffen

FDP: Liberaler Ruf Hamburgs gefährdet!

Ein „Kongreß der nationalen Kräfte", als „Internationale der nationalen Parteien" von der NPD — wie berichtet — für den 7. August in Hamburg geplant, kann offiziell nicht verhindert werden.

Innensenator Werner Staak informierte den Senat der Hansestadt über die Veranstaltung. Eine Prüfung habe ergeben, daß es keine rechtliche Handhabe für ein Verbot des Kongresses gibt, zu dem die NPD nach eigener Darstellung 1800 Delegierte aus der Bundesrepublik, Österreich, Frankreich, Belgien, Großbritannien und Norwegen erwartet. Staak hat sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß die als „gemeinsames Treffen gegen Kommunismus" propagierte Veranstaltung nicht verboten werden könne. Mitglieder der NPD und ihre politischen Freunde aus dem In- und Ausland seien nach seiner persönlichen Meinung in Hamburg nicht willkommen.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft, Gerhard M. Meyer, forderte Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) auf, die geplante Kundgebung zu verhindern. In einem Brief an Klose betonte Meyer, er habe wenig Verständnis dafür, daß der liberale Ruf Hamburgs durch eine Veranstaltung gefährdet werde, die „eindeutig rechtsradikale Züge trägt".

aus ,,Harburger Anz. und Nachr.", 28.7.76

Der Verlauf des 7.8.76

Am Vormittag haben nach unseren Ermittlungen ca. 100 Faschisten versucht, ihre angekündigten Stände durchzuführen. Bis auf eine Ausnahme (Hamburg-Volksdorf) bestand überall die Situation, daß die Nazi-Stände durch eine Vielzahl von Demokraten umringt waren, die eine Propagandaarbeit der NPD in jeder Hinsicht verhinderten. Viele Stände wurden von der NPD gar nicht erst aufgebaut, manch andere nach kurzer erfolgloser Dauer resigniert eingepackt. Insgesamt zeigte es sich, daß in der freien politischen Auseinandersetzung die Nazis in Hamburg ,,kein Bein auf den Boden" bringen können.

Dieses eindeutige Kräfteverhältnis war dem Senat offensichtlich ein Dorn im Auge. Schon am frühen Vormittag hatte er seine Polizei mit Chemical Mace, Schlagstöcken und Hunden eingesetzt, um gegen eine spontane Demonstration von KPD/ML und ,,KPD" vorzugehen, ohne daß von dort irgendwelche Aktionen ausgegangen wären.

In der Hamburger Innenstadt, wo die meisten Demokraten und auch die meisten Passanten waren, kam es zu brutalen Ausschreitungen der Polizei: Ohne jede Vorwarnung ging sie gegen Mittag gegen die Menschenmenge vor. Sie trieb die Menschen brutal auseinander, schlug wahllos auf Passanten, Frauen, Alte, Jugendliche, Kinder, Cafébesucher ein und sprühten ,,Chemical Mace" auf Menschen, die teilweise in Hauseingänge flohen. In ähnlicher Weise wurden von der Hamburger Polizei die NPD-Versammlungen am Abend und Nachmittag ,,geschützt".

Noch Tage später kam es zu Polizeiübergriffen gegen Verkäufer kommunistischer Zeitungen (Arbeiterkampf und ,,KVZ"), als diese unter Hinweis auf diese Übergriffe ihre Zeitungen verkauften.

Gerade jetzt im Verlauf des 1. Halbjahres 1978 sollen verschiedene der mißhandelten antifaschistischen Demonstranten wegen ,,Widerstand gegen die Staatsgewalt" u.a.m. abgeurteilt werden. — Die Nazi-Begünstigung ist wahrlich ein System ohne Lücke in dieser Stadt!

Straße frei für die Faschisten, Prügel für die Demonstranten



15.5.77: DVU-Veranstaltung in Hamburg verhindert

Für den 15.5.77 hatte die „Deutsche Volksunion" (DVU) schon Wochen zuvor mit Plakaten und Artikel in der „Nationalzeitung" des DVU-Vorsitzenden Frey eine Versammlung in Hamburg angekündigt, die als zentrale Zusammenrottung der Nazis aus Norddeutschland anzusehen war.

Als Redner wurde der Nazi-Kriegsheld, Oberst Rudel, angekündigt.

Frey und die DVU

Seit 1958 gibt Dr. Gerhard Frey, seit 71 Gründer und Vorsitzender der „DVU", die „Deutsche Nationalzeitung" heraus, die mit ca. 100.000 Exemplaren pro Woche die am meisten gelesene Nazi-Zeitung der BRD ist.

Die Organisationen um Frey („Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes", „Wiking-Jugend", „Aktion Oder-Neiße", „Deutscher Block", „Stahlhelm") gehören zu den militantesten Teilen der „Alten Rechten".

Die politischen Aussagen der DVU lesen sich so:

- „Wiederbelebung eines vaterländischen Bewußtseins";
- „Bekämpfung des Kommunismus"
- „Deutschland den Deutschen" (nach PDI-Sonderheft Nr.2)
- ebenso propagiert die DVU die sogenannte „6-Millionen-Lüge" analog zu Christophersens „Auschwitzlüge" und „Auschwitzbetrug".

Trotz über 400 Ermittlungsverfahren ist Frey bis heute wegen seiner nazistischen Propaganda kein einziges Mal rechtskräftig verurteilt.

Nazi-Kriegsheld Rudel

„Jeder anständige Deutsche ist aufgerufen, sich zu engagieren: Für Rudel — für Deutschland" — so propagierte Frey die Hamburger Veranstaltung.

Hier der Lebenslauf des „tapfersten deutschen Soldaten":

1936 Fahnenjunker der Luftwaffe und Offizier in der Legion Condor. 1939 - 45 Kriegsteilnehmer, 1934 - 44 Oberst und Gruppenkommandeur des Sturzkampfgeschwaders Immelmann; höchstdekorierter Teilnehmer des II. Weltkrieges, einziger Träger des Goldenen Eichenlaubes mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz. 45 amerikanische Kriegsgefangenschaft. 47 Flucht nach Argentinien unter dem Namen Emil Meyer. 1952 Mitglied der später verbotenen Bruderschaft und Führungsringes ehemaliger Soldaten. 1953 Spitzenkandidat der Landesliste der Deutschen Reichspartei (DRP) zu den Bundestagswahlen. Das Bayerische Innenministerum erläßt ein Rede- und Versammlungsverbot gegen Rudel, da er „das Gedankengut der verbotenen SRP (Sozialistische Reichspartei) verbreitet". 1954 Vortragsreisender für das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes". Drei Buchveröffentlichungen im Plesse Verlag. Seither Agitator bei neonazistischen Veranstaltungen.

Zu dieser Vergangenheit bekennt sich Rudel heute nach wie vor: „Wir haben den Krieg unglückseligerweise verloren, aber nicht unsere Ehre. Würde ich noch einmal zu leben haben, meine Entscheidung wäre dieselbe" (Rudel am 15.5.77, DVU-Veranstaltung in Hamburg-Osdorf).

„Kundgebungen der ‚Deutschen Volksunion' (DVU), bei denen Rudel 1976/77 als Redner auftrat, wurden in einigen Städten, wie z.B. in Heilbronn, wegen ihrer aggressiven neonazistischen Tendenz verboten" („PDI-Sondernummer 2").

Antifaschistische Proteste

Gegen diese Provokation der DVU, in Hamburg ihren „Kriegshelden" feiern zu wollen, richteten zahlreiche nationale und internationale Organisationen scharfe Protestnoten, forderten das Verbot der Veranstaltung und riefen zu einer Gegenkundgebung auf, u.a.:

- Jusos - Hamburg
- IG-Metall, Hamburg
- AStA Uni Hamburg
- VAN/VVN
- GEW
- Federazionen Giovanile Comunista Italiana
- AStA der Uni Aarhus, Dänemark
- Socialist student union of Finland

Verwirrspiel des Senats um die DVU-Veranstaltung

Als Veranstaltungsort war in erster Linie das von dem Hamburger Studentenwerk bewirtschaftete, gewerkschaftseigene (GEW) Curio-Haus vorgesehen. Als Ausweichmöglichkeit hatte die DVU schon am 30.3. vorsorglich die Friedrich-Ebert-Halle in Harburg angemietet. Schon ca. 14 Tage vorher hatte die VVN auf die Provokation aufmerksam gemacht und Veranstaltungsverbot gefordert. Das Studentenwerk sah sich veranlaßt, aufgrund der zu erwartenden Proteste, eine Kündigung des Vertrages zu versuchen, da „die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung am 15.5.77 nicht gewährleistet werden kann" (lt. „Nationalzeitung", 6.5.77).

Gegen diese Kündigung erwirkte die DVU eine einstweilige Verfügung, die vom Amtsgericht Hambung unter Androhung einer Geldstrafe von DM 50.000 bei Nichtbefolgung ausgesprochen wurde („UZ", 13.5.77). Der oberste Hausherr des Studentenwerkes, Senator Biallas, sprach eine Verfügung aus, mit der er untersagte, die Räume des Curio-Hauses zur Verfügung zu stellen, da „Sicherheit und Ordnung nicht gewährleistet seien" (tel. Auskunft der Behörde für Wissenschaft und Kunst).

Auch um den zweiten angemieteten Versammlungsort der Nazis, die Friedrich-Ebert-Halle in Harburg, gab es das gleiche Verwirrspiel: Die Stadt hatte die Halle gekündigt, die Faschisten jedoch noch am 14.5.77 eine erstinstanzliche Entscheidung zu ihren Gunsten erwirkt. Im Urteil heißt es dabei nicht allein, , daß der Vertrag von Seiten der Stadt zu erfüllen sei, sondern sogar noch weitergehend, daß die Stadt die Veranstaltung der Faschisten vor Demonstranten zu schützen habe.

Tatsächlich sah es bis zum Mittag des 14.5.77 (Samstag) so aus, als ob trotz breitester Empörung über die geplante DVU-Kundgebung diese stattfinden könne und allein eine Gegenkundgebung am 14.5. stattfinden würde.

In dieser Situation, wo eine genügend breite antifaschistische Aufmerksamkeit gegeben war, entschlossen sich einige Mitglieder des KB, durch eine Besetzung des Curio-Hauses Tatsachen zu schaffen. Von vornherein war diese Besetzung auf breitestmögliche Massenwirkung angelegt (Presse, Rundfunk, Flugblätter usw.), bis dann zum angekündigten Zeitpunkt der Nazi-Versammlung über 1.000 Antifaschisten im Curio-Haus waren.

Bei den Verhandlungen mit dem Senat um die Räumung des Curio-Hauses entblödete sich Senator Biallas nicht, die Besetzer auf eine Stufe mit den Nazis zu stellen: „Sie liefern den Faschisten damit genau die Argumente, mit denen sie dann die Demokratie...... madig machen. Und das sollten Sie nicht riskieren...."

„Aber ich will Ihnen sagen, wenn es darum geht, daß man sich darin einig ist, den Faschismus politisch zu bekämpfen. Das ist die Frage nicht, die Frage ist nur, mit welchen Mitteln macht man das. Und die Mittel, mit denen Sie hier vorgehen, das sage ich Ihnen, sind nicht mehrheitsfähig. Sie gefährden die Demokratie eher, als daß sie Ihnen nützen......"

Damals hielt es der Hamburger

Senat allerdings angesichts der öffentlichen Aufmerksamkeit für klüger, seine Polizei nicht offen gegen den antifaschistischen Protest einzusetzen. Auch ein Gerichtsvollzieher, der zum geplanten Veranstaltungsanfang den Faschisten das Curio-Haus öffnen sollte, zog sich – obwohl das Gericht auf Freigabe der Räume für die Faschisten entschieden hatte – unverrichteter Dinge zurück. Die Faschisten selbst mußten ebenfalls das Feld räumen, allerdings gänzlich unbehelligt von der Polizei.

Die Polizei versuchte vielmehr am Abend, als die Besetzer das Curio-Haus verließen und sich mit ihren Besetzer-„Kollegen" aus Harburg zu einer gemeinsamen Abschluß-kundgebung treffen wollten – dann doch noch auf ihre Kosten zu kommen:

Die Formierung eines Demo-Zuges wurde untersagt und seitens der Polizei in provokativster Manier alle Anstalten für massivstes Einsatz bei geringstem Verstoß gegen dieses Verbot getroffen. Die Besetzer alle Anstalten für massivsten nur dadurch begegnen, daß sie den Weg zum geplanten Kundgebungsplatz nicht auf der Straße, sondern auf dem Fußweg nahmen, und daß sie auch diesen abschließenden Versuch, die erfolgreiche Besetzung durch Polizei-Knüppel zu beenden, unverzüglich einer breiten Öffentlichkeit bekanntmachen konnten.

Justiz auf Seiten der Faschisten



Amtsgericht Hamburg-Harburg

Geschäfts-Nr.: 511 C 384/77

Urteil

Im Namen des Volkes

In der Sache

Verkündet am 14. [illegible] 1977

Justizangestellte als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Deutsche Volksunion e.V., [illegible] 2 [illegible], 8000 München 60, gesetzlich vertr. d. d. Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey,

Kläger

Prozeßbevollmächtigte(r): Rechtsanwälte Michael [illegible] Sprenger und Hans-Viktor von Laverg[illegible]e, [illegible]hauer Str. 173, 8000 München 19,

gegen

die Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Harburg, Julius-Ludowieg-Str. 7, 2100 Hamburg 90,

Beklagte

Prozeßbevollmächtigte(r): Rechtsanwalt ./.

erkennt das Amtsgericht Hamburg-Harburg, Abteilung [illegible] durch den Richter am Amtsgericht [illegible] für Recht:

Die einstweilige Verfügung vom [illegible] 1977 bleibt aufrechterhalten.

Die Antragsgegnerin trägt [illegible] Kosten des Verfahrens.

– 2 –

Tatbestand:

Die Antragsgegnerin hat der Antragstellerin die Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Harburg durch Vertrag vom 30. März 1977 für den 15. Mai 1977 14.00 Uhr für eine politische Veranstaltung zur Verfügung gestellt. Den Vertrag hat sie durch Schreiben vom 9. Mai 1977 fristlos gekündigt. Auf Antrag der Antragstellerin ist eine einstweilige Verfügung erlassen worden, die der Antragsgegnerin aufgibt, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Antragstellerin trägt vor:
Die fristlose Kündigung sei unwirksam. Die Antragsgegnerin habe ihre vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen.

Sie beantragt,

die einstweilige Verfügung aufrechtzuerhalten.

Die Antragsgegnerin beantragt,

die einstweilige Verfügung aufzuheben
und den Antrag zurückzuweisen,
hilfsweise, dem Antrag gegen Sicherheitsleistung
in Höhe von 100.000,— DM stattzugeben.

Sie trägt vor:
Sie sei von der Antragstellerin über den Charakter der Veranstaltung nicht aufgeklärt worden. Es handele sich um eine rechtsextreme Organisation, deren Ziele mit dem Zweck der Friedrich-Ebert-Halle nicht in Einklang zu bringen seien. Es seien Demonstrationsschäden zu befürchten.

– 3 –

Im übrigen wird auf den schriftlichen Parteivortrag ergänzend verwiesen.

Das Gericht hat die präsenten Zeugen Haack, Schütz, Wetzel und Müffelmann nach Maßgabe des Beweisbeschlusses vom heutigen Tage vernommen.

Entscheidungsgründe:

Der Beschluß vom 13. Mai 1977 war aufrechtzuerhalten. Die Antragsgegnerin ist gemäß § 535 BGB verpflichtet, die gemieteten Räumlichkeiten der Antragstellerin zur Verfügung zu stellen. Ein wichtiger Grund zur Kündigung des Vertragsverhältnisses liegt nicht vor. Die Antragsgegnerin kann sich insbesondere nicht auf eine Verletzung der Aufklärungspflicht durch die Antragstellerin berufen. Es stand im freien Belieben der Antragsgegnerin, sich die notwendigen Informationen zu verschaffen, bevor sie einen Mietvertrag mit der Antragstellerin abschloß, insbesondere hätte sie darauf hinweisen können, daß ihr die Bezeichnung politische Veranstaltung nicht ausreichend sei. Wenn sie gleichwohl einen Vertrag abschloß, muß sie sich an diesem festhalten lassen.

Mit dem Hinweis auf Demonstrationen kann die Antragsgegnerin im Zivilrechtsstreit nicht gehört werden. Die Abwehr von [illegible] Demonstrationsschäden ist eine hoheitliche Aufgabe der Antragsgegnerin, die diese gegebenenfalls mit polizeilichen Mitteln zu lösen hat.

– 4 –

Die Kostenentscheidung folgt aus § 91 ZPO.

Fritschen

Ausgefertigt [illegible] Justizangestellte als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Nach eigenen Angaben haben die Faschisten im Verlauf der Ereignisse insgesamt 6 (!) für sie positive Gerichtsurteile erwirken können, von denen wir eines, das noch am Samstag, 14.5.77 ergangen ist, hier dokumentieren.

Für besonders erwähnenswert halten wir neben der politischen Dürftigkeit solcher Entscheidungen die unverhüllte Aufforderung des Gerichts an die Stadt, die Versammlung der Faschisten „gegebenenfalls" durch brutalen Polizeieinsatz gegen Antifaschisten zu ermöglichen.

Ein Jahr „Hansa"-Bande



Börm, Schwarz, Kühnen, Grabsch, dahinter Rohwer, Wegener, Buchmann



NSDAP AUSLANDSORGANISATION

KOMMANDO FELDHERNNHALLE

Reichshauptstadt Berlin
20. Juli 88

Hochverehrte Genossen !

Um uns etwas zu erheitern und euch Schafsköpfen eine Finanzspritze zu erteilen, haben wir zwei Mark investiert und das Machwerk "Hamburg-Den Faschisten eine Abfuhr erteilt" erworben.

Dieses eigentlich nur als Arschwisch zu verwendende Druckerzeugnis stellt deutlich dar, auf welch jammervollem geistigen Niveau ihr Polit-Pygmäen und eure tramplige Lesergemeinde anzusiedeln seid !

Wer hat denn die "Neo-Nazis verjagt" ? Doch nicht etwa ihr schlappschwänzigen Weihnachtsmänner ? Wenn ihr euch nicht angstschlotternd hinter den sonst so geschmähten Bullen verkrochen hättet, wäre unsere Sturmabteilung im Handumdrehen im "Curio-Haus" gewesen und hatte eurem Sauhaufen ein paar anständige Tritte in den Hintern verpaßt !

Oberst Rudel soll aus der Stadt geflüchtet sein ? HI, hi, hi ! Vor dem Versammlungslokal "Seemann" sah man allerdings euch Hosenscheißer flüchten,und zwar sehr eilig !!!

In eurem Käseblatt (Seite 14) gebt ihr ja selbst zu, daß 70 von euch Trauerklößen vor 15 SA-Männern in Windeseile das Hasenpanier ergriffen haben ! 5 gegen 1 !!! Es waren in wahrheit noch wesentlich mehr von euch Bolschewiken, aber ihr seid eben ganz feige Kacker !

Ihr könnt höchstens mal mit zehnfacher Überlegenheit ein paar alten NPD-Opas ihren Info-Stand kaputtmachen oder irgend etwas Hinterlistiges aushecken, zu wirklichem Kampf habt ihr Jammerfiguren doch keinen Mut !

Hoffmann hat in Tübingen mit zehn Mann einige Hundert von euch Scheißböcken in die Flucht gejagt ! Es dauert nicht mehr lange, dann geht das überall so !

Euch bolschewistischen Untermenschen werden noch die Socken qualmen !!!

Heil Hitler !

MEYER-LUETZGENDORFF

(Adolf Meyer-Lützgendorff),
Kommando-Führer



Nach der Verhinderung der DVU-Veranstaltung im Curio-Haus zogen die Faschisten (ca. 300 - 400) in eine Vorortkneipe in Osdorf. Von seiten der Besetzer des Curio-Hauses wurde entschieden, daß eine Mobilisierung dorthin keinen Sinn habe, da der politische Erfolg der Aktion dadurch nur gefährdet würde.

So konnten sich die Faschisten in Osdorf abgeschlagen, aber ungehindert versammeln. Im Verlauf ihrer Versammlung dort allerdings unternahm die dort komplett versammelte „Hansa"-Bande mit Rohwer, Schwarz Kühnen, Wegener, Teuffert und weiteren Nazis einen brutalen Überfall auf die wenigen protestierenden Antifaschisten. Mit Eisenstangen und Fahrradketten prügelten sie los, traten auf die am Boden liegenden mit Nagelstiefeln ein usw. Es dauerte mehrere Minuten, bis die Polizei eingriff und 8 Nazi-Schläger festnahm. Bis heute ist gegen keinen der 8 deswegen ein Strafverfahren aufgenommen worden.

Wie sich nur wenig später herausstellte, war dieser Schlägereinsatz das erste Auftreten der Hamburger und Schleswig-Holsteiner „NSDAP"/ „Hansa"-Bande, die sich „offiziell" am 8. Mai gegründet hatte: Der KOMMUNISTISCHE BUND erhielt im Juli einen Drohbrief eines „NSDAP-Kommandos Feldherrenhalle", in dem sich diese Bande zu dem Überfall von Osdorf als „SA" bekannte.

Seit der Nazi-Provokation im November 74 mit dem „NSDAP/AO"-Führer LAUCK im „Haus des Sports" waren immer wieder Hakenkreuzplakate und Flugblätter aufgetaucht. So z.B. im November 75 im Rahlstedter Einkaufszentrum, Anfang August 76 am Hauptbahnhof, im September 76 vor dem Kaufhof/Mönckebergstr.

Seit März 77 jedoch nahmen Hakenkreuzschmierereien, Friedhofsschändungen, Kleben von Plakaten mit antisemitischen Parolen ('Kauft nicht bei Juden') und später das Schmieren von nazistischen Parolen rapide zu.

Ein Großteil dieser Anschläge geht auf das Konto der „Hansa"-Bande.

15.3.77 Überfall auf das Kreiszentrum der DKP Harburg. Die Scheiben werden eingeschlagen.

5.4.77 Das selbe passiert ein weiteres Mal (VVN)

14.4.77 Zwei jüdische Friedhöfe werden verwüstet (Mopo, 15.4.77)

15.4.77 Überfälle auf die DKP-Büros Eimsbüttel und Nord;

20.4.77 Erneut Überfälle auf diese Büros sowie das in Wandsbek (VVN).

28.4.77 Erneut wird ein Friedhofsteil in Ohlsdorf verwüstet (Mopo 29.4.77).

Anfang Mai: Nazis beschmieren 57 Grabsteine auf einem Harburger Friedhof mit Hakenkreuzen (Welt, 5.5.77)

10.5.77 Der Stadtpark ist voll mit Hakenkreuzen und Naziparolen (VAN)

6.6.77 Die jüdische Synagoge wird bemalt: „Juda verrecke", „In Auschwitz macht die Arbeit frei" (Mopo, 7.6., Spiegel, 29.8.77)

In derselben Nacht werden zwei Jugendliche im Reisners Kamp festgenommen (beide 20 Jahre alt), die gerade Hakenkreuzaufkleber anbringen wollen (Mopo, 7.6.77).

15.6.77 Überfall auf das DKP-Büro Altona, Parolen: „Tod dem roten Dreck", dazu Aufkleber der „NSDAP/AO.. des Gary Rex Lauck (Tat, 24.6.77)

16.6.77 Hakenkreuze auf dem Grabstein des antifaschistischen Schauspielers Gustav Gründgens. Gleichzeitig wird aus dem Ehrenhain für die Opfer des Faschismus eine Bronzestatue gestohlen (tat, 24.6.77).

23.6.77 An der Universität kleben massenweise NSDAP/AO-Aufkleber „Kauft nicht bei Juden" u.ä. (eigener Bericht).

28.6.77 Wieder werden die Scheiben des DKP-Büros Harburg eingeschlagen (VVN)

Ende Juni: Im Auto von Michael Kühnen, bis dahin Leutnant der Bundeswehr, werden Nazi-Materialien gefunden. Kühnen wird aus der Bundeswehr entlassen (Bild, 9.10.77).

Insgesamt wurden vom 4.5.77 bis zum 12.7.77 auf fünf verschiedenen Friedhöfen 202 Grabsteine mit Hakenkreuzen beschmiert (und anderen Parolen) und bei 7 DKP-Büros die Scheiben eingeschlagen. 14 mal wurden Schmierereien bzw. Hakenkreuzplakate an großen öffentlichen Gebäuden festgestellt (nach: Senatsantwort auf eine Anfrage vom 9.8.77).



„NSDAP"-Schmierereien am DKP-Büro Altona



„HANSA"-Schmiererei

Die „Bande" bekennt sich

Im Juli 77 verschickte die „NSDAP-Gau Hamburg" eine „Pressemitteilung" an verschiedene Zeitungen, in der sie sich zu den Schmieraktionen und Hakenkreuzplakaten bekennt. Aus diesen Tagen datiert auch der Drohbrief an den KB.

Zu diesem Zeitpunkt war also bekannt, daß die bisher festgenommenen Personen Mitglieder einer B a n d e sind und auch, daß die festgenommenen Schläger von Osdorf zu dieser Bande gehören.

Tatsächlich aber wurde die „Presseerklärung" u.W. nirgends veröffentlicht und entsprechend kommentiert.

Ab diesem Zeitpunkt wäre es möglich gewesen, die Bande auf der Stelle auszuheben. Zu diesem Zeitpunkt kann nicht mehr die Rede sein von „Einzelgängern" — es sei denn, die zuständigen Behörden wollen die Tatsachen nicht sehen und dementsprechend eingreifen.

Anstatt daß diese „Presseerklärung" das Ende der Bande bedeutet hätte, wird diese in der Folge immer frecher. Ihre Aktionen verlagern sich zunehmend weg von anonymen Schmieraktionen und „Mutproben" wie dem Einschlagen von Scheiben bei linken Büros, hin zu politisch bewußten und organisierten Aktionen. Eine Ausnahme bildet dabei der Stadtteil Harburg: Noch bis zum 25.10.77 wurde das dortige DKP-Zentrum seit dem 19.7.77 10mal überfallen, beschmiert und demoliert (VVN).

Weitere Aktionen

22.7.77: In den Hamburger ,,Markthallen" findet eine Podiumsdiskussion zu dem Thema ,,Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?" statt. In der Nacht davor schmierte die Bande (sie bekennt sich in ,,Sturm" Nr. 2 dazu) Parolen an die Wände: ,,Klarsfeld in die Gaskammer", ,,Freiheit für Rosenbaum" (ein verurteilter Nazi-Verbrecher, dessen Fall Anlaß der Podiumsdiskussion war), ,,NSDAP jetzt!"

Abends provozierte ein Trupp uniformierter Banden-Mitglieder vor den ,,Markthallen" (Kühnen, Wegener, Teuffert, Grabsch, Hühn).

23.7.77: Die Hamburger JN und die Wikingjugend hatten zu einer Kundgebung ,,Freiheit für Rudolf Heß" vor dem sowjetischen Generalkonsulat aufgerufen. Wie Banden-Mitglieder später erzählten, waren sie offiziell als ,,Ordner" eingeladen worden. (Tatsächlich dürften die meisten von ihnen damals noch JN-Mitglieder gewesen sein).

Etwa 300 beherzte Antifaschisten (KB, ,,Spontis", einige VVN- und DKP-Mitglieder) empfingen die Nazis schon am U-Bahnhof Mundsburg und riegelten den Ausgang ab. Da half es diesen auch nichts mehr, daß sie sich Knüppel besorgten und zu prügeln begannen: Sie bekamen eine tüchtige Abreibung, ehe die Polizei 18 Nazis festnahm.

24.7.77: Nur einen Tag später versuchten 5 Faschisten, Aufkleber an sowjetischen Generalkonsulat zu befestigen. In ihrem Auto wurden weitere Handzettel und Aufkleber gefunden. Alle 5 wurden von der Polizei festgenommen (,,Welt", 25.7.77).

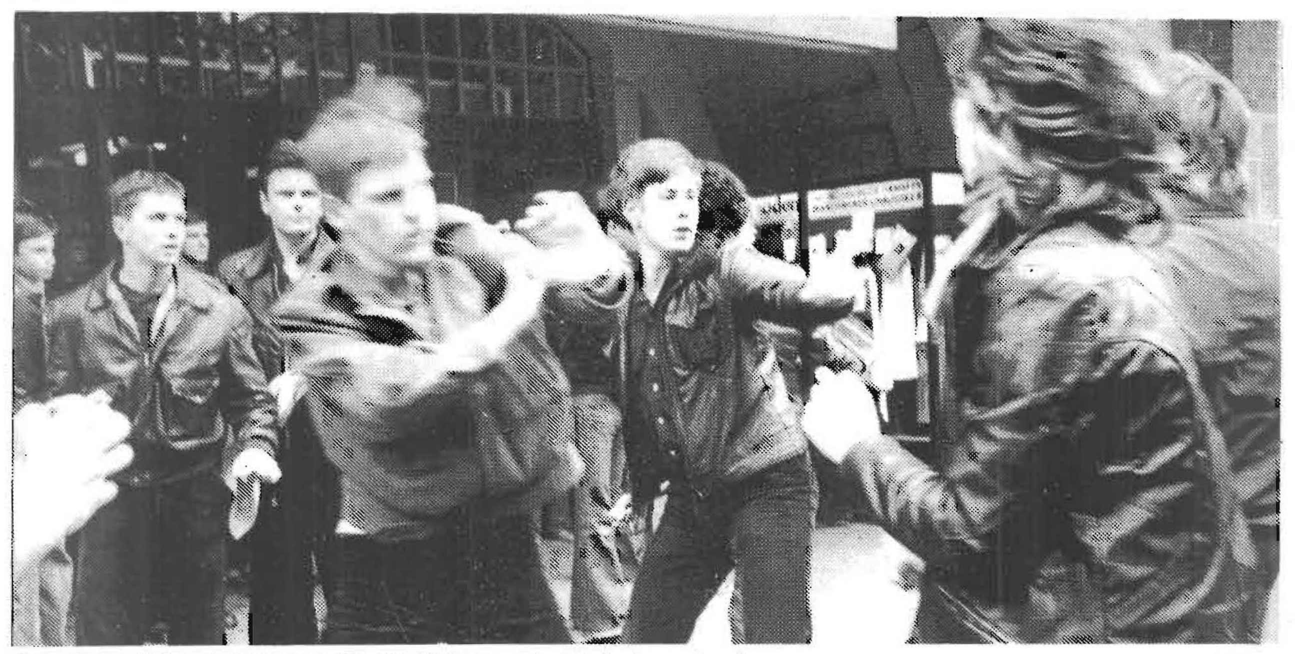
3.8.77: Nachts wurden in der Hamburger Innenstadt Hakenkreuze in Schaufensterscheiben geritzt (Antwort auf eine Senatsanfrage 9.8.77).

6.8.77: 6 Denkmäler in Hamburg werden mit Hakenkreuzen und NS-Parolen beschmiert (VVN-Broschüre ,,Hamburg darf kein Tummelplatz für Nazis werden")

13.8.77: 20 Nazi-Plakate kleben in Harburg und Langenhorn (,,Deutschland erwache" und ,,NS-Verbot aufheben") (,,WamS", 14.8.77).

19.8.77: In der Innenstadt und in St. Georg führte die Hansa-Bande nach eigenen Angaben eine ,,großangelegte Sprühaktion" durch (,,Sturm", Nr. 2).

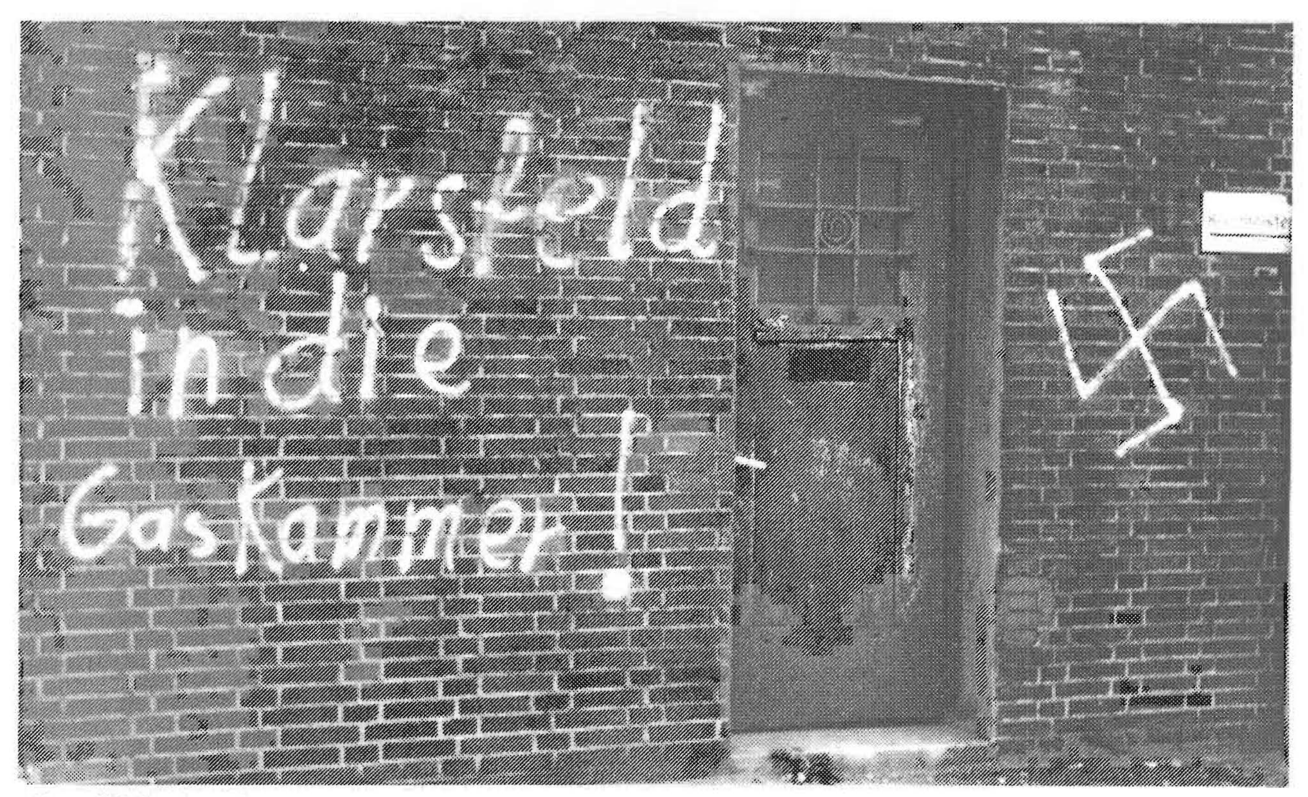
20.8.77: Kühnen und andere ,,Hansa"-Nazis beteiligen sich in Uniform an einer provokativen ,,Ehrenwache" vor dem Haus des SS-Kriegsverbrechers Kappler in Soltau.



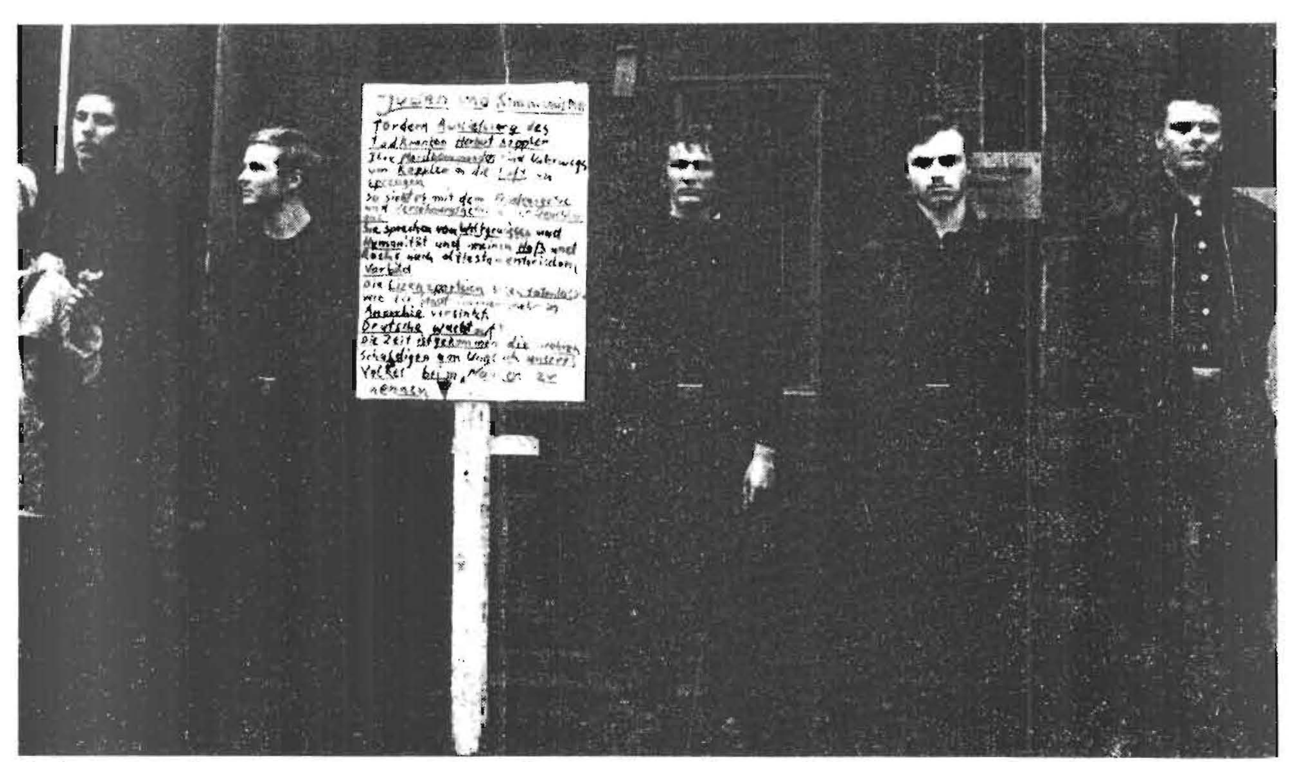
Die ,,Hansa"-Bande kriegt an der Mundsburg ordentlich einen drauf ...



Manfred Timmermann (NPD- Kandidat, mit ausgestrektem Arm) hetzt die Bande auf den Fotografen; Mundsburg, 23.7.77



„Hansa"-Schmierereien an den „Markthallen"



Aufmarsch der Bande zur „Ehrenwache" vor Kapplers Haus in Soltau, 20.8.77

9.8.77: Erste Anfrage in der Bürgerschaft

Ende Juli stellten drei Bürgerschaftsabgeordnete eine erste interfraktionelle Anfrage über das Ausmaß, die Urheber der antisemitischen und nazistischen Vorfälle, und die Maßnahmen, die der Senat dagegen ergreifen will.

In seiner Antwort vom 9.8.77 beweist der Senat, daß ihm die Hansa–Bande sehr wohl bekannt war: Er nennt als Tätergruppe die „NSDAP/ Gau Hamburg" und ihren „SA–Sturm" (Die „Presseerklärung" der „Bande" war ihm also bekannt). Außerdem würden „Ermittlungsverfahren gegen von Person bekannte Tatverdächtige laufen".

Dem ist entgegenzuhalten, daß gegen Kühnen z.B. bis Februar 78 noch keine Anklage erhoben worden ist und auch die Schläger vom Osdorfer Born bis Februar 78 nicht zur Verantwortung gezogen waren.

Weiterhin ging der Senat bereits derzeit davon aus, daß es sich um einen „sehr kleinen" Personenkreis handelt. Andere Quellen sprechen zu diesem Zeitpunkt von 20-25 Personen. Nun sind ja seit der ersten Pressemitteilung des „SA-Sturms" im Juli 77 noch weitere Festnahmen erfolgt:

– 18 Personen am 23.7. an der Mundsburg
– 5 Personen am 24.7. vor dem sowjetischen Generalkonsulat.

Fest steht, daß zum Zeitpunkt der Senatsantwort – egal, wieviele Personen tatsächlich die Bande bilden – ein großer Teil der Bande bereits polizeibekannt war und insbesondere der Staatsschutz schon damals einen genauen Überblick gehabt haben muß. Statt – was möglich gewesen wäre – schon Taten vorzuweisen, verspricht der Senat am Ende seiner Antwort: „ Er wird alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten ausschöpfen, um diesem Treiben ein Ende zu setzen."

Dieses Versprechen ist allerdings nicht neu: So erklärte Bürgermeister Klose schon anläßlich der ersten Friedhofsschändungen im April 77: „ Der Senat geht davon aus, daß Polizei und Justiz unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen einleiten werden, um diejenigen ausfindig zu machen, die für diese Schandtat verantwortlich sind". („Welt", 16.4. 77).

Bis heute ist unseres Wissens kein einziger aus dieser Bande wegen der genannten nazistischen Anschläge verurteilt worden!

BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG — Drucksache **8/2770**

8. Wahlperiode — 01.08.77

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abg. Weber (FDP), Schulz (SPD), Prosch (CDU)

Betr.: Antisemitische Vorfälle

In der Öffentlichkeit häufen sich Meldungen darüber, daß in Hamburg antisemitische und rechtsextreme Vorfälle im Zunehmen begriffen sind (Grabschändungen, Schmierereien an Gebäuden, Störungen von Veranstaltungen wie z. B. im Maler-Saal usw.). Diese Entwicklung wird von der Bevölkerung mit Sorge beobachtet.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Vorfälle in der oben genannten Art sind dem Senat in diesem Jahr bekannt geworden? (Art und Zahl der Vorfälle)
2. Ist diese Entwicklung im Vergleich zum vergangenen Jahr im Zunehmen begriffen? Wir bitten um die Vergleichszahlen von 1976.
3. Wieweit liegen dem Senat Informationen über Hintergründe und Hintermänner dieser Vorfälle vor?
4. Wie beurteilt der Senat diese Entwicklung, und was kann getan werden, diesem antisemitischen Treiben entgegenzutreten?

09.08.77

Antwort des Senats

Der Senat bedauert es außerordentlich, daß es zu den in der Kleinen Anfrage genannten Vorfällen gekommen ist. Er verurteilt solche Handlungsweisen und die damit zum Ausdruck gebrachte Gesinnung auf das schärfste.

Zu 1.:

Seit März 1977 haben Vorfälle mit antisemitischer und rechtsextremer Tendenz zugenommen 14 Fälle von Hakenkreuzschmierereien bzw. Hakenkreuzaufklebern an öffentlichen und privaten Gebäuden (so u. a. bei der DAG, dem Kurt-Schumacher-Haus und dem Verlagsgebäude Axel Springer) wurden festgestellt. Seit Anfang dieses Jahres sind bei sieben Büros der DKP Scheiben eingeworfen und die Gebäude mit Hakenkreuzen beklebt worden. In der Zeit vom 4. Mai bis zum 12. Juli 1977 wurden auf fünf verschiedenen Friedhöfen insgesamt 202 Grabsteine bzw. Grabplatten mit Hakenkreuzen und anderen Parolen beschmiert. Am 6. Juni 1977 wurde die Außenwand der Synagoge mit Hakenkreuzen und Perolen „Juda verrecke" und „In Auschwitz macht die Arbeit frei" beschmiert. In der Nacht vom 31. Juli zum 1. August 1977 wurden in der Hamburger Innenstadt und in der Nacht vom 3. August zum 4. August 1977 in Harburg und wiederum in der Hamburger Innenstadt Schaufensterscheiben durch eingeritzte Hakenkreuze beschädigt. Über die Störung der Veranstaltung im Maler-Saal hinaus sind weitere Störungen von Veranstaltungen nicht bekannt geworden.

Zu 2.:

Die Entwicklung dieser Straftaten zeigt im Vergleich zum vergangenen Jahr ab März 1977 eine deutlich steigende Tendenz. 1976 wurden nur acht Fälle von Hakenkreuzschmierereien und sechs Fälle von Hakenkreuzaufklebern festgestellt. Beim Büro des SPD-Kreises Wandsbek wurden Scheiben eingeworfen. Störungen von Veranstaltungen sind aus 1976 nicht bekannt

Zu 3. und 4.:

Es besteht der begründete Verdacht, daß die Täter aus einem sehr kleinen Personenkreis stammen, der sich rühmt, am 8. Mai 1977 in Hamburg die „NSDAP, Gau Hamburg, SA-Sturm" gegründet zu haben. Ermittlungsverfahren gegen von Person bekannte Tatverdächtige laufen.

Der Senat geht davon aus, daß durch die Strafverfolgung die Aktivität dieser kleinen Gruppe, der eine politische Bedeutung nicht zugemessen werden kann, eingedämmt wird. Er wird alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten ausschöpfen, um diesem Treiben ein Ende zu setzen



1.9.77: Der Senat verschafft sich ein Alibi



In der Nacht zum 1.9.77 führte die „Hansa"-Bande wieder eine ihrer „großangelegten Sprühaktionen" durch. Dies nahm der Staatsschutz zum Anlaß, drei Mitglieder der Bande festzunehmen:

– In Langenhorn wurde Tibor Schwarz festgenommen, als er – die Sprühdose in der Hand – aus einem Fußgängertunnel kam, in dem er gerade gesprüht hatte: „NSDAP 1939 – Kriegsbeginn – Die SA kämpt weiter".

– In der Innenstadt nahmen Zivilfahnder Michael Kühnen und Lutz Wegener fest. Der Polizeibericht erweckt den Anschein, als seien die beiden „ in flagranti " dabei festgenommen worden, als sie Hakenkreuze in Schaufenster ritzten. In ihrem Auto wurde weiteres Nazi-Material gefunden.

– In derselben Nacht wurden die Räume des „ Freizeitverein Hansa" in der Eiffestraße von der Polizei durchsucht. Der Verein war sozusagen die „lagale" Kontaktstelle für die Bande gewesen. In diesem Sinne wurde er auch im „ Sturm " propagiert.

Völlig unüblich bei derartigen Anlässen ist die Existenz eines Polizeiberichts, noch dazu in dieser Länge (siehe Dokument).

Bei gründlicher Analyse des Berichts drängen sich einige Fragen auf:

1. *„Nach wochenlangen gezielten Obsevationen unter erheblichem Kräfteeinsatz..."* Die Bande war spätestens seit Juli auch personell weitgehend bekannt. Wieso bedarf es dann wochenlanger Mühe, um die Bande auf frischer Tat zu ertappen, wo sie doch mehrere derartige Aktionen schon vorher unternommen hatte?

2. *„Mit den in der letzten Nacht durchgeführten Festnahmen dürften die Urheber der seit Monaten erfolgten NS-Farbschmierereien, Plakataktionen und Hakenkreuzritzereien festgestellt worden sein."*

Kühnen, Wegener und Schwarz sind ohne Zweifel zentrale Figuren der Bande. Wieso aber sind sie die einzigen Urheber der Schmierereien und nicht die verschiedentlich sonst Festgenommenen? Was wird hier an „Erkenntnissen" verschwiegen?

Kann es nicht auch so sein, daß eben kurz nach der Anfrage in der Bürgerschaft ein „Erfolg" einfach vorgelegt werden mußte?

3. Für die Absicht „Erfolge" vorzulegen, spricht auch, daß schon im Polizeibericht gemeldet wird, die drei dem Haftrichter vorzuführen. Später wird aufgrund von Nachforschungen der VAN bekannt, daß alle drei wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind.

Dies ist umso bemerkenswerter, als zumindest Wegener einschlägig vorbestraft ist und Kühnen wegen ähnlicher Umtriebe gerade aus der Bundeswehr entlassen worden war.

Einen Sinn erhält die ganze Geschichte allein durch die Absicht der zuständigen Stellen, sich durch eine spektakulär aufgemachte Aktion ein antifaschistisches Alibi zu verschaffen.

Für die Justiz ist mittlerweile die ganze „Aktion" vom Tisch: Ein angeblich Geisteskranker soll nicht nur diese Tat, sondern noch wesentlich mehr „gestanden" haben; allein



Verhaftet: Michael K. (22)



Verhaftet: Lutz W. (20)

Neo-Nazis in Hamburg verhaftet

„Mopo" 2.9.77

Hamburg — Mit drei Verhaftungen gelang der Polizei gestern ein entscheidender Schlag gegen Hamburger Neo-Nazis. Sie sind Mitglieder des „Freizeitvereins Hansa", der für 70 bis 80 Schmierereien in der Hansestadt verantwortlich gemacht wird, bei denen ein Schaden von rund 150 000 Mark entstand.

In der Wohnung eines Verhafteten fand der Staatsschutz neben Nazi-Schriften Helme, SA-Dolche und Maschinengewehr-Munition. Die Aktivitäten der Hamburger „NSDAP" und „SA" haben nach Angaben des Verfassungsschutzes zugenommen, seit zwei auswärtige Rechtsextreme zu der 15 bis 20 Personen zählenden Truppe gestoßen sind. Unter den Verhafteten sind ein ehemaliger Leutnant der Bundeswehr und ein Schüler.

gegen Tibor Schwarz scheint noch ein Ermittlungsverfahren anhängig zu sein.

Der groß aufgemachte „entscheidende Schlag" gegen die Bande erweist sich im nachhinein als „Schlag ins Wasser". Im Gegensatz dazu ist während der ganzen Zeit in den Fällen, wo weitere Bandenmitglieder tatsächlich in flagranti erwischt wurden, ein ähnlicher propagandistischer Rummel inszeniert worden. Nach unseren Erkenntnissen sind dabei allein von Mai bis September 77 mindestens 12 Festnahmen erfolgt, 5 davon nur wenige Tage nach der spektakulären Polizei-Aktion, ohne daß je ein ähnliches Echo erfolgt wäre.

Das Presseecho — ganz im Sinne des Senats

Diese Absicht, eine spektakuläre Aktion zu inszenieren, entsprach auch das Presseecho auf die Festnahmen vom 1.9.77.

Bis zum August 77 wurde in der gesamten Hamburger Presse nur in winzigsten Meldungen über die antisemitischen und nazistischen Aktivitäten berichtet.

Das bis dahin eingeschlagene Vorgehen der Verharmlosung und des Einfach-nicht-zur-Kenntnis-Nehmens trieb dann teilweise groteske Blüten:

So wußte z.B. das „Hamburger Abendblatt" über die Friedhofsschändungen am 14.4.77 zu berichten: *„In einer Nacht...wurden in Stellingen 25 Grabsteine und in Ohlsdorf 40 Gräber verwüstet. Fußspuren deuten darauf hin, daß Kinder (!) die Täter waren."*

Oder: Als einzige Zeitung zitiert die „Welt am Sonntag" (Nr. 34, Mitte August) einen angeblichen Sprecher des Verfassungsschutzes: *„Ein Teil der Fälle geht jedoch möglicherweise auf das Konto der Desinformationsabteilungen östlicher Geheimdienste, die damit den Eindruck rechtsradikaler Umtriebe erwecken wollen."*

(Derartige Meldungen wurden dann sofort u.a. von der „Nationalzeitung" aufgegriffen, die sich selbst von jedem Verdacht reinwaschen wollten, auch der „Sturm" bezieht sich auf diesen Schwachsinn!)

Am 2.9.77 nun, am Tag nach der Festnahme der drei, brachten alle Hamburger und überregionalen Zeitungen in relativ großer Aufmachung Berichte darüber — und alle genau im Tenor des Polizeiberichts:

— *„Hakenkreuz-Schmierereien auf Schaufenstern, NS- Parolen an Hausfassaden, umgestürzte Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen — in den vergangenen Monaten keine seltene Entdeckung in der Hansestadt. Seit gestern — so hofft die Polizei — ist dieser Spuk vorbei."* (HA 2.9.77).

— *„Mit drei Verhaftungen* (stimmt nicht: es waren Festnahmen, Anm. Red.) *gelang gestern ein entscheidender Schlag gegen Hamburger Neonazis."* (Mopo,2.9.77).

— *„ Mit dieser Festnahme dürften die Urheber ähnlicher Aktionen mit einem Sachschaden von etwa 150.000 DM festgestellt sein.... Die etwa 15 von der Polizei als ‚ äußerst fanatisch' bezeichneten Mitglieder des Vereins werden — neben 1400 linksextremen Fanatikern — mit größter Aufmerksamkeit beobachtet."* (Welt, 2.9.77).

Auf einen Nazi 1.000 Linke? Wohl kaum, aber mit derartigen Meldungen wird in Springers „Welt" auch hier „klargestellt", wer der „Feind" ist.

Das wars dann. Keine einzige Tageszeitung brachte in den nächsten Monaten auch nur eine Zeile über den weiteren Verlauf dieser „spektakulären Aktion", kein Sterbenswörtchen darüber, was mit den dreien weiter passierte, wer noch dazugehört. Ganz zu schweigen davon, daß die Bande annähernd vollständig aus JN/Wiking-Jugend-Mitgliedern besteht.

Nur fünf Tage später ist exakt der gleiche Vorgang (Festnahme bei Hakenkreuzaktionen) der Presse nurmehr wenige Zeilen wert (siehe „Welt", 5.9.77).

„HA" 2.9.77

Noch Farbreste an den Handschuhen

Polizei hob Zentrale von Neo-Nazis aus

Hakenkreuz-Schmierereien auf Schaufenstern, NS-Parolen an Haus-Fassaden, umgestürzte Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen — in den vergangenen Monaten keine seltenen Entdeckungen in der Hansestadt. Seit gestern — so hofft die Polizei — ist dieser Spuk vorbei. Beamte der Fahndungsgruppe Mitte und der Staatsschutzabteilung hoben an der Eiffestraße in Borgfelde die Zentrale einer rechtsextremistischen Splittergruppe aus, die im Verdacht steht, für die Schmierereien und Grabschändungen verantwortlich zu sein. Drei Gruppenmitglieder waren in der Nacht zuvor festgenommen worden.

Seit Wochen schon beobachteten die Fahnder die Aktivitäten des etwa zehn Mitglieder zählenden „Freizeitvereins Hansa". 1975 hatten die rechtslastigen Freizeitler die „NSDAP — Gau Hamburg" gegründet. Damit nicht genug: Am 8. Mai dieses Jahres hoben sie den „SA-Sturm Hamburg" aus der Taufe.

Zwei Mann aus diesem Stürmer-Trupp, der 22jährige ehemalige Bundeswehr-Leutnant Michael K. und der 20 Jahre alte Fotograf Lutz W., wurden gestern früh schließlich in der Innenstadt auf frischer Tat ertappt: Offensichtlich hatten sie gerade in die Schaufensterscheiben eines Pelzgeschäftes und zweier Banken an der Paulstraße Hakenkreuze eingeritzt, als die Beamten sie festnahmen. Bei der Durchsuchung ihres Autos kamen ein Paket mit NS-Druckschriften, ein Schlagstock mit Tränengas-Sprühvorrichtung und eine Dose Lack zum Vorschein. An Handschuhen klebten noch Farbreste.

Eine Stunde zuvor hatten Polizisten ein anderes Mitglied des Freizeitvereins kurzfristig festgenommen. Der 18jährige Schüler Tibor Sch. lief den Beamten in die Arme, die ihn schon am Ausgang des U-Bahn-Fußgängertunnels Krohnstieg in Langenhorn erwarteten. Bei der Überprüfung rutschte dem Schüler eine Sprühdose mit roter Farbe aus der Kleidung. Im Tunnel, in dem noch Farbgeruch in der Luft hing, stand in roter Farbe an der Wand: „NSDAP 1939 — Kriegsbeginn — die SA kämpft weiter". Daneben war ein Hakenkreuz gemalt.

In der gleichen Nacht wurden auch das Rathaus, das Gebäude der Handelskammer am Adolphsplatz und ein Schwesternhaus in der Schröderstiftstraße mit SS-Runen und Hakenkreuzen beschmiert. Der Sachschaden, der bei den in den letzten Monaten entdeckten Schmierereien entstand, summiert sich auf rund 150 000 Mark.

Während die Festgenommenen jede Aussage verweigern, glauben die Fahnder mit den Funden in dem „Vereinsheim" an der Eiffestraße — einer Drei-Zimmer-Wohnung — weitere Indizien entdeckt zu haben, die für die Urheberschaft der rechtsradikalen Schar an den NS-Propaganda-Aktionen sprechen. Neben nationalsozialistischen Schriften, Dolchen und Messern fanden sich zahlreiche Utensilien aus Wehrmachtsbeständen. bs

„Welt" 2.9.77

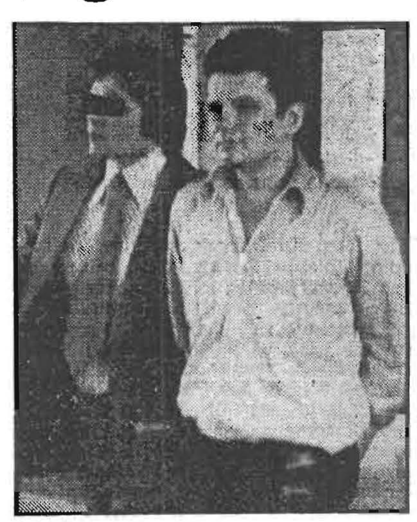
Drei rechtsradikale Schmierer gefaßt

Drei Rechtsextremisten wurden gestern von der Hamburger Polizei auf frischer Tat gestellt und festgenommen. Ein 18jähriger Schüler wurde am Ausgang des Fußgängertunnels Krohnstieg (Langenhorn) mit einer Farbspraydose überrascht, die Tunnelwand war mit Naziparolen und einem Hakenkreuz besprüht. Gegen 3 Uhr beobachteten Zivilfahnder in der Paulstraße (Innenstadt) den Ex-Leutnant der Bundeswehr Michael K. (22) und den 20jährigen Fotografen Lutz W., die sich an Schaufenstern zu schaffen machten. Nach ihrer Festnahme wurde dann festgestellt, daß in die Schaufensterscheiben der ABC-Bank, der Hannoverschen Kreditbank und des Pelzgeschäftes Balzar Hakenkreuze geritzt worden waren.

In dem von den Tätern benutzten roten Opel-Pkw mit dem Kennzeichen „SU — KU 797" wurden ein Paket NS-Druckschriften, ein Schlagstock mit Tränengas-Sprühvorrichtung und eine Dose Klarlack sichergestellt. In der Nähe des Fahrzeugs wurde ein Widia-Spezialbohrer gefunden, dessen Schneiden härter als Glas sind.

In der gleichen Nacht waren die Türen der Handelskammer, des Schwesternhauses Schröderstiftstraße und der Eingang zum Rathaus-Ehrenhof mit Hakenkreuzen, SS-Zeichen und anti-jüdischen Hetzparolen beschmiert worden. Mit diesen Festnahmen dürften die Urheber ähnlicher Aktionen mit einem Sachschaden von etwa 150 000 Mark festgestellt sein.

Den Festnahmen waren wochenlange Observierungen durch zahlreiche Polizeibeamte vorangegangen. Sie galten vor allem dem „Freizeitverein Hansa", in dessen Räumen an der Eiffestraße gestern Nazi-Literatur, Messer, Dolche und andere Utensilien aus Beständen der Wehrmacht gefunden wurden. Die etwa 15 von der Polizei als „äußerst fanatisch" bezeichneten aktiven Mitglieder dieses Vereins werden — neben etwa 1400 linksextremen Fanatikern — mit größter Aufmerksamkeit beobachtet.



Der festgenommene Rechtsextremist Lutz W. auf dem Weg zum Amtsrichter

Polizeibericht vom 1.9.77

Hakenkreuzritzer und -schmierer der "NSDAP/Gau Hamburg in der Nähe von Tatorten festgenommen

Nachdem die nächtlichen Schmier- und Plakataktionen und Hakenkreuzritzereien auf Grafsteinen sowie in Tür- und Schaufensterscheiben durch Neonazis beunruhigende Formen angenommen hatten, konzentrierten sich die Ermittlungen der Staatsschutzabteilung sowie der Polizeidirektionen auf einen Kreis fanatischer Rechtsextremisten um den

"Freizeitverein Hansa"
Hamburg 26, Eiffestraße

Diese kleine, aber äußerst fanatische Gruppe gründete 1975 die "NSDAP– Gau Hamburg" und am 8.Mai 1977 den "SA-SturmHamburg".

Beide NS-Nachfolgeorganisationen versuchen permanent, das NS-Gedankengut durch Schriften, Hakenkreuzplakatierung und Schmierereien, verbunden mit übelster Hetze gegen das jüdische Volk und demokratische Parteien, zu verbreiten.

a) Nach wochenlangen gezielten Observationen unter erheblichem Kräfteeinsatz beobachteten in der Nacht zum Donnerstag (1.9.1977) Zivilfahnder gegen 03.00 Uhr in der Innensatdt einen roten Opel mit dem Kennzeichen SU – KU 797. Das Fahrzeug wurde vor der Landesbank in der Rosenstraße geparkt und die beiden männlichen Insassen begaben sich in Richtung Paulstraße.

Im Verlaufe der Verfolgung bemerkte ein Beamter, daß eine der beiden Personen an der dortigen Häuserfront mit der Hand zeichnerische Bewegungen ausführte. Während er sein Fahrzeug wendete, um die Männer besser beobachten zu können, hatten diese den Ort verlassen und konnten erst nach geraumer Zeit wieder aufgenommen werden, als sie vorsichtig auf ihr geparktes Fahrzeug zugingen. Nachdem beide den PKW bestiegen hatten, wurden sie wegen Verdachtes einer Straftat vorläufig festgenommen.

Bei ihnen handelte es sich um die bekannten Rechtsextremisten aus dem "Freizeitverein Hansa",

1. den 22jähr. ehem. Leutnant der Bundeswehr K., Michael (1), und
2. den 20jährigen Fotografen W., Lutz

Bei der Besichtigung des Ortes, an dem einer der beiden Festgenommenen die zeichnerischen Bewegungen ausgeführt hatte, stellten die Beamten fest, daß in der Schaufensterscheibe der

ABC-Bank, Hamburg 1, Paulstraße 12,

ein 1 x 1 m großes Hakenkreuz eingeritzt worden war. Weitere eingeritzte Hakenkreuze befanden sich in unmittelbarer Nähe in den Scheiben der

Hannoverschen Kreditbank und dem
Pelzgeschäft Balzar, beide Paulstraße.

Bei der Durchsuchung des Pkw SU - KU 797 (Halter: Michael K.) konnten folgende Gegenstände sichergestellt werden:

1 Paket mit NS-Druckschriften
1 Schlagstock mit einer gefüllten Tränengassprühvorrichtung
1 Dose Klarlack
1 Sturzhelm und
1 Teelöffel.

Bei der Suche nach Tatwerkzeugen fanden die Beamten in der Kleinen Rosenstraße auf der Fahrbahn einen Vidia-Spezialbohrer. Es ist nicht auszuschließen, daß dieser von den Tätern benutzt und später weggeworfen worden ist.
An den sichergestellten Handschuhen konnten Reste von roter und weißer Farbe festgestellt werden, womit Schmierereien begangen worden sind.
b) In derselben Nacht gegen 01.45 Uhr bemerkten Zivilfahnder in Langenhorn, U-Bahnfußgängertunnel Krohnstieg eine verdächtige männliche Person.
Als die Beamten den Tunnel betraten, hörten sie ein zischendes Geräusch, wie es Sprühdosen verursachen. Daraufhin wurden die Tunnelausgänge besetzt, so daß der Verdächtige beim Verlassen festgenommen werden konnte. Bei der Festnahme rutschte ihm eine Farbsprühdose (rote Farbe) aus der Kleidung.
Eine Überprüfung des Tunnels ergab, daß kurz vorher (Farbgeruch war noch vorhanden) die Tunnelwand mit folgenden Parolen besprüht worden war:

– NSDAP 1939 – Kriegsbeginn
– Die SA kämpft weiter
(hinter der letzten Parolen befand sich ein Hakenkreuz).

Bei dem Festgenommenen handelte es sich um den Rechtsextremisten aus dem „Freizeitverein Hansa", den

18jährigen Schüler Sch., Tibor.

Nach Sachlage dürfte Sch. für die Schmiereien im Tunnel in Frage kommen.
Mit den in der letzten Nacht durchgeführten Festnahmen dürften die Urheber der seit Monaten erfolgten NS-Farbschmierereien, Plakataktionen und Hakenkreuzritzereien, bei denen Sachschäden von über 150.000 DM angerichtet worden sind, festgestellt worden sein.

c) Ferner sind in der Nacht zu heute (Donnerstag, 1.9.77) noch folgende Schmiereien ausgeführt worden

– Handelskammer Hamburg, Adolfsplatz:
SS-Runen und Hakenkreuz mit weißer Farbe auf die Eingangstür gespritzt und Hakenkreuz mit roter Farbe auf eine Steinmauer neben dem Eingang aufgetragen.

In der Einfahrt zum Ehrenhof des Rathauses wurden unter dem Linken Löwen ein Hakenkreuz vollendet und unter dem rechten Löwen zu einer Hakenkreuzschmiererei angesetzt.

Ein weiterer Tatort wurde in den frühen Morgenstunden des heutigen Tages am Schwesternhaus in Hamburg 13, Schröderstiftstraße 32, entdeckt, wo unbekannte Täter mit roter Farbe auf dem Boden und an der Hauswand ein „SS"-Zeichen sowie in großen Blockbuchstaben die Parole
– Juda verrecke –
auftrugen.

Die Festgenommenen lehnen jede Aussage zur Sache ab: zwei Beschuldigte wurden zwecks Erlaß eines Haftbefehls dem AG Hamburg zugeführt.

Ausgebrochen

Aus der Strafanstalt Vierlanden brach am 31.8.77 zwischen 23.00 Uhr und Mitternacht der wegen mehrfachen Raubes einsitzende italienische Staatsangehörige

Domenico Cavalcante,
geb. 12.10.56 in Accettura/Italien,

aus, dessen Entlassung am 8.3.1980 erfolgen sollte. C., der als gefährlicher Gewaltverbrecher gilt, muß den Ausbruch l langfirstig vorbereitet haben. Es gelang ihm,ein Betongitter aus der Wand zu stemmen, ein Eisengitter zu durchsägen und sich aus dem 1.Stock abzuseilen. Er überwand die äußere Anstaltsabsperrung und entkam.

Ob er Helfer bei der Flucht hatte, wird geprüft.

Hinweise auf den Entwichenen nehmen alle Polizeidienststellen entgegen.

1000 DM Belohnung ausgesetzt

Der Polizeipräsident setzte für Hinweise auf den unbekannten Täter, der am 15.8.77, gegen 22.58 Uhr, einen Nebeltopf des Typs DM 20 HC durch ein Fesnter der Polizeirevierwache 54 (Hmb.-Volksdorf, Im Alten Dorf 61) warf und dadurch einigen Schaden verursachte, eine Belohnung fest. Die Summe wird demjenigen ausgezahlt, der durch seine Hinweise die Aufklärung der Tat und die Festnahme des Täters bewirkt (s.auch Polizeibericht vom 16.8.77, Seite 2). Über die Zuerkennung und Verteilung der Belohnung wird ggf. unter Ausschluß des Rechtsweges nach Maßgabe der Bedeutung der einzelnen Hinweise entschieden
Hinweise nehmen alle Polizeidienststellen entgegen.

"Hansa"-Bande breitet sich aus

Von ihrem ersten öffentlichen Auftritt am 15.5.77 in Hamburg-Osdorf an war die Hamburger „Hansa"-Bande darauf bedacht, von vornherein auch national als Kerntruppe zu wirken.

Dabei konnte sie sich stützen zum einen auf die alten Bekannten aus JN, NPD und Wikingjugend, die sich alle untereinander von paramilitärischen Lagern, gemeinsamen „Aufmärschen" u. ä. natürlich bestens kennen. Zum anderen entwickelte die „Hansa" Bande intensive Kontakte zu den alten Aktivisten der angeblich schon 1971 gegründeten „NSDAP" wie auch zu Propagandisten des Nazismus wie Roeder, Christophersen und Schönborn.

Am 15.5.77 trat die Hamburger Bande zusammen mit den NPD/JN/Wiking-Jugend-Kadern um Uwe Rohwer, Hans Kötter, Peter Teufert und Carstensen in Osdorf in Erscheinung.

Auf dem NPD-Landeskongreß Schleswig-Holstein am 26.6.77 in Kiel waren Hamburger Nazis wie Mattias Weber unter den Schlägern, die drei Antifaschisten überfielen. Ebenso war Lothar Wrobel als „Führer" des NPD-Fanfarenzugs, Haiko Oetker als Landesvorstandsmitglied und Peter Teufert anwesend.

Am 22./23.7.77 waren wiederum Schleswig-Holsteiner NPD/„Hansa"-Faschisten an der Mundsburg und an den Markthallen dabei, so u. a. Peter Teufert (JN Kiel) und Ulrich Hühn (siehe Kapitel zu Borchardt).

Am 20.8.77 hielt die Hamburger Bande eine provokatorische „Ehrenwache" vor Kapplers Haus in Soltau ab. Soltau war zu diesem Zeitpunkt zu einem regelrechten Wallfahrtsort der Faschisten aller Lager geworden.

Am 16./17.9.77 waren Hamburger Bandenmitglieder Teilnehmer des JN-Bundeskongresses in Osnabrück, auf dem intern vor allem über das Verhältnis von offizieller JN-Politik und offen nazistischen Umtrieben diskutiert wurde. Anwesend waren u. a. Michael Buchmann, Christian Grabsch, Tibor Schwarz sowie weitere, uns namentlich nicht bekannte Nazis.

Am 29.10.77 schließlich waren „Hansa"-Faschisten bei einer NPD-Kundgebung in Oldenburg dabei (siehe Bild). Aus derselben Zeit datieren Kontakte der Bande nach Nürnberg: Dort veranstaltete Manfred Roeder eine „Ehrenwache" für die hingerichteten Mitglieder der „letzen deutschen Reichsregierung" an der „Hansa"-Faschisten teilnahmen (nach „Bauernschaft", Herbst 77).

Ende November/Anfang Dezember 77 schließlich wurden die bisherigen nationalen Aktivitäten der Bande in der Gründung der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" als Wahlpartei der „NSDAP" zusammengefaßt.

19.11.77: Nazi-Aufmarsch in Bremen

22.11.77: Michael Kühnen wird in Bremen beim Kleben von NSDAP-Plakaten festgenommen.

26.11.77: Gründungsversammlung der „ANS"

3.12.77: Erneute „Ehrenwache" in Soltau, „Infostand" des „Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß" in Hannover mit Beteiligung der „Hansa"-Bande.

10.12.77: Offizielle Gründung der ANS.

Die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" ist ein Zusammenschluß mehrerer regionaler Nazi-Banden, die mit dieser „Wahlpartei" der „NSDAP" ein neues Kapitel der NS-Provokationen einläuten wollen.

Bremen

Die Bremer „National-revolutionäre Arbeiterfront" (NRAF) wurde von Frank Stubbemann, jetzt „Aufbaubeauftragter" der ANS in Schleswig-Holstein, während seiner Bundeswehrzeit gegründet. Unseres Wissens ist sie, mit Ausnahme ihres Aufmarschs vom 19.11.77 im Bremer Ostertorviertel, öffentlich weniger in Erscheinung getreten. Am 19.11.77 allerdings zogen 11 Jungnazis in Uniformen mit Gaspistolen und Schlagstöcken durch die Stadt, sangen das „Horst-Wessel-Lied" und jagten Passanten durch die Straßen, die sich teilweise in Kneipen retten mußten. Alle 11 wurden festgenommen („Bremer Nachrichten", 22.11.77).

Hannover

Von allen norddeutschen Nazi-Banden hat der **„Kampfbund Freiheit für Rudolph Heß"** in Hannover bislang in der Öffentlichkeit die größte Aufmerksamkeit erlangt. Seine Mitglieder angeblich nur 6-8 Personen, haben nicht nur mehrere hundert Grabsteine geschändet, sondern diese Bande praktiziert – bis heute ungestört – direkten und provikativen antisemitischen Terror gegenüber Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde

Bei dieser Bande handelt es sich um die Gruppe von **Paul Otte**, der zumindest bis zu einer Hausdurchsuchung einer der zentralen Verteilerstellen für „NSDAP"-Propagandamaterial war; es ist zudem Verwalter des „Rechtshilfefonds" dieser Neonazis, der in Anlehnung an den der SS/HIAG ebenfalls „Stille Hilfe" heißt und vorsorglich in der Schweiz seine Konten unterhält.

Dieser „Kampfbund" hat seinerseits engen Kontakt zur **„Deutsch Völkischen Gemeinschaft"** des **Werner Braun** (bis zu seinem Tode **Jochen Floht**), die auf antisemitische Hetze spezialisiert ist. In ihrem Programm heißt es:

„Die DVG fordert: Der Hauptfeind der Freiheit Großdeutschlands und der Welt, der internationale Zionismus mit seinen Erscheinungsformen Kapitalismus und Kommunismus, ist weltweit zu bekämpfen. Der Kampf hat bis zur Austilgung des Zionismus zu gehen. Zugehörigkeit Deutscher zu zionistischen Vereinigungen wie Freimaurerlogen usw. ist wie Landesverrat zu behandeln."

Interessant am Rande: Die „DVG" entstammt dem **„Deutschen Block"** der seinerseits eng mit Frey zusammenarbeitet......

Braunschweig

Auch wenn die Braunschweiger Gruppe auf der verbotenen Hamburger Veranstaltung vom 26.11.77 selbst nicht durch eine Grußbotschaft oder Rede in Erscheinung trat, waren doch etliche Braunschweiger unter den Teilnehmern.





Grabsch, Schwarz und Buchmann auf dem JN-Bundeskongreß in Osnabrück, 16./17.9.77



„Hansa"-Bande in Oldenburg, NPD-Versammlung 29.10.77

26.11.77: Die Wahl-Provokation wird angekündigt: Gründung der „ANS"



November 1977

EINLADUNG der
BÜRGERGEMEINSCHAFT HAMBURG

Volksgenossen!

Am Samstag dem 26.11.1977 führt die BÜRGERGEMEINSCHAFT HAMBURG um 12.00 Uhr eine Veranstaltung durch.

Themen:

1. TERROR ÜBER DEUTSCHLAND - Die Zukunft unseres Volkes?
2. NATIONALER SOZIALISMUS - Die neue politische Kraft.
3. EINE NEUE PARTEI IN HAMBURG '- Wahlbeteiligung ja oder nein?

Die Veranstaltung wird unterstützt von:

- Freizeitverein Hansa
- Sozialnationalistische Jugend Hamburg
- Bund Hamburger Mädel
- Nationalrevolutionäre Arbeiterfront (NRAF-Bremen)
- Kampfbund "Freiheit für Rudolf Hess"
- Stützpunkt Hamburg der Deutschen Bürgerinitiative
- ANS-Aufbauorganisation
- Deutsche Auslands-Organisation

Die NPD ist am Ende, Zionisten, Demokraten und Kommunisten sind die Totengräber unseres Volkes. DESHALB -Nationale Sozialisten greifen an!
Ein Volk - Ein Reich ...
Unterstützen Sie uns! Kommen Sie zu unserer Kundgebung! Bringen Sie Freunde, Bekannte und Gleichgesinnte mit!
Deutschland ruft!
26.11.77 12.00 Uhr, Restaurant Hanseat, Hamburg 26, Süderstraße 167.

Mit dem besten Gruß!

Michael Kühnen
Bürgergemeinschaft Hamburg

Bürgergemeinschaft Hamburg, 2000 Hamburg 70, Postlagerkarte Nr. 083734 A

Im Namen einer „Bürgergemeinschaft Hamburg" lädt Michael Kühnen zu einer Veranstaltung am 26.11.77 ins Restaurant „Hanseat" ein: *„Die NPD ist am Ende, Zionisten, Demokraten und Kommunisten sind die Totengräber unseres Volkes. DESHALB – Nationale Sozialisten greifen an! Ein Volk, ein Reich..."*

„Unterstützt" wird diese Veranstaltung von der NSDAP mit ihren Tarnorganisationen:

- Freizeitverein Hansa;
- Sozialnationalistische Jugend Hamburg;
- Bund Hamburger Mädel (Die Gründung wurde im „Sturm" Nr. 3 bekanntgegeben);
- ANS-Aufbauorganisation
- Deutsche Auslandsorganisation (gemeint ist die „NSDAP/AO des Gary Rex Lauck);

dem „Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß" aus Hannover;
der „Nationalrevolutionären Arbeiterfront" (NRAF) aus Bremen und
der „Deutsche Bürgerinitiative" des Manfred Roeder.

Die Einladung wurde durch persönliche Anschreiben getätigt; eine „entschärfte" Fassung erschien im „Hamburger Abendblatt". Ziel der Veranstaltung war also die öffentliche Gründung einer offen nazistischen „Wahlpartei". Schon damals standen die „Programmpunkte" der „ANS" fest:

- Aufhebung des NSDAP-Verbots
- Antikommunistischer Kampf
- Gegen Atomkraftwerke (!).

Unter diesem Gesichtspunkt der Provokation zur Hamburger Bürgerschaftswahl sind im Folgenden auch alle weiteren öffentlichen Aktivitäten der Bande zu sehen.

Demokratischer Protest erzwingt das Verbot

Nach Bekanntwerden dieser Einladung wurde von verschiedener Seite das Verbot gefordert. Der KOMMUNISTISCHE BUND machte mit einem Flugblatt diese Provokation bekannt. In der Bürgerschaftssitzung vom 23.11.77 wurde die Angelegenheit von dem FDP-Abgeordneten Gerhard Weber zur Sprache gebracht und am Freitag, 25.11. sprach Innensenator Staak ein politisches Verbot aus (die Verfügung wurde ebenfalls noch am Freitag zugestellt). Dieses Verbot beweist, daß j e d e Naziveranstaltung ohne weiteres verboten werden kann!

... trotzdem findet die Veranstaltung statt.

Trotz Verbot trafen sich dann am Samstag, 26.11.77 vor dem „Hanseat" etwa 30 schwarzgekleidete Jugendliche, der größte Teil in Lederjacken, Knobelbechern und Odalsrune am Gürtel. In einigem Abstand davon „beobachteten" NPD-Funktionäre die Ereignisse. Ein Streifenwagen

und mindestens ein Zivil-Polizist, der unmittelbar vor dem „Hanseat" sich zwischen Nazis und Jounalisten bewegte, „überwachten" die Einhaltung des Verbots. Sicherheitshalber hatte das Restaurant, nachdem der Besitzer über die „Gäste" informiert worden war, gar nicht erst geöffnet.

Zum angesetzten Zeitpunkt verlas daraufhin Michael Kühnen die Verbotsverfügung und teilte gleichzeitig den Journalisten einen neuen Treffpunkt mit, auf dem sie „weiteres" erfahren würden. Ganz offensichtlich war an einem anderen Ort die Durchführung der Veranstaltung schon organisiert worden.

Zum ersten Mal praktizierte die „Bande" am 26.11.77 das in der Zwischenzeit schon mehrfach erprobte „Katz- und Maus-Spiel" mit den Behörden: Unter den Augen der Polizei setzte sich die uniformierte Bande in geschlossenem Pulk Richtung U-Bahn in Bewegung, um zum neuen Treffpunkt zu gelangen. Dort trafen dann auch die Journalisten ein, nachdem sie zwischendurch an einem zweiten Treffpunkt in Empfang genommen worden waren. Wie sich herausstellte, war das zweite Versammlungslokal, die „Bürgerstuben" in Hamburg-Wandsbek, schon vor Erteilung des Verbots angemieten worden.

Dort fand — nicht ohne den Hinweis, dies sei gar keine „Ersatzveranstaltung" — dann genau das statt, was für den „Hanseat" vorgesehen war: Kühnen als Initiator der „ANS-Aufbauorganisation" stellte dies „Wahlpartei" vor mit ihren drei Programmpunkten. Das Grundsatzreferat wurde von Christian Worch gehalten. U.a. stellte er dabei fest, daß es der größte Fehler der Nazis gewesen sei, damals im Innern nicht genug aufgeräumt zu haben!

Es folgten „Grußbotschaften" der beteiligten Organisationen: „Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß": *„Denn nur Nationalismus und Sozialismus vereint werden es eines Tages schaffen, das deutsche Volk und insbesondere den deutschen Arbeiter aus der bolschewistischen Knechtschaft zu befreien und das gesamte deutsche Volk aus den Fängen bolschewistischer Arbeiterverräter zu erretten."* „Bund Hamburger Mädel": *„Wir wollen, daß unsere junge Mädchen jene weltanschauliche und sittliche Reife erlangen, die uns der größte Politiker Deutschlands vorgelebt hat... Heil Deutschland!"* Von der „NRAF" lagen lediglich telefonisch Grüße vor. Anstelle des verbotenen „Horst-Wessel-Liedes" wurde eine Gedenkminute eingelegt, die durch ein anderes Nazi-Lied beendet wurde.

Innensenator Staak tut erstaunt:

Nach Bekanntwerden dieser Veranstaltung veröffentlichte der FDP-Abgeordnete Weber einen Protestbrief: *„Es ist mir unverständlich, daß die nazistische Veranstaltung trotz Verbot — zwar in einem anderen Lokal als vorgesehen — aber unter den Augen der Öffentlichkeit in Hamburg ablaufen konnte, ohne daß die Polizei eingriff."* In seiner Antwort weist Staak jede Verantwortung weit von sich: Die versammelten Personen hätten sich *„in verschiedene Richtungen zerstreut"*, wird schlicht und einfach frech gelogen und von der Veranstaltung habe man gar nichts gewußt! Wie heißt es doch so schön in der Senatserklärung vom 9.8.: *„Der Senat geht davon aus, daß durch die Strafverfolgung die Aktivität dieser kleinen Gruppe... eingedämmt werden kann. Er wird alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten ausschöpfen, um diesem Treiben ein Ende zu bereiten."*

Tja, davon geht der Senat a u s, aber — so kann man fragen, wo geht er h i n ?

Im Nachherein wurde — so ebenfalls Staak — gegen die Verantwortlichen ein Ermittlungsverfahren e i n g e l e i t e t. Eines von mehreren Dutzend, die bis heute kein Ergebnis erbracht haben.

F.D.P.
Freie Demokratische Partei, Landesverband Hamburg, Bürgerschaftsfraktion
2000 Hamburg 1, Rathaus, Postfach 102 127
Telefon 36 81 384-5

28. November 1977

An den
Präses der Behörde für Inneres
Herrn Senator Werner Staak -
Johanniswall 4 (Sprinkenhof)

2000 Hamburg 1

Sehr geehrter Herr Senator,

am vergangenen Wochenende hat trotz Verbot in unserer Stadt eine Veranstaltung junger Rechtsextremisten stattgefunden. Aus dem Einladungsschreiben und der hektographierten Zeitschrift, die ich Ihnen am vergangenen Mittwoch übergeben hatte, ging eindeutig hervor, daß hier nationalistisches und antisemitischen Gedankengut verbreitet wird.

Es ist mir unverständlich, daß die nazistische Veranstaltung trotz Verbot — zwar in einem anderen Lokal als ursprünglich vorgesehen — aber unter den Augen der Öffentlichkeit in Hamburg ablaufen konnte, ohne daß die Polizei eingriff. Dem Ansehen unserer Stadt ist das öffentliche Auftreten junger Neofaschisten sicher nicht dienlich.

Da die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes und die Gruppenbildung unter nationalsozialistischen Ideen in unserem Staat nach wie vor gesetzlich verboten ist, erwarte ich, daß mit allen zu Gebote stehenden rechtlichen und polizeilichen Möglichkeiten diesem nazistischen Spuk einer kleinen Gruppe in unserer Stadt ein Ende bereitet wird.

Mit freundlichem Gruß

(Gerhard Weber)
stellv. Fraktionsvorsitzender

P.S.:
Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich diesen Brief der Öffentlichkeit übergebe.

— A 211 — 29.11.1977

2678

An die
Staatliche Pressestelle
— Nachrichtenabteilung —

mit der Bitte um Aufnahme in den Tagesdienst.

Pressemitteilung

Stellungnahme der Behörde für Inneres zum offenen Brief des FDP-Abgeordneten Gerhard Weber

Sofort nach Bekanntwerden der geplanten Veranstaltung der sogenannten „Bürgergemeinschaft Hamburg" ordnete der Präses der Behörde für Inneres, Senator Werner Staak, nach Prüfung der Rechtslage ein Verbot der Veranstaltung an.

Die Verbotsverfügung wurde den Verantwortlichen noch am 25.11.1977 von der Landespolizeidirektion zugestellt.

Die Einhaltung des Verbots wurde von der Polizei am geplanten Versammlungsort in der Süderstraße überwacht.

Die dort vor der Gaststätte versammelten Personen zerstreuten sich nach Bekanntwerden des Versammlungsverbots in verschiedenste Richtungen.

Von der Veranstaltung in Hamburg-Tonndorf wurde die Polizei erst in Kenntnis gesetzt, nachdem die Veranstaltung bereits beendet war.

Gegen die Verantwortlichen dieser Veranstaltung wurde sofort ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Mit freundlichen Grüßen

P.-E. Kelch

Protest aus dem Ausland

Speziell in den Ländern, die unter dem direkten Terror der Nazis zu leiden hatten, wird heute sehr genau jede Entwicklung nach rechts in der BRD besonders aufmerksam beobachtet.

Stärker als hier wird dort die Einheit zwischen der Zunahme der staatlichen Repression, des Ausbaus des Polizeiapparats usw. und dem Auftreten alter und neuer Nazis gesehen.

So verabschiedeten die Teilnehmer eines „BRD-Tages", der sich gegen die staatlich betriebene Rechtsentwicklung wandte, wenige Tage vor dem 26.11. eine Protestresolution gegen die „Hansa"-Bande.

Veranstaltung in Nijmegen

„Die Teilnehmer des BRD-Tages, organisiert von einer Arbeitsgruppe an der katholischen Universität Nijmegen, protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Veranstaltung der faschistischen NSDAP, die am 26.11. in Hamburg durchgeführt werden soll. Diese NSDAP-Veranstaltung wird getragen und unterstützt von Kräften, die sich durch Hakenkreuzschmierereien, Überfälle auf Informationsstände und Büros fortschrittlicher Organisationen hervorgetan haben. Parolen wie *„Juda verrecke"* und *„Klarsfeld in die Gaskammer"* wurden von diesen Verbrechern an Hamburger Mauern geschmiert. Dieses offene Auftreten faschistischer Kräfte in der BRD unter Duldung, wenn nicht sogar Förderung des Staates, steht nicht allein. Allein 1976 fanden rund 50 Treffen der SS-Tarnorganisation HIAG statt; der Faschist Hoffmann führt in Nürnberg paramilitärische Übungen auf stadteigenem Gelände durch; die Flucht des Kriegsverbrechers Kappler wurde in der BRD auch von führenden politischen Kräften mit offener Genugtuung aufgenommen.

Die Teilnehmer des BRD-Tages in der Katholischen Universität Nijmegen bekunden ihre Solidarität mit den westdeutschen Antifaschisten und fordern:
- Verbot der NSDAP-Veranstaltung
- Verbot aller faschistischen Banden

Dem Faschismus keinen Fußbreit!"

(Einstimmig angenommen von den ca. 600 Teilnehmern des BRD-Tages)

Auferstehung für die „Hitlerei"?

Die Hitlerwelle rollt! Nicht Nostalgie bestimmt den Erfolg von Büchern, Schallplatten, Filmen, Postern und Andenken über und aus der Zeit des Nazi-Regimes, sondern zunehmende Verklärung und Beschönigung im Bewußtsein vieler Menschen über 12 Jahre jüngster Geschichte, die die Welt veränderten.

Otto Wilferts Film **(VERKAUFSSCHLAGER HITLER, ZDF, 21.20 Uhr)** spürt nach den Ursachen der neuen „Hitlerei". Genaue Beobachtung findet eine neonazistische Jugendgruppe in Hamburg, deren Ziel die Wiedergründung der NSDAP ist. Otto Wilfert: „Diese Leute sind nicht zu unterschätzen, sie sind nicht nur ein paar Verrückte."



Die Bande wird immer frecher

Seit dem 26.11.77 war öffentliche bekannt, daß die „Hansa"-Bande sich an der Hamburger Bürgerschaftswahl beteiligen will. Im Anschluß an diese Veranstaltung gelang es antifaschistischen Journalisten, das „Totschweigen" der Bande zu durchbrechen und sehr ausführlich über deren Treiben zu berichten: „Umschau am Abend", 28.11.77, NDR II „Hitler – ein Verkaufsschlager" (ZDF, 10.1.78), „Pop und Politik" (NDR II, 21.1.78), „Konkret" 2/78, „Stern" 5/78, „Sunday Mirror", 26.2.78.

Seit Anfang 78 versucht die „Hansa"-Bande, ihre Ankündigung vom 26.11.77 in die Tat umzusetzen: „Was wir brauchen, seid Ihr! Junge Leute, die sich auf die Straße stellen, die an gegnerische Stände rangehen, die sagen, wir sind hier, wir sind eine Alternative." – „Ich verspreche Euch, wir gehen an die Grenzen dessen, was möglich ist." (Kühnen am 26.11.77).

13.1.78: Bei einer FDP-Veranstaltung in Bergedorf tauchen etwa 10 Nazis auf, darunter Kühnen, Schwarz, Pützmann und Wegener.

18.1.78: In Wandsbek findet eine SPD-Veranstaltung statt. Die Teilnehmer werden rechtzeitig gewarnt, als Kühnen mit 30 Anhängern auftaucht – Eine Kette wird gebildet, bis die Polizei auftaucht. Nach Feststellung der Personalien dürfen die Nazis abziehen.





Bericht im NDR II zur Hansa-Bande

Herrmann Finke berichtet:

Hermann Finke:
Der Aufzug kam einem älteren Passanten gespenstisch vor. ,,Die sehen ja aus wie die SS", sagte der Mann kopfschüttelnd. Gemeint war eine Gruppe von vorwiegend jungen Leuten, die sich vor dem Restaurant ,,Hanseat" an der Süderstr. versammelt hatten. Schwarze Hemden, schwarze Lederjacken, Knobelbecher. Die Parallele zu Hitlers und Himmlers SS war unverkennbar. Der Anführer der Gruppe, Michael Kühnen, ein stadtbekannter Rechtsradikaler, teilte mit, die Versammlung sei vom Hamburger Senat verboten worden und könne deshalb nicht stattfinden. Nach einer kurzen Erklärung gab Kühnen das Kommando zum Abmarsch und schon drehten sich die Knobelbecher und marschierten zur nächsten U-Bahnstation. Ein paar Polizeifahrzeuge, die in respektvoller Entfernung gestanden hatten, rückten ebenfalls ab. Für die Beamten war die Sache vorbei. Nicht so für die jungen Neonazis. Die Journalisten erhielten den Wink, sie sollte sich drei Stunden später am Wandsbeker Markt einfinden, wenn sie noch was sehen sollten. Dort bekamen die Reporter einen neuen Treffpunkt gesagt: eine Kreuzung in Wandsbek-Ost. In der Gaststätte ,,Bürgerstuben" am Ende der Ahrensburger Straße fand schließlich bei geschlossenen Gardinen die Versammlung statt.

Anführer Kühnen klärte die juristische Sprachregelung: Es handle sich rechtlich um eine ganz andere als die geplante, aber was dann ablief, war genau das, was eigentlich schon Stunden zuvor stattfinden sollte.

Vorbereitete Grußbotschaften der rechtsradikalen Gruppen, die die ,,Aktion Nationaler Sozialisten" unterstützen wollen. Dann eine längere Ansprache eines jungen Fanatikers, dessen Name ausdrücklich nicht genannt wurde. Bei der Rede handelte es sich um einen historischen Abriß von der Vor-Germanenzeit bis heute, der — wie nicht anders zu erwarten war — an Verdrehungen und Verfälschungen nicht zu überbieten war und darauf hinauslief, daß das deutsche Volk sich endlich wieder seiner weltweiten Führungsrolle bewußt werden sollte.

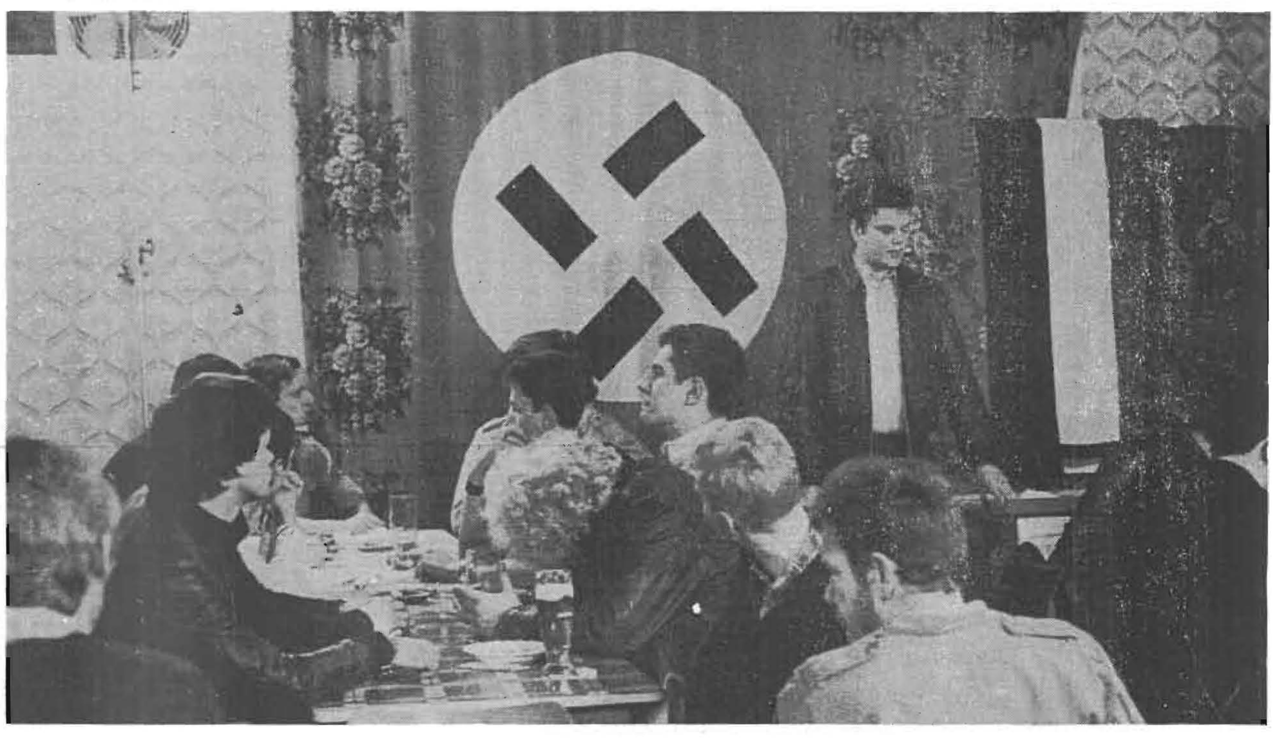
Die Verbrechen an Millionen von Juden wurden schlichtweg geleugnet, die Verantwortung für den zweiten Weltkrieg den anderen Mächten in die Schuhe geschoben. Die Ansprachen endeten jeweils mit einem ,,Deutschland Heil!", das auf Kommando in den Saal gebrüllt wurde. Am Schluß der Veranstaltung gab Anführer Kühnen die Ziele der ,,Aktion Nationaler Sozialisten" bekannt, die sich in erster Linie Zulauf von Jugendlichen erhofft. Hier ein Ausschnitt aus der Rede:

Kühnen:
,,Was wir brauchen, sind ... seid ihr! Junge Leute, die sich auf die Straße stellen, die an gegnerische Stände rangehen, die sagen: ,,Wir sind hier, wir sind eine Alternative." Was wir brauchen, ist ein Wahlkampf, der so geführt wird, wie wir heute die Veranstaltung angefangen haben. Ich verspreche Euch, wir gehen an die Grenze dessen, was möglich ist. Mit unseren Fahnen, mit unseren Parolen. Aber ich verlange und erwarte von allen Leuten, daß Disziplin herrscht. Wir brauchenes nicht und könne es nicht gebrauchen, daß Hitzköpfe anfangen, mit illegalen Dingen uns da in Schwierigkeiten zu bringen. Diese 20, 30 jungen Leute, die bereit sind, aktiv hier Wahlkampf zu machen, können das so durchführen, daß Hamburg davon spricht. Und wenn Hamburg davon spricht. weiß das Volk in Hamburg und wissen die Bürger Hamburgs, daß es uns gibt.

Die erste Forderung, die praktisch an der Spitze unseres Parteiprogramms steht und zu der wir stehen, ist die Aufhebung des NS-Verbots". — Klatschen —

Hermann Finke:
Die Zulassung der NSDAP steht also an erster Stelle. Daß diese Forderung überhaupt in aller Öffentlichkeit erhoben wird, weist auf eine veränderte Taktik der rechtsradikalen Gruppen hin. Am Rande und häufig außerhalb der Legalität versuchen sie, aus den Terroranschlägen der jüngsten Zeit Kapital zu schlagen."

Polizei und Staatsschutz schenken diesen Aktivitäten offensichtlich wenig Aufmerksamkeit. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion in der Bürgerschaft, Gerhard Weber, mußte Hamburgs Innensenator Werner Staak erst auf die geplante Gründungsversammlung aufmerksam machen, bevor diese verboten wurde. Heute teilte Weber dem SPD-Senator schriftlich sein Bedauern darüber mit, daß die Veranstaltung doch stattgefunden hat. Er erwarte, so schrieb Weber in einem Offenen Brief, daß dem neonazistischen Spuk mit allen zu Bebote stehenden rechtlichen und polizeilichen Möglichkeiten bald ein Ende gesetzt werde."



Feb. 78: „Hansa"-Bande erneut in der Bürgerschaft zur Sprache gebracht

Anfang Februar stellte der SPD-Abgeordnete Bodo Schümann erneut eine parlamentarische Anfrage mit sehr detaillierten Fragen, die auch die „Hansa"-Bande betreffen.

Die Antwort des Senats — insbesondere was die Strafverfolgung der Bande anbelangt — macht deutlich, daß die bisherigen Äußerungen (*„alle erdenklichen Mittel", „dem Spuk ein Ende bereiten"* usw.) praktisch keine Konsequenzen hatten:

— Die Ermittlungsverfahren gegen die acht Schläger vom 15.5.77 sind immer noch nicht abgeschlossen.

— Wegen Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda sind seit 1976 19 Verfahren eingeleitet worden; elf (!) wurden wieder eingestellt, weil es sich dabei nicht um Propaganda, sondern angeblich „Aufklärung" handele.

Drei Verfahren betreffen Borchardt und Eckart; ein Verfahren ist der F r e i s p r u c h der beiden NPD-Funktionäre Thetard und Schönmann; zwei Verfahren wurden nach auswärts abgegeben.

Von den drei noch anhängigen Verfahren betrifft eines die massenhafte Verbreitung von NS-Propaganda.

Nach unseren Unterlagen müßten aber in mindestens fünf Fällen mit jeweils mehreren Tätern derartige Ermittlungen laufen.

Allein dieser Widerspruch beweist, daß auch nach einem Jahr organisierter Nazi-Umtriebe in Hamburg nichts von einer konsequenten Strafverfolgung zu bemerken ist.

Leider wird in der Anfrage nicht auch nach weiteren Straftaten der Bande gefragt: D i e Antwort wäre ebenso interessant gewesen.

Ein weiterer Punkt erscheint bemerkenswert: In seiner Antwort gibt der Senat zu, daß „Hansa", „NSDAP", „ANS" etc. ein- und dieselbe Bande ist. Von einer Verfolgung dieser *Bande* als „kriminelle Vereinigung" ist uns nichts bekannt. Vielmehr erhielten wir vom Landeswahlamt die Auskunft, die „ANS" sei ihnen nur als eigenständige Gruppierung bekannt, amtlich sei ihnen eine Verbindung zur „NSDAP" nicht bekannt!

Rechte auf dem Rückzug

Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes gehören etwa 580 Hamburger rechtsradikalen Organisationen an: von der NPD bis zur „NS Gruppe Hamburg" und einer „NSDAP-AO". In den letzten Jahren hat sich ihre Anhängerschaft jedoch verringert, teilte der Senat auf eine Anfrage des Bürgerschaftsabgeordneten Bodo Schümann (SPD) mit. So zählte die NPD im vergangenen Jahr in der Hansestadt nur noch 250 Mitglieder gegenüber ihrem Höchststand von 900 Parteibuch-Anhängern während der Jahre 1968/69.

Unter den Hamburger Schülern sei keine Verstärkung von NS-Tendenzen bekanntgeworden, wenn es auch in letzter Zeit wieder Hakenkreuz-Schmierereien gegeben habe. Der Senat versicherte, er werde dafür Sorge tragen, „daß wie bisher die Behandlung des Nationalsozialismus im Schulunterricht hinreichenden Raum einnimmt". Eine grundsätzliche Ausweitung dieses Teils des Geschichts- und Politikunterrichts werde nicht für erforderlich gehalten.

Als rechtsextremistische Jugendorganisationen werden vom Senat der Bund Heimattreuer Jugend, der Deutsche Jugendbund, die Jungen Nationaldemokraten und die Wiking-Jugend eingestuft.

rup

aus „Hamburger Abendblatt"

Bürgerschaft
der Freien und Hansestadt Hamburg

Drucksache 8/3343

8. Wahlperiode 03.02.78

Schriftliche Kleine Anfrage
des Abg. Schümann (SPD)

Betr.: Rechtsextreme Entwicklungen in Hamburg

In der letzten Zeit mehren sich in den Medien Berichte über Auftreten und Aktionen rechtsextremer Gruppen. Neo-Nazis treten immer unverhohlener auf, um die Ideologie des 3. Reiches zu verbreiten und durch kriminelle Aktionen auf sich aufmerksam zu machen. Diese Beobachtungen gehen einher mit bedenklichen Entwicklungen auf dem Buch-, Film und Schallplattenmarkt, die von einer zunehmenden Verharmlosung und sogar Verherrlichung der Hitler-Schreckensherrschaft gekennzeichnet sind. Solchen Tendenzen muß rechtzeitig mit den zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln, aber vor allem auch durch eine öffentliche Aufklärung und politische Auseinandersetzung entgegengetreten werden.

Ich frage daher den Senat:

1. Nach welchen Kriterien stuft der Senat rechtsextreme Gruppen und Einzelpersonen ein?
2. Welche Parteien/Vereinigungen in Hamburg sind als rechtsextrem bekannt? Wie hat sich ihre Mitgliederzahl und ihr Erscheinungsbild in den letzten drei Jahren entwickelt?
3. Welche öffentlichen Veranstaltungen und (kriminellen) Aktionen von rechtsextremen Parteien/Vereinigungen hat es 1976 und 1977 in Hamburg gegeben, besonders der verbotenen NSDAP und des SA-Sturms, des Freizeitvereins Hansa, der Aktion Nationale Sozialisten?
4. Unter welchen Umständen kann die Benutzung öffentlicher Räume für Treffen rechtsextremer Parteien und Gruppen versagt werden und wann nicht?
5. Ist ein Strafverfahren eingeleitet worden gegen die fünf verhafteten rechtsradikalen Ordner, die am 15. Mai 1977 während einer Veranstaltung der „Deutschen Volksunion" in einem Lokal an der Osdorfer Landstraße unbewaffnete Demonstranten zusammengeschlagen haben?
   Wenn ja, mit welchem Ergebnis? — Wenn nein, warum nicht?
6. Welches Ergebnis haben die Ermittlungen gegen die Verdächtigen gebracht, die im August 1977 Hetzsprüche an die Außenwand der Synagoge geschmiert haben?
7. Sind in der letzten Zeit Belästigungen o. ä. von jüdischen Mitbürgern durch rechtsextreme Gruppen bekannt geworden?
8. Wieviele Schmierereien mit Hitler- und Nazi-Emblemen sind 1976 und 1977 bekannt geworden?
9. Sind in den letzten zwei Jahren Schriften, Bücher, Filme und Schallplatten mit NS-Tendenzen beanstandet bzw. verboten worden?
   Wenn ja, wieviele und welche? Welche Kontrollen finden hier überhaupt statt?
10. Gibt es Anzeichen dafür, daß Treffen der HIAG (Hilfsorganisation auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS) in Art und Inhalt ihrer Gestaltung auf eine Verherrlichung des Dritten Reiches hindeuten?
11. Sind in der letzten Zeit in Hamburger Schulen verstärkte NS-Tendenzen unter den Schülern (Äußerungen, Tragen von NS-Emblemen, Gruppenbildungen mit rechtsextremen Tendenzen) beobachtet worden?
    Wenn ja, in welchem Umfang und welcher Art?
12. Beabsichtigt der Senat, verstärkte Aufklärungsaktionen über NS-Tendenzen, besonders bei Jugendlichen, durchzuführen? Wenn ja, was ist geplant?

Hamburg, den 14. Februar 1978

Antwort des Senats auf die
Schriftliche Kleine Anfrage des Abg. Schümann

Drucksache 8/3343

Betr.: Rechtsextreme Entwicklungen in Hamburg

Der Senat beobachtet die Entwicklung des Rechtsextremismus sorgfältig. Er teilt die Auffassung, daß dieser Entwicklung vor allen Dingen durch politische Auseinandersetzung und durch Aufklärung begegnet werden muß.

Im einzelnen äußert sich der Senat wie folgt:

Zu 1.: Als rechtsextremistisch stuft der Senat in Übereinstimmung mit dem Bund und den anderen Bundesländern Gruppen oder Einzelpersonen ein, die antidemokratische nationalistische oder rassistische Ideen propagieren mit dem Ziel, die Grundlagen und Institutionen der freiheitlich-demokratischen Ordnung der Bundesrepublik verächtlich zu machen, zu bekämpfen oder beseitigen zu wollen.

Zu 2.: In Hamburg existieren Organisationsteile von 20 rechtsextremistischen Parteien, Organisationen und Vereinigungen. Bei ihnen handelt es sich im einzelnen um

- eine Partei
  Nationaldemokratische Partei Deutschlands e.V. – NPD –
- vier Jugendorganisationen
  Bund Heimattreuer Jugend e.V. – BHJ –
  Deutscher Jugendbund –DJB –
  Junge Nationademokraten –JN –
  Wiking Jugend e.V. –WJ –
- zehn Organisationen und Vereinigungen der „Alten Rechten":
  Aktion Oder-Neiße – AKON –
  Deutsche Volksunion –DVU –
  Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes – DKEG –
  Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter – Bundesverband e.V. – GOG –
  Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung
  Gesellschaft für freie Publizistik – GfP –
  Konservative Vereinigung
  Nordischer Ring
  Weltanschauungsgemeinschaft – Bund für Gotteserkenntnis
  Deutschgläubiges Bildungswerk
- eine Vereinigung der „Neuen Rechten"
  Deutsch-Europäische Studiengesellschaft – DESG –
- vier neonazistische Gruppen
  Bürger- und Bauerninitiative e.V. – BBI –
  Deutsche Bürgerinitiative e.V. – DBI –
  sog. NS-Gruppe Hamburg
  NSDAP-AO

Diese Organisationen haben insgesamt 580 Mitglieder, von denen etwa 220 Doppelmitgliedschaften sind.

Die Anhängerschaft dieser Organisationen hat sich in den letzten Jahren generell verringert. So verminderte sich die Mitgliederzahl der NPD von dem Höchststand 1968/1969 mit 900 Mitgliedern auf 350 Mitglieder im Jahre 1975, 300 Mitglieder im Jahre 1976 und 250 Mitglieder im Jahre 1977.

Zum äußeren Erscheinungsbild des Rechtsextremismus fällt auf, daß neonazistische Gruppen in den letzten Jahren offen Symbole der NSDAP zeigen. Einige sind uniformähnlich gekleidet. Von einzelnen Gruppen geht zunehmende Gewalt aus.

Zu 3.: Die NPD führte am 7.8.1976 einen „Kongreß der nationalen Kräfte Europas" (800 - 1.000 Teilnehmer) durch. Außerdem fanden vor allem im Zusammenhang mit der Bundestagswahl vom 3.10.1976 mehrere Wahlveranstaltungen auf Kreisebene statt.

Die „Deutsche Volksunion" – DVU – veranstaltete am 15.5.1977 eine Kundgebung, bei der Hans Ulrich Rudel als Sprecher auftrat (etwa 800 Teilnehmer).

Am 17.1.1976 fand eine „Reichsgründungsfeier" der sog. „Aktion 2000" (Norderstedt) in Hamburg statt (etwa 200 Teilnehmer).

Am 28.4.1977 störten Anhänger der neonazistischen „Deutschen Bürgerinitiative" (Roeder, Schwarzenborn) eine Aufführung des Problemstückes „Sie nannten ihn Leo..." im Malersaal des Deutschen Schauspielhauses.

Am 26.11.1977 führte die NS-Gruppe Hamburg unter Leitung von Michael Kühnen eine Veranstaltung zur Bekanntgabe der Gründung der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" durch. Zu dieser Veranstaltung wurde unter der Bezeichnung „Bürgergemeinschaft Hamburg" eingeladen. Obwohl diese Veranstaltung verboten worden war, fand sie ohne Wissen der Behörden in einem Ausweichlokal in Tonndorf statt. Es nahmen etwa 30 Personen aus Hamburg und den Nachbarländern teil.

Insbesondere in den Monaten Mai bis August 1977 fanden Klebe- und Schmieraktionen in verschiedenen Stadtgebieten statt. Für einen erheblichen Teil dieser Aktionen erklärte sich die NS-Gruppe Hamburg verantwortlich. Ihre Mitglieder sind identisch mit den Mitgliedern des „Freizeitvereins Hansa", des „SA-Sturms Hamburg 8. Mai", der „NSDAP – Gau Hamburg" und der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten". Es sind insgesamt etwa 20 Personen.

Zu 4.: Die Vergabe öffentlicher Räume richtet sich nach den vom jeweiligen Verwaltungsträger aufgestellten Benutzungs- und Überlassungsbedingungen, die u.a. eine Gleichbehandlung aller Interessenten sicherstellen sollen. Eine Überlassung von Räumen kommt danach im Einzelfall nicht in Betracht, wenn der Veranstaltungszweck nicht im Einklang mit dem geltenden Recht steht.

Zu 5.: Gegen 8 Beschuldigte, die anläßlich der DVU-Veranstaltung am 15.5.1977 an strafbaren Handlungen beteiligt waren, wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des schweren Landfriedensbruchs und der Körperverletzung eingeleitet. Dieses bei der Staatsanwaltschaft Hamburg anhängige Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Zu 6.: Die Ermittlungen im Zusammenhang mit antisemitischen Schmierereien zum Nachteil der jüdischen Gemeinde – die sich übrigens nicht im August 1977, sondern am 6.6.77 ereigneten – haben zu dem Verdacht geführt, daß eine hier mehrfach in Erscheinung getretene rechtsextremistische Gruppe für diese Straftat verantwortlich sei. Beweise gegen bestimmte Personen konnten bisher nicht erbracht werden.

Zu 7.: Zur Zeit ermittelt die Polizei gegen einen bisher unbekannten Verfasser von Schreiben mit antisemitischem Inhalt, die an verschiedene Adressaten gerichtet waren. Außerdem wurden in jüngster Zeit Aufkleber und Schmierereien festgestellt, die jüdische Mitbürger insgesamt beleidigen.

Zu 8.: Schmierereien bzw. Plakataktionen, die eindeutig rechtsextremistische Gruppierungen zugeordnet werden müssen, wurden
1976 in 11 Fällen und
1977 in 41 Fällen
festgestellt.

Zu 9.: Wegen Verbreitung nationalsozialistischer Propagandaschriften sind von der Staatsanwaltschaft
1976 6 Verfahren,
1977 12 Verfahren,
1978 1 Verfahren
eingeleitet worden.

Hiervon sind mangels strafbarer Handlungen elf Verfahren eingestellt worden, da die Veröffentlichungen der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens dienten und eine Strafbarkeit nach der sog. Sozialadäquanzklausel des § 86 Abs. 3 StGB entfiel.

In zwei Verfahren erfolgten Verurteilungen zu Geldstrafen (jeweils: „Der Aufmarsch – Reichsorgan der faschistischen Front"). In einem Verfahren ist Anklage zum Landgericht/Staatsschutzkammer erhoben worden („Mitteilungsblatt Freundeskreis der NSDAP" und „NS – Deutscher Nachrichtendienst").

In einem weiteren Fall erfolgte Freispruch, da den Angeklagten die Verbreitung nationalsozialistischer Plakate nicht nachgewiesen werden konnte.

2 Verfahren wurden an auswärtige Staatsanwaltschaften abgegeben, 3 weitere sind noch anhängig; von diesen betrifft eines die massenweise Verbreitung von nationalsozialistischen Propagandaaufklebern.

Im Rahmen der obigen Verfahren sind nationalsozialistische Schriften bei Verbreitung jeweils beschlagnahmt worden.

Die in Hamburg erscheinenden Presseerzeugnisse mit erkannten NS-Tendenzen werden auf strafrechtlich relevante Inhalte hin überprüft und ggf. der Staatsanwaltschaft zugeleitet. Sporadisch erscheinende Druckwerke werden der Polizei allerdings nicht immer bekannt.

Zu 10.: Soweit in den letzten Jahren den zuständigen Behörden Veranstaltungen der HIAG in Hamburg bekannt geworden sind, konnte eine Verherrlichung des Dritten Reiches durch Art, Gestaltung und Inhalt der Veranstaltungen nicht festgestellt werden.

Zu 11.: Nein.

In einzelnen Schulen hat es zwar früher und in letzter Zeit hin und wieder Hakenkreuz-Schmiereien gegeben. Eine Verstärkung von NS-Tendenzen unter den Schülern ist dem Senat jedoch nicht bekannt geworden. Dennoch beobachtet der Senat auch diese Entwicklung, wie auch entsprechende Aktionen von linksextremer Seite, aufmerksam (siehe auch Antwort zu Nr. 12.).

Zu 12.: Der Senat trägt dafür Sorge, daß wie bisher die Behandlung des Nationalsozialismus im Schulunterricht hinreichend Raum einnimmt. Eine grundsätzliche Ausweitung des Anteils am Geschichts- und Politik-Unterricht hält er nicht für erforderlich; wohl aber wird das Amt für Schule die Schulen auf die besondere Bedeutung dieses Unterrichtsinhalts hinweisen. Außerdem ist beabsichtigt, mit dieser Thematik die Ständige Konferenz der Kultusminister zu befassen. Besondere Aufklärungsaktionen bleiben vorbehalten.

Und wieder: Nach der Anfrage ein erneutes Alibi des Senats

Wie schon im August, so folgte der parlamentarischen Anfrage vom Februar auf dem Fuß eine spektakuläre „antifaschistische" Aktion des Senats. Diese Aktion trägt noch deutlicher als die vom August den Charakter des Alibis, da nur eine Woche später am 25./26.2. genau dieselben Nazis ihre Provokationen mit Wissen der Polizei (am 25.2.77) und mit deren Schutz durchführen konnten.

Für den 19.2.78 hatte die „ANS" wieder eine öffentliche Veranstaltung angekündigt. Diesmal sollte Erwin Schönborn, erfahrener Alt- und Nio-Nazi vom „Kampfbund Deutscher Soldaten" und mittlerweile presserechtlich Verantwortlicher der „ANS" sprechen. Außerdem wollte die „ANS" ihre Kandidaten zur Bürgerschaftswahl vorstellen.

Einige Redaktionen erhielten Einladungen mit dem Hinweis, sich bei Kühnen zu melden. Interessenten erhielten dann die Nachricht, sich am Sonntag, 19.2.78 um 17.00 Uhr am Hotel „Reichshof" einzufinden.

An diesem Wochenende griff die Polizei tatsächlich ein:

- Am Freitag wurde die Veranstaltung vom 19.2.78 verboten.
- Am Abend des Samstags versammelten sich die Nazis in der Kneipe „Zum Alten Ritter" in Hamburg St. Georg. Der beobachtende Staatsschutz griff nicht ein. Erst aufgrund einer Anzeige von Passanten wurde von der Polizei das Treffen aufgeläst, die Teilnehmer kurzfristig festgenommen.
- Sonntag vormittag veranstalteten Kühnen und Co. eine „Protestkundgebung" am „Kriegerdenkmal" am Dammtor („Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen"). Alle 13 Nazis wurden abgeführt und bis zum Abend festgehalten („Wir wollten verhindern, daß sich die Herren strafbar machen", Polizei lt. „Morgenpost", 20.2.78). Einzeln und in verschiedenen Stadtteilen wurden sie erst abends freigelassen.
- Offensichtlich hatte die Polizei auch die Geschäftsleitung des „Reichshof" informiert, die den zugesagten Raum kündigte (dort sollte eine Pressekonferenz stattfinden).
- Am Montag schließlich erfolgten noch weitere Festnahmen: Mittags wurden Flugblattverteiler der ANS am Dammtor festgenommen. Kurz nach deren Freilassung wurde erneut die halbe Bande in der Nähe des Bahnhofs festgenommen.

Am Sonntag abend fand sich dann vor dem Reichshof nur ein Häufchen verwirrter Faschisten ein: Schönborn mit einigen Kameraden aus Frankfurt, Christophersen, Frank Stubbemann (in nur von wirklich gutwilligen nicht identifizierbarer SS-Uniform) und mehrere Hansa-Mitglieder.

Stubbemann und Schönborn hielten Ansprachen, in denen sie den Polizeieinsatz verurteilten. Offensichtlich sollte im Reichshof eine Ersatzveranstaltung unter Schönborns Namen laufen, die eigentlichen Organisatoren und Teilnehmer saßen noch im Knast.

An diesem Wochenende wurde eines noch einmal völlig deutlich: Wenn Behörden, Polizei und Justiz ihren Schutz und ihre Duldung dieser Bande tatsächlich einmal entziehen, bleibt von dem ganzen Spuk nichts mehr übrig! Sie allein sind verantwortlich, daß sich diese Bande so in Hamburg entwickeln konnte.

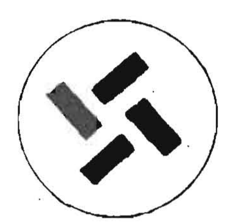
Das Wochenende vom 18.-22.2.78 beweist, daß der Staatsschutz in der Lage ist, sozusagen auch noch das letzte Mitglied der Bande beim Scheißen zu beobachten. Sein „antifaschistisches Auftreten" fällt damit als Anklage auf ihn zurück: Gerade weil er b e w i e s e n hat, daß er bestens Bescheid weiß, ist es umso skandalöser, daß die Bande weiterhin ungestraft ihr Unwesen treiben kann.

In seiner Rede vor dem „Reichshof" hatte Schönborn noch gejammert: *„Ich darf dazu sagen, daß ich überhaupt kein Verständnis dafür habe, daß sich die Polizei hier quasi zum Büttel der Linksextremisten macht, denn ich weiß es von der ANS ... und es ist vom Kampfbund Deutscher Soldaten weit bekannt, daß wir an sich überall in den Städten, in Frankfurt, in Nürnberg, in bestem Einvernehmen mit der Polizei gegen die Linksextremisten stehen. Es ist mir völlig unverständlich, daß offensichtlich die Polizei hier in Hamburg eine ganz andere Rolle spielt."*

Eine Woche später konnte Schönborn feststellen, daß dieses „Einvernehmen" auch und gerade in Hamburg bestens funktioniert.

AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN

Gau Hamburg



Nun erst recht!

ANS kämpft weiter.

Aus Protest gegen das willkürliche Verbot der ANS-Wahlkundgebung am 19. 2. 1978 wollten wir als junge Kämpfer der

AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN

eine spontane Kundgebung vor dem Kriegerdenkmal durchführen. Wir wollten damit gleichzeitig der Opfer unserer Väter gedenken und unseren Willen bekunden, den Freiheitskampf des deutschen Volkes fortzuführen.

Verbote und Verhaftungen war die Antwort der Polizei der "Freien" und Hansestadt Hamburg!

Trotz Terror und Verbot: gegen Rotfront und Reaktion

ANS kämpft weiter!

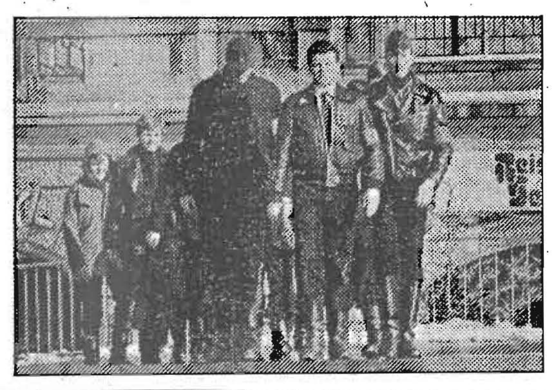
V.i.S.d.P.: M. Kühnen, Reisners Kamp 6, 2 HH 70
ANS Gau Hamburg, Postlagerkarte Nr. 083740 A, 2 Hamburg 70

Polizei nahm rechtsradikale Gruppe fest

wo. Hamburg — Eine Gruppe von 13 Rechtsradikalen hat die Polizei gestern vormittag um 10 Uhr vor dem Dammtorbahnhof vorläufig festgenommen und dann in polizeilichen Gewahrsam genommen. Erst im Laufe des Abends wurden die Neo-Nazis wieder auf freien Fuß gesetzt.

Anlaß der polizeilichen „Schutzmaßnahme": „Wir wollten verhindern, daß die Herren sich strafbar machten", sagte ein Sprecher der Kripo. Das Fähnlein der 13 Rechten hatte geplant, eine verbotene Versammlung zu veranstalten.

Außerdem wollten die Uniformierten demonstrierend durch die Stadt marschieren.



So marschierten sie. Erinnerungen an eine bitterböse Vergangenheit wurden vor allem bei den Älteren wach.

„Mopo", 20.2.78

Verbotene Kundgebung

Insgesamt 14 Angehörige einer rechtsradikalen Vereinigung, die sich „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" nennt, sind gestern nachmittag auf dem Dammtor-Bahnhof vorübergehend festgenommen worden. Nach Angaben eines Polizei-Sprechers hatten die Männer eine Kundgebung geplant, die jedoch verboten war.

„Welt", 20.2.78

In und um Hamburg

Festgenommen 20. 2. 78

HAMBURG — 20 Jung-Nazis trafen sich gestern am Krieger-Ehrenmal vor dem Dammtor zu einer (verspäteten) Kundgebung zum Tag der Machtübernahme Hitlers. Polizisten nahmen die „Nationalen Sozialisten" samt Anführer Michael Kühnen (20) fest.

„Bild", 20.2.78

21.2.78: „ANS" zur Wahl zugelassen?

Völlig ungehindert verlief dann am Dienstag abend eine Pressekonferenz der Hansabande in der Kneipe „Zum Egerländer."

Kühnen gab einige Informationen, insbesondere auch über den bisherigen Stand der Wahlvorbereitungen der „ANS".

– Die „ANS" habe in Hamburg etwa 75 (!) Mitglieder, darunter auch alte Kämpfer der SRP (Sozialistische Reichspartei, wurde 1951 als NSDAP Nachfolgeorganisation verboten. Offen auftreten würden allerdings nur etwa 20 - 30 Leute, damit nicht alle bekannt wären.

– Die ANS-Schleswig-Holstein, deren Führer Frank Stubbemann ist, habe inzwischen 73 (!) Mitglieder, darunter allein 25 an der Kieler Uni (in der „Nationalen Studentenunion" NSU). Im März soll Gründungsparteitag sein.

– Die Mitglieder der ANS bestehen zu 80% aus Jugendlichen

Dann berichtete Kühnen über die Wahlvorbereitungen:

„Wir bezeichnen uns als „Nationale Sozialisten", die drei Punkte für die Hamburger Bürgerschaftswahl aufgestellt hat:

1. Die Forderung nach Aufhebung des NS-Verbots

2. Die Forderung: Baustopp für Atomkraftwerke

3. Antikommunistischer Kampf

Als Bürgerschaftskandidaten werden auftreten:

1. Michael Kühnen
2. Christian Worch
3. Tibor Schwarz

Vorläufig soll es bei den Dreien bleiben, um nicht noch mehr „Kameraden" zu gefährden.

Es soll aber versucht werden — dafür will sich vor allem Schönborn einsetzen — einige „repräsentative Persönlichkeiten" aus dem Hamburger Raum zu gewinnen, die sich als Kandidaten aufstellen.

Unterstützt wird die Kandidatur von:

– Kampfbund Deutscher Soldaten, (Erwin Schönborn, Frankfurt);
– Kampfbund „Freiheit für Rudolf Heß", Hannover;
– Nationalrevolutionäre Arbeiterfront, Bremen;
– materielle Unterstützung kommt vor allem von der „deutsch-völkoschen Gemeinschaft", des Werner Braun.

Weiterhin wurde Verbindung aufgenommen zu Christophersen und anderen. Als Ziele setzt sich die „ANS": Ihre Parolen in breite Schichten der Bevölkerung hineinzutragen und besser abzuschneiden als die NPD.

Zur Frage der Zulassung durch die Behörden sagte Kühnen: *„Die Vorbereitungen dafür (für die Teilnahme an der Wahl, Anm. d. Red.) sind organisatorisch und juristisch abgeschlossen. D.h., nach Mitteilung des Landeswahlamtes von vorgestern, sind wir sogar die erste aller nicht im Rathaus vertretenen Parteien, die alle nötigen Unterlagen (mit Ausnahme der Unterschriften – die Unterschriftensammlung hat gerade erst angefangen) zusammen hat und abgegeben hat. Wir sind – und das ist wichtig in diesem Zusammenhang – eine legale zugelassene Partei."*

(Die ANS benötigt 500 Unterschriften, davon haben sie bis zu diesem Zeitpunkt 100 - 150).

Landeswahlamt bestätigt ANS

Ein Anruf beim Landeswahlamt ergab dann folgendes:

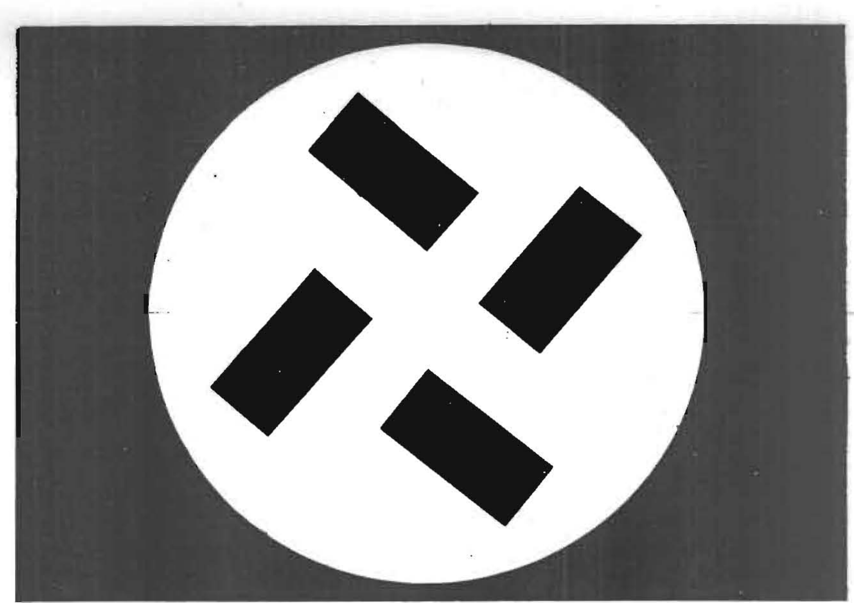
- Die Unterlagen der ANS (Satzung, Programm u.ä.) wurden geprüft.
- Die Prüfung ergab, daß von seiten des Wahlamtes keine Einwände erhoben würden.
- Was das Programm anbelangt, stünde dies im Rahmen einer „breiten Gestaltungsfreiheit".
- Eine endgültige Entscheidung über die Zulassung des ANS treffe erst der Landeswahlausschuß am 21.4. 78.
- „Amtlich sei ihnen nicht bekannt, daß die ANS eine Ersatzorganisation der „NSDAP" sei. Sie müßten von der Eigenständigkeit der ANS ausgehen, eine Mitgliedschaft von ANS-Leuten dort sei für das Wahlamt unerheblich.

Damit bestätigte – ungewollt – das Landeswahlamt die offene Duldung der Nazi-Umtriebe durch den Senat: Speziell im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung hat der Senat keinen einzigen Punkt unternommen, diese Bande an ihrem Vorhaben zu hindern. Weder hat er gleich nach dem 26.11. 77 einen Verbotsantrag gestellt, noch hat er – was eigentlich selbstverständlich wäre – diesen Verbotsantrag im Februar gestellt, als er selbst feststellte, die ANS sei eine Tarnorganisation der „NSDAP".
In der Zwischenzeit hat die „Hansa"-Bande am 21.4.78 unmittelbar vor der ersten Sitzung des Landeswahlausschusses ihren Rücktritt von der Kandidatur zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen erklärt. Als Begründung führte sie an, daß zum einen die „NSDAP" ihre Unterstützung zurückgezogen hätte, zum anderen sie zu sehr kriminalisiert worden sei, als daß sie noch frei sich zur Wahl stellen könne. Auf alle Fälle wolle sie aber die Wahl anfechten.

Der Zusammenhang scheint eindeutig: Der antifaschistische Protest hätte eine Kandidatur der „Hansa"-Bande zu einem Bumerang für den Hamburger Senat gemacht. Ein „freiwilliges" Zurücktreten der „Hansa"-Bande hat diesen „Topf erst einmal von Feuer genommen", ohne daß der Senat auf der anderen Seite mit einem effektiven Verbot ernsthaft gegen die Banden vorgehen muß.

Nach wie vor treibt bisher ungestraft in Hamburg diese Bande ihr Unwesen, die heute in der BRD die militanteste Speerspitze der Nazis darstellt.

- Sie betreibt offen die Wiederauferstehung der Hitlerpartei und versucht, als „ANS" weitere Teile der noch vorhandenen antifaschistischen Tradition zu überwinden.
- Sie ist gleichzeitig eine kriminelle Vereinigung, deren volles Ausmaß durch den Bankraub vom 19.12. 77 und den Waffenraub vom 5.2. 78 wohl nur andeutungsweise sichtbar geworden ist.



AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN

ANS

Wir fordern:

- NS-Verbot aufheben
- Baustop für Atomkraftwerke
- Antikommunistischer Kampf

Das Kampfprogramm der ANS für die Bürgerschaftswahl in Hamburg.

Forderungen der ANS

1. Aufhebung des NS-Verbots

Die Mitglieder der Aktionsfront Nationaler Sozialisten sind keine Nationalsozialisten im herkömmlichen Sinn. Dennoch fordern wir die Aufhebung des NS-Verbots aus folgenden Gründen:

a) Das Verbot ist wirkungslos: Seit Anfang 1971 arbeitet in der Bundesrepublik eine illegale NSDAP, ohne daß dies von den Staatsschutzbehörden verhindert werden kann.

3. Kampf dem Kommunismus

Liberale haben den Kommunisten aller Schattierungen die Herrschaft über die Straße überlassen. Diese allein sind fast nur noch dort zu sehen. Gegen Andersdenkende üben sie Gesinnungsterror. Vor allem nationale Verbände haben dies jahrelang miterleben müssen.
Die ANS tritt den Kommunisten hier auf ihrem ureigensten Gebiet entgegen. Sie wird die Straße zurückerobern, damit deutsche Bürger wieder durch die Stadt gehen können, ohne [illegible]ndig vom Anblick langhaariger Polit- [illegible] Die ANS [illegible]

25./26.2.78: „Hansa"-Bande unter Polizeischutz

Für das Wochenende 25./26.2.78 hatten sich die „Hansa"-Nazis und ihre NSDAP-Freunde aus anderen Teilen der BRD gleich die Durchführung zweier Provokationen vorgenommen:

Für Samstag, den 25.2. kündigten sie die Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung der „ANS" in Hamburg an, sozusagen als „Ersatzveranstaltung" für die am 19.2. ausgefallene. In der Vorbereitung ging die Bande in der üblichen Frechheit vor: Interessierte Journalisten wurden über Ort, Zeit etc. auf dem Laufenden gehalten, nachdem die Veranstaltung auf der Pressekonferenz vom 21.2.78 angekündigt worden war.

Für Sonntag, den 26.2. hatte der berüchtigte Antisemit und Nazi-Provokateur Thies Christophersen in seiner „Bauernschaft" die Durchführung eines „Lesertreffens" angekündigt, dessen Teilnehmer durch spezielle Einladungen auf den Kreis der engsten „Freunde" beschränkt wurde. Wie bekannt wurde, sollte das Treffen ursprünglich im „Segelclub an der Alster" stattfinden. Starredner des Treffens: Karl Heinz Hoffmann zum Thema „Wehrsport heute".

Es war damit jedermann, der sich mit diesen Leuten berufsmäßig, wie z.B. der Verfassungsschutz, beschäftigt, klar, daß sich an diesem Wochenende die „Hansa"-Bande und die übrigen seit langen bekannten NSDAP-Verherrlicher der BRD in Hamburg treffen würden, um über den Aufbau einer neuen „NSDAP" zu beraten und mit der öffentlichen Durchführung solcher Veranstaltung zu provozieren. Es war klar, daß allein die Zusammenrottung dieser Leute ein krimineller Akt sein würde — ganz zu schweigen von evtl. Gewalttaten, die erwartungsgemäß von ihnen ausgehen würden.

Gegen beide Veranstaltungen wurde in der Hamburger Öffentlichkeit starker Protest erhoben und das Verbot beider Veranstaltungen — auch gerichtlich — gefordert. Neben unseren eigenen Anstrengungen sind uns Verbotsforderungen der VAN (Hamburg), der Landesjugendringes, sowie Initiativen des jüdischen Antifaschisten Arl Goral bekannt. Er informierte die Fraktionen der Bürgerschaft. Wie schon am 26.11.77, kam es auch diesmal am Rande der Bürgerschaftssitzung am Mittwoch, dem 22.2. zu Beratungen. Trotz der eindeutig zu erwartenden kriminellen Delikte, trotz des öffentlichen Protestes, trotz Versprechungen einzelner Bürgerschaftsabgeordneter entschieden Bürgermeister Klose und sein Innensenator Staak: Die „ANS"-Veranstaltung am Samstag werde verboten; die eindeutig als „Ersatzveranstaltung" zu erwartende Christophersen-NSDAP-Veranstaltung am nächsten Tag dagegen wurde nicht nur nicht verboten, sondern ihre Durchführung mit massivem Polizei-Einsatz gegen demokratischen Protest von mehr als 800 Menschen durchgesetzt, und dabei insbesondere bekannten Mitgliedern der „Hansa"-Bande der Weg freigeknüppelt!

Senatspressestelle betreibt öffentliche Irreführung

Nachdem er über seine „Gäste" seitens engagierter Demokraten informiert worden war, hatte der Wirt des „Segelclubs" die Räume für die Veranstaltung gekündigt. Obwohl ganz klar war, daß nach den Erfahrungen mit derartigen Provokationen Ersatzräume seitens der Faschisten längst angemietet waren, ließ der Senat am Freitag die Meldung verbreiten, derzufolge jeder nicht (intim) informierte zu dem Schluß kommen mußte, beide Veranstaltung *„können nicht stattfinden"*... So zumindest lautete der Schlußsatz einer dpa-Meldung, die am Freitag verbreitet wurde. Zu diesem Zeitpunkt war aber das Ausweichlokal Christopher-

---

sinngemäße Wiedergabe der über NDR II verbreiteten Meldung:

Zwei von Neonazis geplante Veranstaltungen in Hamburg *„können nicht stattfinden"*. Die von der ANS für den 25.2.78 geplante Veranstaltung *„ist verboten"*. Die ANS ist eine rechtradikale Gruppe unter der Leitung von Michael Kühnen, ehemaliger Leutnant der Bundeswehr, die antisemitische und nazistische Propaganda betreibt.

Eine weitere für dieses Wochenende geplante Veranstaltung *„muß ausfallen"*, da der Wirt des geplanten Veranstaltungsortes die Räume gekündigt hat.



Organ der „Bürger- und Bauerninitiative e.V."

DIE BAUERNSCHAFT: Chefredakteur Thies Christophersen, Agrarjournalist, Krämersteen, 2341 Mohrkirch, Tel. 04646/888.
Druck und Verlag: KRITIK-Verlag 2341 Mohrkirch.

KRITIK-Verlag, 2341 Mohrkirch

EINLADUNG

zu einem Freundestreffen der BAUERNSCHAFT am Sonntag den 26. Febr. 1978 in Hamburg, an der Alster 47 a "Segelclub Hamburg" um 10.oo Uhr

Tagungsfolge:

10.oo Uhr Begrüßung, Einleitung: T. Christophersen

10.30 Uhr "Der Wind schlägt um" Gedichtsvortrag Renate Schütte

11.oo Uhr "Ick will blot dat Recht hemm min Meenung to seggen". Plattdeutsche Geschichten von Thies Christophersen

11.45 Uhr "Warum Wehrsport?" Karl-Heinz Hoffman, Heroldsberg

12.3o Uhr Beantwortung von Fragen durch die Redner

Mittagessen im Lokal möglich - Unkostenbeitrag freiwillig
Gäste können eingeführt werden. Anmeldung erwünscht.

gez. Thies Christophersen

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
BEHÖRDE FÜR INNERES

DER SENATOR

G.-Z. - A 23 -
(Bei Beantwortung bitte angeben)

Hamburg, 13. März 1978
Fernsprecher 24825) 879
Behördennetz 9.54)
Postanschrift: 2000 Hamburg 1, Johanniswall 4

An den
Vorstand des
Vereinigung der Antifaschisten
und Verfolgten des Naziregimes e.V.
Simon-von-Utrecht-Straße 4 d

2000 Hamburg 4

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihr Schreiben vom 23.2.1978 habe ich mit großem Interesse gelesen.

Aus der Presse haben Sie inzwischen sicherlich erfahren, daß die in den Räumen des "Hamburger Segel-Club" geplante Veranstaltung der "Bauernschaft für Recht und Gerechtigkeit" in der Gaststätte "Lindenpark" in Hamburg-Lurup durchgeführt wurde, nachdem der Pächter des Clubhauses vom Nutzungsvertrag zurückgetreten war.

Für alle Versammlungen gilt die im Grundgesetz garantierte Versammlungsfreiheit. Daraus folgt, daß Versammlungen in geschlossenen Räumen nur verboten oder aufgelöst werden dürfen, wenn einer der im Gesetz angeführten Gründe vorliegt. Das war hier eindeutig nicht der Fall.

Ihre Anregung konnte ich daher nicht aufgreifen.

Hochachtungsvoll
Werner Staak
Werner Staak

sens, der „Lindenpark" in Lurup jedem Gutwilligen längst bekannt.

Darüber hinaus ließ Innensenator Staak über Radio noch verbreiten, er habe *„die benachbarten Bundesländer informiert (habe), um eventuelle Ersatzveranstaltungen außerhalb Hamburgs zu verhindern."*

Diese eindeutig falschen Nachrichten können nur den Zweck gehabt haben, die öffentliche Wachsamkeit einzuschläfern.

25.2.78: „ANS"-Veranstaltung – Die Polizei greift nicht ein

Nach „bewährter" Taktik hatte die „ANS" als Treffpunkt die Kneipe „Egerländer" in St. Georg einigen Journalisten genannt. Von dort ging es dann nach Buchholz, wo ca 16 Personen sich versammelt hatten.

„Geschmückt" war der Raum mit der „KDS" – sowie der stilisierten Hakenkreuzfahne der „ANS".

Starredner war Erwin Schönborn, der vor allem über seinen „Kampf" gegen die „Vergasungslüge" berichtete. Michael Kühnen stellte in seinem Beitrag noch einmal die Forderungen der ANS dar. **Als Leitlinien für ihr Auftreten gab er aus: Es gebe so viele junge Leute, die die Ideen des Nationalsozialismus gut fänden, die sich aber abschrecken ließen durch die Argumente, Hitler habe den Krieg angefangen und er hätte die Juden vergast.**

Es werde darauf ankommen, insbesondere gegen diese beiden Argumente Zweifel zu schüren.

Über das Stattfinden dieser Versammlung wurde sowohl umgehend der Hamburger Staatsschutz, verschiedene Abgeordnete, als auch die Buchholzer Polizei informiert. Während der Staatsschutz zur Auskunft gab, der zuständige und wachhabende Beamte (Herr Möller) befände sich gerade auf einem Einsatz, lehnte es die Buchholzer Polizei strikt ab, tätig zu werden. Sie sei gewarnt, daß in Buchholz Sammelpunkt für AKW-Gegner sei, die aus Hannover von einer Demonstration zurückkämen. Eine Nazi-Veranstaltung in der Kneipe interessierte sie nicht.

Das war alles, was von der ländergreifenden Wachsamkeit übrigblieb, die Staak noch am Freitag verkünden ließ.

Lediglich Hoffmann wurde am Abend des 25.2.78 in der Nähe von Buchholz vorübergehend festgenommen. Vermutlich war er für einen AKW-Gegner gehalten worden.

Am Schluß der Veranstaltung sprachen sich die ANS-Mitglieder offen vor Journalisten über ihr Vorgehen am Tag drauf in Lurup ab.



Geiss, Stubbemannn, Schwarz und Worch in Buchholz, 25.2.78



Teuffert, Schönborn und Kühnen am 25.2.78 in Buchholz

26.2.78: Hamburgs Polizei knüppelt den Faschisten den Weg frei

Seit Bekanntwerden der Veranstaltung vom 26.2.78 richteten sich die Anstrengungen der Antifaschisten auf eine Mobilisierung gegen diese Provokation. Es stand zu erwarten, daß trotz kurzer Mobilisierung zum Ausweichlokal „Lindenpark" doch eine erhebliche Anzahl von Demonstranten kommen würde.

Die Polizei hatte sich — allen „antifaschistischen" Beteuerungen zuvor zum Trotz — darauf vorbereitet, auf keinen Fall einen antifaschistischen Erfolg wie am 15. Mai 1977 bei der Besetzung des Curiohauses zuzulassen.

In der Nacht waren Absperrgitter angefahren und in den frühen Morgenstunden massive Polizeikräfte zusammengezogen worden; Streifenwagen patroullierten um das Lokal.

Schon die ersten Demonstranten waren mit einer Absperrung des Lokals konfrontiert. Gegen 10 Uhr schon wurden die Zufahrtsstraßen Kilometer vorher aus Richtung Innenstadt abgesperrt. Später kommende mußten große Umwege machen.

Dennoch waren ca. um 10.15 Uhr schon 4 - 500 Demonstranten anwesend, die einen dichten Ring um die sehr eng gezogene Absperrung bildeten (Später wuchs ihre Zahl auf ca. 800 an, denen ca. 50 Nazis und mindestens 300 Polizisten entgegenstanden).

Zu diesem Zeitpunkt erweiterte die Polizei die Absperrung auf die gesamte Straßenbreite und spaltete dadurch die Antifaschisten in zwei Blöcke. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich erst ca. zehn Faschisten im Lokal, unter ihnen Christophersen, der schon vor dem Eintreffen der ersten Demonstranten dort war. Nazis, die versuchten, einzeln durch die Absperrung zu gelangen, wurden fast immer abgeschlagen, wobei die besonders militanten auch mal einige Hiebe abbekamen und teilweise ihr Propagandamaterial „verloren". Die Polizei nutzte immer wieder derartige Rangeleien zu provokativen Vorstößen, bei denen es zu den wenigen ernsthafteren Verletzungen (Hundebisse) kam. Bei einem dieser Übergriffe wurde auch ein Demonstrant festgenommen; andere sahen sich plötzlich einer gezogenen Pistole gegenüber (siehe Augenzeugenbericht).

Die Agitation wird aufgenommen

Von Anfang an wurde von den Demonstranten, die leider nur über

---

NIE WIEDER FASCHISMUS - NIE WIEDER KRIEG
==

Bürger Hamburgs,

Wir haben uns hier versammelt, um eine Provokation von Nazis zu verhindern: Zu dieser Provokation, die um 10.30 in der Geaststätte LINDENPARK beginnen sollte, haben die bekanntesten Neonazis der Bundesrepublik aufgerufen, die auch sämtlich hier anwesend sind:

Thies Christophersen: SS-Wachtmann im KZ Auschwitz, Organisator der heutigen Provokation; er behauptet von sich: "Ich bin kein Demokrat - ich bin Rassist"
Über die KZ-Greuel in Auschwitz verbreitet er bis heute ungestraft: "Mir fiel auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren....Auch an Schönheitspflege fehlte es nicht: Ich habe während meiner Zeit nicht die geringsten Anzeichen von Massenvergasungen bemerkt...."

Erwin Schönborn, "Kampfbund Deutscher Soldaten"; Verfasser verschiedener antisemitischer Hetzschriften und Organisator sogenannter "Auschwitzkongresse". U. a. hat er ein Flugblatt verfaßt, in dem er "50 000.-- DM für einen nachgewiesenen Fall von Judenvergasung" als "Prämie" aussetzt.

Karl-Heinz Hoffmann: Chef der berüchtigten SA-ähnlichen "Wehrsportgruppe aus Nürnberg; wegen schwerer Körperverletzung zu 8 Monaten mit Bewährung verurteilt; er betreibt offen Söldnerwerbung für das rhodesische Rassistenregime. Von ihm stammt der Satz: "Dieser ganze uferlose Parlamentarismus muß weg!".

Manfred Roeder, Chef der "Deutschen Bürgerinitiative"; vor drei Monaten zu 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt wegen Volksverhetzung und noch immer auf freiem Fuß.

Hinzu kommt die Hamburger "Hakenkreuzschmiererbande", die seit ca. einem Jahr N einem Jahr Naziflugblätter verteilt (Kauft nicht bei Juden, Rotftont verrecke usw.), jüdische Mitbürger terrorisiert und in den letzten Wochen verschiedene Wahlveranstaltungen von SPD und FDP massiv gestört hat. Erst gestern durfte diese Bande trotz Verbot unter den Augen der Polizei eine erneute Veranstaltung in Buchholz durchführen.

Wir, Antifaschisten, Demokraten, AKW-Gegner, Gewerkschafter, haben uns zu dieser Protestaktion entschlossen, weil wir der Ansicht sind, daß derartige Faschisten kein Recht haben, öffentlich aufzutreten. Vielmehr sind wir der Ansicht, daß die Veranwortlichen für den heutigen Faschistenaufmarsch längst hinter Gitter gehören, u.a. wegen :
- Volksverhetzung
- Anstacheln zum Angriffskrieg
- Söldnerwebung
- Anstachelung zum Rassenhaß
- Fortführung der verbotenen NSDAP

Ungeachtet dieser Tatsachen müssen wir es hier erleben, daß die Hamburger Polizei diese Zusammenrottung schützt und androht, gewaltsam gegen Antifaschisten vorzugehen.

Wir fordern: VERBOT DIESER UND ALLER WEITEREN NAZIVERANSTALTUNGEN IN HAMBURG

26.2.78 V.i.S.d.P.: Peter Kottmeier , Pastor

Dieses Flugblatt entstand auf Initiative eines örtlichen Pastors und wurde während der Aktion verteilt und von den Anwohnern und Passanten gern gelesen. Auch in anderen Fragen (Toilettenbenutzung, Telefonbenutzung) trafen die Demonstranten auf viel Sympathie.

Speziell in den beiden örtlichen Gemeinden hatte das Flugblatt (aus Kirchenmitteln finnaziert!) erfreuliche Konsequenzen: Es wurde ein antifaschistischer Arbeitskreis eingerichtet, der schon bald eine erste Veranstaltung abhielt.

Der Faschist Schönborn seinerseits hatte die Frechheit, gegen den presserechtlich verantwortlichen Pastor eine Anzeige zu erstatten!

ein Megaphon verfügten, eine antifaschistische Aufklärungsarbeit betrieben. Es wurde bekanntgemacht, wer sich da treffen wollte; es wurde über das Verhalten des Senats gegenüber der „Hansa"-Bande berichtet usw. Bei einzelnen Polizisten war angesichts der vorgetragenen Tatsachen zu merken, daß sie sehr aufmerksam zuhörten und wohl zum ersten Mal korrekt über den politischen Stellenwert ihres Einsatzes unterrichtet wurden. Insbesondere breitete sich unter ihnen eine gewisse Unruhe aus, als sich das Gerücht verbreitete, der verurteilte R o e d e r sei anwesend.

Um den „Ort des Geschehens" herum hatten sich mittlerweile recht viele Passanten eingefunden. Auf Initiative eines örtlichen Pastors ist ein Flugblatt erstellt worden, das mit Interesse aufgenommen wurde. Die Anwohner zeigten teilweise offene Sympathie für die Demonstranten, nachdem zuerst die bewährte „Brokdorf-Ausrüstung" vieler abschreckend gewirkt haben mag.

Die Nazis werden eingeschleust

Gegen 10.30 hatten sich auf der Nordseite der Absperrung und in gehörigem Abstand die Nazis unter Polizeischutz versammelt und berieten, wie sie in das Lokal gelangen könnten.

Die Polizei verfuhr dabei zweigleisig: Während sie immer wieder auf Umwegen über die rückwärtigen Felder einzelne Faschisten in das Lokal eskortierte (so Hoffmann und drei Gefolgsleute), drohte sie mit einem massiven Aufgebot, die Demonstration durch einen Knüppeleinsatz aufzulösen.

So richtete sich die Aufmerksamkeit der Antifaschisten auf die Abwehr dieses drohenden Angriffs und es gelang der Polizei immer wieder, einzelne Nazis am schwächsten Punkt der Absperrung durchzuschleusen. Die dort anwesenden DKP- und VAN-Mitglieder öffneten freiwillig die Absperrung und standen regelrecht Spalier, wenn die Nazi-Gruppen ankamen.

Das „Einschleusen" funktionierte in bester Eintracht von Polizei und Nazis: Die Nazis riefen im Lokal an und gaben dem dortigen Einsatzleiter eine exakte Personenbeschreibung, nach der dieser dann jeweils einige Beamte abstellte, die die Eskorte bildeten.

Die Verhandlungen mit der Polizei

Trotz dieser Taktik waren auch gegen 11.30 nur ca. die Hälfte der Faschisten in das Lokal gelangt; u.a. die „Hansa"-Bande und Schönborn befanden sich noch außerhalb der Absperrung.

Die ganze Zeit seit 10.45 über stan-

Fortsetzung auf Seite 53



Kurz nach 10.00 Uhr wollte ein älterer Mann sich den Zutritt zum „Lindenpark" durch die Reihen der Antifaschisten erzwingen. Mit faschistischen Sprüchen, Fußtritten und energischen Schlägen ging er gegen die geschlossene Reihe vor. Als er durch beschwichtigende Worte nicht zum Umkehren bewegt werden konnte, sondern weiter um sich schlug, entlud sich die Wut einiger Antifaschisten auf ihn; u.a. bekam er einen Schlag über den Kopf: erst ca. eine viertel Stunde danach sackte er zusammen (übrigens tauchte er gegen 15°° wieder in der Kneipe auf). Als zwei Antifaschisten ihn zur Polizei geleiteten, um ihn ärztlich versorgen zu lassen, versuchte der Beamte, die beteiligte Frau festzunehmen. Durch den beherzten Eingriff wurde dies verhindert. In dieser Situation zog der Polizist die Pistole und richtete sie gegen die zurückgehenden Antifaschisten.

Augenzeugenbericht eines Betroffenen

(redaktionell überarbeitet)

Ein *Faschist* wollte zu seinen Kumpanen reinkommen. Wir wollten ihn nicht reinlassen und haben ihn aufgefordert, nach Hause zu gehen zu seiner Frau; die warte mit dem Essen.

Er hat doch versucht reinzukommen und da hat er was auf den Kopf bekommen. Er hat nur etwas doof gegukt und sich hingesetzt. Wir haben ihn noch mehrmals aufgefordert, doch zur Polizei „deinem Freund und Helfer" zu gehen; er aber wollte nicht ohne Tasche weggehen. In der Tasche war nichts wichtiges, allerdings seine Medikamente.

Das Gejammere wurde mir zu bunt und ich habe ihn mir geschnappt und eine Genossin um Hilfe gebeten, da er mir zu schwer war. Schließlich können wir doch niemand, auch wenn's ein Faschist ist, einfach liegen lassen und bluten. Wir brachten ihn zur Polizei rüber und forderten die Beamten auf, einen Krankenwagen zu holen. Er aber packte das Mädchen am Arm und wollte sie festnehmen, worauf andere ankamen und halfen. Dem Polizisten paßte das nicht und er zog die Pistole (er hatte Schwierigkeiten beim Ziehen). Kurze Zeit richtete er die Waffe gegen mich und ich habe nur darauf gewartet, daß er schoß (ich war schon ein Stück weg). Dann richtete er die Waffe auf andere und ich lief weg. Wenn er mich erwischt hätte, wäre ich weg vom Fenster, d.h. ich wäre wieder ins Heim gekommen. Ich war sechs Jahre im Heim und wenn mich die Polizei erwischt, komm ich sicher nach *Hütten* (Aufnahme und Durchgangsheim). Meiner Mutter hätten sie wohl das Sorgerecht entzogen und ich wäre wohl in ein geschlossenes Heim gekommen.

Ein 14jähriger Schüler

Bericht über die Behinderung der Pressearbeit

Schon während der Anfahrt zum Lindenpark wurde der Fotograf Günter Zint von der Polizei behindert und durfte nicht auf direktem Weg — trotz Presseausweis — zum „Lindenpark" fahren.

Über Polizeifunk wurde nach dieser ersten Kontrolle die Weisung gegeben, einen s i l b e r g r a u e n Wagen nicht durchzulassen; tatsächlich ist der Wagen Zints m a t t g r a u. Als Zint dann von der Ecke Elbgaustraße aus zum „Lindenpark" wollte, wurde er — im Gegensatz zu seinen Kollegen von NDR, ZDF, Bayrischen Rundfunk, „Morgenpost", dpa, „Bild" und anderen freiberuflichen Journalisten — nicht durchgelassen.

In diesem Moment ereignete sich der Zwischenfall, daß ein Polizist die Pistole zog. Zint, der daneben stand und diese Szene fotografieren wollte, wurde dies untersagt. Wenige Minuten später allerdings, als der verletzte Faschist am Boden lag, wurde dann Zint massiv genötigt, diese Szene aufzunehmen.

Forts. von Seite 52, 1. Spalte

den die Antifaschisten unter der Androhung, gleich unter Anwendung von Wasserwerfern, Hunden und Knüppeln auseinandergetrieben zu werden. Über die gesamte Straßenbreite war eine Reihe von voll ausgerüsteten Polizisten angetreten. Innerhalb der Absperrung wurden alle Anstalten getroffen, diese so umzubauen, damit die gesamte Demonstration in Richtung Innenstadt getrieben werden könne.

Von Seiten der Einsatzleitung wurde gefordert, die Demonstranten sollten sich „freiwillig" auf die eine Seite zurückziehen. Nach öffentlich geführter Diskussion wurde das von beiden Blöcken zurückgewiesen.

Die Antwort der Polizei: Knüppel frei für die NSDAP

Den Höhepunkt bildete gegen 12.00 Uhr die Entscheidung der Einsatzleitung, auch die stadtbekannten Schläger der „Hansa"-Bande, die in voller Montur angetreten war, ins Lokal zu bringen.

Ca. 20 Personen der Bande hatten sich vor der Absperrung gesammelt. Ganz offensichtlich war dem innerhalb der Absperrung diensthabenden Offizier selbst nicht ganz wohl bei dem Gedanken, diese „NSDAP"-Gruppe beschützen zu müssen. Er vergewisserte sich zuerst bei seinen Vorgesetzten und der Einsatzleitung durch die deutlich hörbare Frage: *„Die auch?"* Die Entscheidung wurde nicht sofort getroffen — offenbar wurde auch dort noch „diskutiert". Währenddessen drängten immer mehr Antifaschisten auf die Bande zu und hätten ihr ohne Zweifel gehörig die Meinung „gegeigt". In dieser Situation wurde der Einsatzbefehl gegeben. Ca. 20 Polizisten knüppelten von hinten auf die Antifaschisten ein, öffneten mit Hunden, Chemical Mace und Knüppeln eine Gasse und geleiteten die Nazis ins Lokal. Dabei geriet ein Nazi zwischen antifaschistische Fäuste und wurde gehörig verprügelt, ein weiterer wurde von einem offensichtlich antifaschistischen Polizeihund gebissen.

Abmarsch und Kundgebung

Mit diesem Knüppeleinsatz der Polizei auf der Seite der „NSDAP" war klargeworden: Der Senat w o l l t e diese Nazi-Zusammenrottung stattfinden lassen. Allen seinen „antifaschistischen" Sprüchen zum Trotz ließ er ca. 300 Polizisten aufmarschieren, um den Nazis ihr Treffen zu ermöglichen, anstatt es zu verbieten und gegen die Verantwortlichen gerichtlich vorzugehen.

Damit hat der Hamburger Senat einen enormen Schritt dahin getan, entgegen allen Gesetzen und antifaschistischen Übereinkünften nach 1945 die Zulassung einer neuen Nazi-Partei zu ermöglichen.

In Einschätzung, daß ein weiteres Verbleiben ohne politischen Nutzen sein würde, beschlossen die Antifaschisten mit großer Mehrheit, nun abzumarschieren und nach einer kurzen Demonstration eine Schlußkundgebung abzuhalten. Diesem Beschluß vorwiegend DKP- und VAN-Anhänger, alle — nicht ohne vorher die Helme abzunehmen, da man jetzt keine Prügelei mehr erwartete.

Auf der Schlußkundgebung kamen noch einmal verschiedene Sprecher zu Wort, die die Notwendigkeit weiterer antifaschistischer Aktivitäten betonten: Ein Jungdemokrat, ein Vertreter des KB, ein Pastor der örtlichen Gemeinde sowie Wolf Biermann, der mit seinem Lied vom „Sympathisantensack" die Kundgebung abschloß.

Die Nazi-Veranstaltung selbst

Für die NSDAP-Propagandisten und die „Hansa"-Bande war es offenbar Erfolg genug, daß sich erstmalig seit Jahrzehnten eine offene „NSDAP"-Nachfolgeorganisation unter dem ausdrücklichen Schutz der Polizei treffen konnte und damit vom Hamburger Senat ihre Salonfähigkeit bescheinigt bekam.

Ganz offensichtlich wollten die Nazi-Veranstalter deshalb ihren Erfolg nicht durch allzu forsches Auftreten in der Veranstaltung selbst verhindern. Im Gegensatz zum angekündigten Programm („Wehrsport warum?") und im Gegensatz zu dem üblichen Ablauf der sonst von diesem Personenkreis durchgeführten öffentlichen provokatorischen Bekenntnisse zu Hitler, dem „3. Reich", antisemitischer Hetze etc. blieb die Veranstaltung selbst derart langweilig, daß die militanteren Aktivisten, z.B. der „Hansa"-Bande schon nach kurzer Zeit den Saal verließen und auf der Straße nach Gelegenheit Ausschau hielten, noch einmal auf Antifaschisten einzuprügeln.

„Zusammenschlagen, bis das Blut aus den Ohren kommt..." — das waren die Sprüche, die da zu hören waren.



Vorsicht Hunde!

Gleich zweimal setzte die Polizei bei nichtigen Anlässen Hunde ein. Der erste Zwischenfall ereignete sich ziemlich am Anfang der Aktion, als drei Faschisten mit der frechen Behauptung, sie seien gar keine, das Nazi-Hetzmaterial in Koffern ins Lokal tragen wollten. Als ein Faschist hinfiel und der Koffer sich öffnete eilte ein Hundeführer mit Hund hinzu und bahnte den Nazis eine Gasse.

Ein Demonstrant, der noch versuchte, dem Nazi eine mitzugeben, wurde von dem Polizisten gepackt, worauf der Hund dem Antifaschisten ins Handgelenk biß.

Im allgemeinen Getümmel bekam auch der Polizist einen Schlag über den Schädel und sein Gefangener konnte entkommen. Die Verletzung des Beamten erwies sich nach ersten Gerüchten (Schädelbruch) als harmlos: Er weigerte sich sogar, nach Hause zu gehen.

Noch ein weiteres Mal kam es zu einem Hundeeinsatz, als Rohwers Bande durch Polizisten eine Gasse freigeprügelt bekam: Doch hierbei war ein offensichtlich antifaschistischer Polizeihund am Werk: Er biß einen Faschisten — Sauber!



Polizei ermöglicht der „Hansa"-Bande den Zugang zum Lokal

Die „Hansa"–Bande in Lurup

Hoffmann (links) schleicht sich mit vier Mitgliedern seiner Bande unter der persönlichen Deckung eines Einsatzleiters in das Lokal.

Presse-Echo

Mit geringen Abstufungen war am Montag die gesamte Presse voll von dem Märchen, die Polizei habe ein Blutbad zwischen Links- und Rechtsextremisten verhindert.

Schon am Sonntag selbst hatte der Rundfunk ähnliches über eine stundenlange „Schlacht" verbreitet. Allein die Tagesschau soll sich etwas aus diesem Bild herausheben. Keine Rede allerdings ist am Montag von den Teilnehmern der Nazi-Veranstaltung, selbst jeder Hinweis auf den in Hamburg besonders bekannten Christophersen fehlt.

Die Verteufelung der Antifaschisten als im Grunde genommen ebensolche „Extremisten" wie die Nazis wäre in dem Moment, wo inhaltlich über den Nazi-Aufmarsch berichtet worden wäre, eben nicht mehr *„an den Mann zu bringen"* gewesen.

„Tagesspiegel" 27.2.78

Zusammenstöße bei Treffen von Rechtsextremisten

Hamburg (dpa). Bei schweren Auseinandersetzungen zwischen linksgerichteten Demonstranten und Rechtsextremisten hat es am Sonntag in Hamburg-Lurup Verletzte auf beiden Seiten sowie auch bei der Polizei gegeben. Ausgangspunkt war nach Angaben der Polizei eine geplante Zusammenkunft von etwa 20 zum Teil uniformierten Rechtsextremisten in einer Gaststätte. Zwischen 300 und 500 Gegendemonstranten wollten dieses Treffen verhindern. Polizeikräfte schlugen sich immer wieder zwischen die feindlichen Gruppen, um sie zu trennen. Nach etwa vierstündigen Handgreiflichkeiten hielten die Rechten ihre Zusammenkunft ab. Die Gegendemonstranten hielten unter freiem Himmel eine Kundgebung ab, an der auch der aus der DDR ausgebürgerte Liedermacher Wolf Biermann teilnahm.

„Welt" 27.2.78

Polizei verhindert Blutbad

HAMBURG, 26. Februar (dpa). Schwere Auseinandersetzungen zwischen meist linksgerichteten Demonstranten und Rechtsextremisten sowie das Eingreifen der Polizei haben am Sonntag in Hamburg-Lurup Verletzte auf allen Seiten gefordert. Ausgangspunkt war nach Angaben der Kripo eine geplante Zusammenkunft von etwa 20 zum Teil uniformierten Rechtsextremisten in einer Gaststätte. Zwischen 300 und 500 Gegendemonstranten wollten dieses Treffen verhindern. Über Megaphon warnten sie außerdem vor „NS-Gefahren der Gegenwart".

Polizeikräfte schlugen sich immer wieder zwischen die feindlichen Gruppen, „um ein Blutbad zu verhindern", wie ein Kriposprecher betonte.

Hamburg. (dpa) Schwere Auseinandersetzungen (Foto) zwischen linksgerichteten Demonstranten und Rechtsextremisten haben am Sonntag in Hamburg Verletzte auf allen Seiten gefordert. Ausgangspunkt war eine geplante Zusammenkunft von etwa 20 zum Teil uniformierten Rechtsextremisten in einer Gaststätte. Zwischen 300 und 500 linke Gegendemonstranten wollten dieses Treffen verhindern.

Polizeikräfte schlugen sich immer wieder zwischen die feindlichen Gruppen, „um ein Blutbad zu verhindern", wie ein Kripossprecher betonte. Mehrere Polizisten erlitten leichte Verletzungen. Ein Rechtsradikaler wurde von Demonstranten zusammengeschlagen, auf der Gegenseite wurde ein junger Mann von einem Polizeihund gebissen.

Die vierstündigen Handgreiflichkeiten endeten mit der Zusammenkunft der Rechten. Gleichzeitig hielten die Gegendemonstranten unter freiem Himmel eine Kundgebung ab, an der auch der aus der DDR ausgebürgerte Liedermacher Wolf Biermann teilnahm.

„Bonner Rundschau" 27.2.78



[V]ERLETZTE auf beiden Seiten gab es bei tätlichen Auseinandersetzungen zwischen linksgerichteten Demonstranten und Rechtsextremisten im Hamburger Stadtteil Lurup; auch Polizisten wur[de]n in Mitleidenschaft gezogen. Funkbild: dpa

„SZ" 27.2.78

Gegendarstellung

„BILD" behauptete in der Ausgabe vom 27. 2. 1978 unter der Überschrift „300 Polizisten verhinderten ein Blutbad", daß am 26. 2. 1978 im Lokal „Lindenpark" die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (mit NS-Symbolen und schwarzen Uniformen) getagt habe. Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß dort die von mir geleitete „Bauernschaft" getagt hat und keiner der Teilnehmer NS-Symbole getragen hat.

Mohrkirch, den 1. 3. 1978
Thies Christophersen

BILD ist laut Gesetz zum Abdruck der Gegendarstellung verpflichtet, unabhängig davon, ob der Inhalt wahr oder unwahr ist.

„Bild" 25.2.78

Der Innensenator meldet sich zu Wort

Der Polizeieinsatz von Lurup war über einen „heißen Draht" ständig mit dem zuständigen Innensenator Staak abgsprochen. In den Tagen darauf meldete sich Staak dann gleich mehrer Male zu Wort. Doch im Verlauf seiner Äußerungen vollzieht sich ein „bemerkenswerter Wandel". So hieß es am Montag noch: *„Die Neonazis können unsere Demokratie nicht erschüttern. Wir werden die Aktivitäten dieser winzig kleinen Splittergruppe verstärkt beochachten."*

Am Dienstag, 28.2.78, veröffentlicht die staatliche Pressestelle dann eine Meldung, in der es heißt: *„Die Polizei hat Anhaltspunkte dafür, daß Teile der neuen Nazis — ähnlich wie die Terroristen — ihre Ausrüstung mit Geldern bezahlen, die aus Banküberfällen stammen. Wegen weiterer Gewalttaten wird noch ermittelt."* Am 1.3.78 schließlich ist aus der *„winzig kleinen Splittergruppe"* dann *„eine Ansammlung von rechtsextremistischen Politrockern und Schlägern* (geworden), *die zur Durchsetzung ihrer vorgestrigen Ideologie vor keinem Mittel zurückschrecken."*

Am 2.3.78 setzt Springers Welt dem Ganzen die Krone auf: Staak habe ein *„schärferes Vorgehen gegen neonazistische und rechtsextreme Gruppen gefordert."* Nur eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze und eine völlige Ausschöpfung des vorhandenen Strafrahmens könnte verhindern, daß *„aus einzelnen Schwelbränden ein neonazistischer Flächenbrand werde."* (Welt, 2.3.78).

Man muß sich das noch einmal klar machen: Am Sonntag läßt er die Bande schützen, nachdem er zuvor die Öffentlichkeit getäuscht hat (25.2.78) und kein Verbot erlassen hat — ein paar Tage später spuckt er große Töne und mahnt, *„den Anfängen zu wehren"* (schon am Montag, 27.2.78)!

Diese Äußerungen Staaks sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß am 28.3.78 Lutz Wegener als erster von bisher 5 „Hansa"-Faschisten wegen seiner Beteiligung am Waffenraub von Bergen-Hohne verhaftet wurde. Tatsächlich müssen die Verdachtsmomente gegen diese 5 schon länger vorhanden gewesen sein; bei genauem Hinsehen machen die Umstände der jetzt erfolgten Verhaftungen den Skandal vom 26.2.78 noch größer: Hamburgs Polizei knüppelte den Weg für eine von ihr schon längst verdächtigte kriminelle Nazi-Terror-Bande frei.

Staak: Neo-Nazis überfallen Banken

MORGENPOST sprach mit dem Innensenator

scho Hamburg — „Die Polizei hat Anhaltspunkt dafür, daß Teile der neuen Nazis — ähnlich wie die Terroristen — ihre Ausrüstung mit Geldern bezahlen, die aus Banküberfällen stammen." Das erklärte Hamburgs Innensenator Werner Staak (SPD) der MORGENPOST.



Werner Staak

Staak bezeichnete die „jungen Neonazis" als „Provokateure ohne Theorie, die für ihren Aktionismus öffentliche Aufmerksamkeit suchen".

Eine in Hamburg agierende Gruppe, so Staak weiter, trete seit dem Frühjahr 1977 mit weniger als 20 Anhängern wechselweise unter den Namen „NSDAP-Gau Hamburg", „SA-Sturm 8. Mai" und „Freizeitverein Hansa" auf.

Unter der Bezeichnung „Aktionsfront nationaler Sozialisten" (ANS) wolle die Gruppe an der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft teilnehmen.

Staak: „Sie ist eine Ansammlung von rechtsextremistischen Polit-Rockern und Schlägern, die zur Durchsetzung ihrer vorgestrigen Ideologie vor keinem Mittel zurückschrecken."

Trotz ihrer zahlenmäßigen Unbedeutsamkeit sei es den Neo-Nazis in den letzten Monaten gelungen, publizistisch auf sich aufmerksam zu machen.

Staak: „Verantwortliche Redakteure müssen wissen, daß dies die Strategie der Neo-Nazis ist: Auf die Aktion aufmerksam machen, sie mit Hilfe der Medien zu multiplizieren und ihrer ‚Bewegung' damit ein scheinbares Gewicht zu geben, das sie ohne die Medien niemals erreichen könnten.

Dieses Konzept der Selbstdarstellung muß von uns allen durchkreuzt werden."

„Mopo", 1.3.78

Geld der Neonazis aus Banküberfällen?

dpa, **Hamburg**

Ein schärferes Vorgehen gegen neonazistische und rechtsextreme Gruppen in der Bundesrepublik hat Hamburgs Innensenator Werner Staak (SPD) gefordert. Im SPD-Pressedienst schrieb Staak gestern, nur eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze und eine volle Ausschöpfung des vorhandenen Strafrahmens könnte verhindern, daß „aus einzelnen Schwelbränden ein neonazistischer Flächenbrand" werde. Die Demokratie werde unglaubwürdig, wenn sie mit Recht der Gewaltverherrlichung und Gewaltanwendung linksextremistischer Terroristen und ihrer Unterstützer entschieden entgegentrete, der geistigen Wegbereitung von Gewaltglorifizierung, Volksverhetzung und Rassenhaß aber tatenlos zusehe.

„Welt" 2.3.78

Rechtsradikale wollten Rudolf Hess befreien

au. **Lüneburg, 25. März**

Polizei und Staatsanwaltschaft in Lüneburg haben eine rechtsradikale Organisation ermittelt, die Rudolf Hess befreien wollte.

Auf die kriminelle „Wehrsportvereinigung" kamen die Behörden, nachdem sie den Hamburger Neofaschisten Lutz W. (20) entlarvten, der mit zwei Komplizen bei Soltau ein holländisches Manöver-Biwak überfallen und vier MPis erbeutet hatte. Die Vereinigung soll auch Banken (darunter die Haspa, Filiale Bergstedt) und reiche Privatleute überfallen haben. Fünf Rechtsradikale wurden bereits verhaftet.

„Bild" 25.3.78

Rechtsradikale Bankräuber

tö **Hamburg/Lüneburg** — Auch die Lüneburger Staatsanwaltschaft bestätigt jetzt den Verdacht des Hamburger Innensenators Staak, Rechtsradikale sind Waffendiebe und Bankräuber.

Nach Ansicht des Lüneburger Oberstaatsanwalts Dr. Reifenberg verübten Angehörige einer rechtsradikalen kriminellen Vereinigung den Überfall auf den NATO-Übungsplatz Bergen, bei dem vier Maschinenpistolen erbeutet wurden. Ein 24jähriger Stabsunter-offizier wurde unter dringendem Tatverdacht festgenommen. Außerdem richtet sich Tatverdacht gegen einen 20jährigen Fotografen aus Hamburg.

„Mopo" 11.3.78

Umschau am Abend NDR II 27.2.1978
R. Brüggemann

B. Gestern Vormittag kam es in Lurup zu Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der Aktionsfront Nationaler Sozialisten, der Deutschen Bauernschaft, der sog. Wehrsportgrp. Hoffmann und linken Demonstranten. Leider wurden dabei auch Polizeibeamte verletzt. Man muß sich fragen, ob diese Zusammenkünfte der Neo-Nazis Methode haben, denn im vergangenen Jahr rühmte sich zum Beispiel ein SA-Sturm Hamburg ähnlicher Aktionen. Warum wird eine Veranstaltung verboten, eine andere dagegen aber nicht??
Ortwin L. sprach darüber mit Hamburgs Innensenator Werner Staak...
L. Herr Senator Staak, mehrere Treffen von Neonazis am Wochenende, einmal eine Versammlung der Aktionsfront Nationaler Sozialisten, die haben sie verboten, dann ein Treffen der Bürger und Bauerninitiative unter Mitwirkung der berüchtigten Wehrsportgruppe Hoffmann am Sonntag. Die hat stattgefunden, diese Versammlung, mit unangenehmen Begleiterscheinungen, war dagegen nicht zu machen? Solche Versammlungen scheinen sich ja hier in HH zu häufen und sind wohl als Provokation gedacht.
S. *äe, auf diese Provokation der Neonazis haben wir entsprechend reagiert* (!!!) *in dem ersteren Falle durch Verbot, in dem zweiten Falle war die Sitzung der Bauernschaft, so war sie angemeldet, nicht als öffentliche Kundgebung deklariert, von dorther war es uns nicht möglich, ein Verbot auszusprechen.*
L. Die Polizei war ja dann in einer ziemlich mißlichen Lage..
S. *Die Polizei hatte damit zu tun, daß eine Gegendemo gegen diese Sitzung der Bauernschaft sich aufbaute und mußte hier um den Freiraum sich bemühen zwischen Demonstranten und Sitzungsteilnehmern, damit es hier also nicht zu Gewalttätigkeiten kam.*
L. Und wie würden Sie das jetzt so im nachhinein bewerten, ist das so einigermaßen glimpflich abgelaufen. Die Gegendemonstranten sind ja ganz zum Schluß nach einigen Auseinandersetzungen doch abgezogen.
S. *Die Polizei hat sich hier besonnen* (!!) *verhalten. ich muß allerdings die Übergriffe, die mit Schlagstöcken und Eisenstangen gegenüber Polizeibeamten geführt worden sind, aufs Schärfste verurteilen. Wir können nur Demonstrationen schützen, die auch friedlich angelegt sind. Wenn Gewalt von den Teilnehmern ausgeht, ist dies zu verurteilen. Und auch nicht zu rechtfertigen gegenüber den verletzten Beamten.*
L. Herr Senator Staak, diese Gruppe der Neonazis ist ja zahlenmäßig gering hier in Hamburg, allerdings zunehmend gewalttätiger. Das Problem dabei ist ja wohl nicht die große Zahl, sondern möglicherweise ein, ja, man kann vielleicht sagen, rechtes oder rechtsradikales Sympathisantenumfeld. Das Problem ist beispielsweise auch das Propagandamaterial, was in diesem Umfeld verteilt und gelesen wird. Es gibt da ja eine Fülle von Untergrund-Verlagen, die da anscheinend solches Propagandamaterial herumschicken. Wie stehen Sie dazu?
S. *Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat in den Fällen, in denen wir die Verteilung und Herstellung des Propagandamaterials der Neonazis feststellen konnten, entsprechende Verfahren eingeleitet, zum anderen kann ich nur die Bürger in Hamburg bitten, auf solche plumpen Versuche, Vergangenheit aufzuarbeiten, nicht zu reagieren und dieses zurückzuweisen. Im übrigen meine ich, daß wir mit staatlichen Mitteln den Provokationen, die hier versucht werden, in Hamburg begegnen können. Das äußere Erscheinungsbild der Neonazis ist gekennzeichnet durch Symbole, die sie offen zeigen und die NSDAP-Symbole sind. Das uniformähnliche Erscheinen* (!!) *und die zunehmende Gewalt, die von einigen dieser Gruppen ausgeht, gefällt uns nicht. Wegen Verbreitung nationalistischer Propagandaschriften sind vor der Staatsanwaltschaft eine Reihe von Verfahren anhängig. Ebenso wegen Schmierereien und Plakataktionen ist ermittelt worden, und die Staatsanwaltschaft wird in diesen Fällen tätig sein. Wir sollten diese nationalistischen Propagandawellen und die Modewelle oder Nostalgiewelle, wie sie sagen, nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Geschichte und was die Nazis an Not und Elend über unser Volk und andere Völker gebracht haben, sollte uns alle dazu bringen, daß wir hier den Anfängen wehren, das kann man an vielen Stellen eben auch gemeinsam tun...*

STAATLICHE PRESSESTELLE HAMBURG

Senator W.Staak: Dem Rechtsextremismus keine Chance

Rechtsextremistische Ausschreitungen der letzten Monate haben in den Medien eine breite Publizität gefunden. Besonders in ausländischen Zeitungen wird in großer Aufmachung über die neuen Nazis in der Bundesrepublik berichtet.

Bei allem Verständnis für die berechtigten Sorgen im In- und Ausland mußt die Größenordnung des organisierten Rechtsextremismus realistisch betrachtet werden.

1977 betrug die Zahl rechtsextremistischer Mitglieder knapp 18.000, davon 9.100 in der NPD, der noch immer stärksten Organisation des Rechtsextremismus. Damit ist diese Partei auf weniger als 1/3 ihres höchsten Mitgliederbestandes vor 9 Jahren zusammengeschmolzen.

In einem umgekehrten Verhältnis dieser Entwicklung stehen die Aktivitäten neonazistischer Gruppen. Weniger als 20 Gruppen mit zum Teil festen Organisationsstrukturen haben inzwischen insgesamt einen Anhang von 1.000 Rechtsextremisten. Der harte Kern, der Aktionen plant und Verbindungen zu gleichgesinnten Gruppen im In- und Ausland unterhält, umfaßt etwa 150 bis 180 Personen. Diese Entwicklung ist eine Folge des zunehmenden Zerfalls der Organisationen der alten Rechten, besonders der NPD. Es hat sich gezeigt, daß die neonazistischen Gruppen gerade aus den Kreisen der jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD, Zulauf erhalten haben.

Die neonazistischen Gruppen treten seit 1974 immer offener mit nazistischen Emblemen und in uniformähnlicher Kleidung auf. Konspirativ plakatieren sie die NS-Zettel und Kleinplakate der NSDAP-AO (Auslandsorganisation), die schon seit mehreren Jahren in die Bundesrepublik eingeschleust werden.

Viele Schmieraktionen, aber auch Schändungen von Gedenkstätten und Friedhöfen gehen auf das Konto dieser neuen Nazis. In Schriften, die zum Teil konspirativ herausgegeben werden, vertreten diese Rechtsextremisten zunehmend antisemitische Positionen. Hier produzieren sich insbesondere ältere Wortführer. Sie kommen vor allem aus der „Deutschen Bürgerinitiative e.V.", der „Bürger- und Bauerninitiative" und dem „Kampfbund Deutscher Soldaten".

Im Gegensatz zu diesen alten Nazis haben die zumeist jugendlichen Aktivisten keine eigene Anschauung der nazistischen Terrorherrschaft. Sie treten in einer Zeit auf, in der neue Ansätze zu einer geschichtlichen Darstellung und Wertung des Nazismus sich mit oberflächlicher publizistischer Vermarktung von NS-Themen in der Öffentlichkeit vermischen. Dieses muß uns nachdenklich stimmen. Unter dem Vorwand der Vergangenheitsbewältigung werden zweifelhafte „Dokumente" von Nazi-Verbrechern in Büchern und Schallplatten produziert. Renommierte Verlage verkaufen diese Produkte als „Aufklärung" und meinen Geschäft. Hier sind die Gerichte gefordert!

Unsere Demokratie wird unglaubwürdig, wenn sie mit Recht der Gewaltverherrlichung und Gewaltanwendung linksextremistischer Terroristen und ihrer Unterstützer entschieden entgegentritt, der geistigen Wegbereitung von Gewaltglorifizierung, Volksverhetzung und Rassenhaß aber tatenlos zusieht.

Nur eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze und eine volle Ausschöpfung des vorhandenen Strafrahmens können verhindern, daß aus einzelnen Schwelbränden ein neonazistischer „Flächenbrand" wird.

Das ersetzt nicht die Behandlung des Nationalsozialismus im Schulunterricht und die politische Auseinandersetzung mit den neuen Erscheinungsformen.

Die jungen Neonazis sind Provokateure ohne Theorie, die für ihren Aktionismus öffentliche Aufmerksamkeit suchen. Eine in Hamburg agierende NS-Gruppe mit weniger als 20 Anhängern tritt seit dem Frühjahr 1977 wechselweise unter dem Namen „NSDAP-Gau Hamburg", „SA Sturm 8. Mai" und „Freizeitverein Hansa" auf.

Unter der Bezeichnung „Aktionsfront nationaler Sozialisten" beabsichtigen die Ewig-Gestrigen an der diesjährigen Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft teilzunehmen. Sie stoßen in Hamburg in der Hamburger Bevölkerung auf krasse Ablehnung. Sie sind eine Ansammlung von rechtsextremistischen Polit-Rockern und Schlägern, die zur Propagierung und Durchsetzung ihrer vorgestrigen Ideologien vor keinem Mittel zurückschrecken.

Für die politisch Verantwortlichen stellt sich die Frage, woher diese Gruppierungen ihre finanziellen Mittel beziehen und wie ihre große Publizität zu erklären ist.

Die Polizei hat Anhaltspunkte dafür, daß Teile der neuen Nazis – ähnlich wie die Terroristen – ihre Ausrüstung mit Geldern bezahlen, die aus Banküberfällen stammen. Wegen weiterer Gewalttaten wird noch ermittelt.

Trotz ihrer zahlenmäßigen Unbedeutsamkeit ist es den Neonazis in den letzten Monaten gelungen, insbesondere mit Hilfe des Fernsehens publizistisch auf sich aufmerksam zu machen. Ein Anruf dieser Gruppen genügt, um für sogenannte „Pressekonferenzen" oder öffentliche „Auftritte" Fernsehteams eilfertig in Bewegung zu setzen.

Verantwortliche Redakteure müssen wissen, daß dies die Strategie der Neonazis ist:
– auf die Aktionen aufmerksam zu machen,
– sie mit Hilfe der Medien zu multiplizieren und
– ihrer „Bewegung" damit ein scheinbares Gewicht zu geben, daß sie ohne die Medien niemals erreichen könnten.

Dieses Konzept der Selbstdarstellung muß von uns allen durchkreuzt werden. Alle verantwortlichen Demokraten müssen verhindern, daß die Besorgnisse und Ängste im In- und Ausland über ein Wiederauferstehen der Naziideologie neue Nahrung bekommen.

Wir geben dem Rechtsextremismus keine Chance!

Neueste Entwicklung

In den Tagen nach dem 26.2.78 wurden bisher fünf Mitglieder der „Hansa"-Bande verhaftet. Sie werden beschuldigt (und sie haben teilweise gestanden),

- am 2.12.77 in Köln einen Kaufmann überfallen und Wertsachen im Wert von 65.000.– DM geraubt zu haben;
- am 19.12.78 in Hamburg-Bergstedt einen bewaffneten Banküberfall verübt zu haben (Beute: 25.000,– DM);
- am 4./5.2.78 auf dem Nato-Truppenübungsplatz Bergen-Hohne einen niederländischen Wachposten überfallen und u.a. vier Maschinenpistolen erbeutet zu haben. Hier sollen alle fünf beteiligt gewesen sein.

Bei den Tätern handelt es sich dabei um:

- **Lutz Wegener**; er hat die Beteiligung in Bergen-Hohne gestanden und wird wegen des Bankraubs verdächtigt.
- **Lothar Schulte**, ebenfalls geständig im Fall Bergen-Hohne; verdächtigt wegen Köln;
- **Uwe Rohwer**; er gab – ohne zu gestehen – die Maschinenpistolen zurück;
- **Manfred Börm**;
- **Klaus-Dieter Puls**.

(zu diesen Personen siehe auch Kapitel 1).

Nach den ersten Festnahmen kündigte die zuständige Staatsanwaltschaft Lüneburg für die nächsten Tage weitere 15 bis 20 Festnahmen an, die bis heute nicht erfolgt sind.

Konkreter Hintergrund ist dabei die Tatsache, daß diese fünf zusammen mit weiteren Bandenmitgliedern an eben diesem Wochenende eine paramilitärische Übung auf Rohwers „Wiking-Hof" in Dörpstadt/Schleswig-Holstein abgehalten haben, die fünf jetzt verhafteten Täter über Nacht weggefahren waren.

Ziel dieser Überfälle soll die Vorbereitung der bewaffneten Befreiung von Rudolf Heß aus dem alliierten Militärgefängnis in Berlin-Spandau gewesen sein.

Die jetzt bekanntgewordenen Tatsachen lassen einige Ereignisse und Erklärungen der bisherigen Entwicklung der Bande in neuem Licht erscheinen:

- So die „Ehrenwache" vor dem Haus des gerade aus dem italienischen Militärgefängnis auf bisher ungeklärte Weise „befreiten" SS-Kriegsverbrecher Kappler;
- So die Erklärung Kühnens vor Journalisten, daß sich die Bandenmitglieder in Gruppen, ähnlich der „Wehrsportgruppe Hoffmann" paramilitärisch ausbilden ließen;
- So das Ziel Schönborns und der „ANS", Rudolf Heß als „Spitzenkandidat" einer internationalen Faschisten-Liste zu den Europaparlamentswahlen 1979 zu nominieren.

Mittlerweile stapeln sich auf dem Tisch des zuständigen Staatsanwalts Reifenberg Ermittlungsakten über ähnliche, bisher ungeklärte Fälle. Insbesondere Überfälle auf Bundeswehreinrichtungen (Schulte und Kühnen waren Soldaten!) sollen die „Handschrift" der Bande tragen. So wurde z.B. bei einem dieser Überfälle ein Nunchako als Waffe benutzt (zwei miteinander verbundene Hölzer), das bekanntermaßen von Hoffmann aus Nürnberg benutzt wird. (Ein Nunchako ist sehr schwer zu beherrschen, also nicht von „irgendwem" erfolgreich anzuwenden).

Hier muß alles aufgedeckt werden

Nach den ersten groß aufgemachten Presseberichten über diese Festnahmen war bis heute nichts neues mehr zu vernehmen.

Es hat den Anschein, als ob auch in diesem Fall von Seiten des Staates eher alles getan wird, die tatsächlichen Zusammenhänge zu vertuschen, als nun wirklich Lichts ins Dunkel zu bringen.

So sind bis heute die angekündigten Verhaftungen nicht erfolgt; so sind die Namen der übrigen Teilnehmer an der Übung im „Wiking-Hof" nicht bekannt; so fehlt jeder Hinweis auf die „Hansa"-Bande in der Berichterstattung usw. usf.

Daß überhaupt so viel bekannt geworden ist, liegt auch hier einzig und allein an der eigenständigen Untersuchungsarbeit von Antifaschisten; es wird auch allein ihr Verdienst sein, wenn die verantwortlichen Mitglieder der Bande hinter Gittern sitzen, die Bande selbst verboten wird und diesem Spuk endlich ein Ende bereitet wird.



Nr.1 Jänner/Februar 1978

Die volkstreue Jugend

Mannschaftswagen mit Wehrsportgruppe*

Wir sind die Zukunft Deutschlands - kämpft mit uns für die Einheit der Nation! Helft uns und wir gewinnen die Zukunft - für unser Volk und für DEUTSCHLAND ...! Benützen SIE beiliegenden Einzahlungsschein für 1978 ... danke ...!
*Wiking-1977

In Österreich beschlagnahmt: Nazi-Jugendzeitung „Sieg" mit „Hansa"-Titelbild

„HANSA"-Bande und NPD

„Nach hiesiger Auffassung besteht zwischen der NPD und der NSDAP/ AO [Lincoln/Lauck] kein erkennbarer Zusammenhang." — So erklärte der Staatsschutz (Abteilung FD 7) noch am 21.1.77.

Bis heute hat sich — folgt man den offiziellen Stellungnahmen — daran nichts geändert.

Danach besteht in Hamburg eben seit dem Frühjahr 77 eine Nazi-Bande mit — die offiziellen Angaben schwanken — um die 20 Mitglieder, die unter der Führung von Michael Kühnen als „ANS", als „NSDAP" oder „Freizeitverein Hansa" in Erscheinung treten. Selbst nach Bekanntwerden der verschiedenen Überfälle der Bande war aus offizieller Quelle nur von einer anonymen „Wehrsportgruppe" zu hören; nicht einmal die Verbindung dieser Gruppe von Kriminellen zur Bande, geschweige denn zur „Wiking-Jugend" bzw. NPD wurde o f f i z i e l l bekanntgegeben.

Wenn heute b e w i e s e n werden kann, daß diese gesamte Bande eine aus Mitgliedern der JN im wesentlichen bestehende, von Kadern der NPD und der „Wiking-jugend" ausgebildete Terrortruppe ist, dann ist dies a l l e i n auf die eigenständige Untersuchungsarbeit von Antifaschisten zurückzuführen.

So sind uns mittlerweile als NPD/ JN-Mitglieder bekannt:

Lutz Wegener,
mittlerweile wegen Banküberfall und Waffenraub verhaftet; er überfiel zusammen mit Wolfgang Behrend (JN-Funktionär!) 1976 die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen sowie eine Juso-Veranstaltung in Buchholz/ Nordheide (deshalb zu einer Jugendstrafe „auf Bewährung" vorbestraft); am 17.6.76 wurde er zusammen mit Michael Buchmann (s.u.) und Uwe Stier (NPD-Wahlkandidat) auf der Fahrt zum „Freiheitsmarsch der Antikommunisten" durchsucht. Im Auto wurde u.a. eine Pistole gefunden.

Christian Worch,
„Wahlkandidat der ‚ANS' "; er leitet im JN-Landesvorstand das Propagandareferat (eigene Aussage vom 21.2.78)

Lothar Wrobel,
wegen Verteilens von NSDAP-Flugblättern in Zusammenhang mit Eckart vorbestraft; 1974 — 76 Beisitzer im Kreisvorstand Hamburg-Nord der NPD, Mitglied des Ordnerdienstes der NPD und seit Frühjahr 77 Leiter des Fanfarenzuges „Graf Spee" der NPD/JN-Hamburg. Nach einem ersten Auftritt beim NPD-Landesparteitag am 8.5.77 waren es am 26.6.77 im wesentlichen Mitglieder dieses Fanfarenzuges, die anläßlich des NPD-Landesparteitags in Kiel in einer Horde von 15 — 20 Schlägern drei herumstehende Antifaschisten krankenhausreif schlugen.

Tibor Schwarz,
stellvertretender Kreisvorsitzender der JN Hamburg-Nord; Bürgerschaftskandidat der „ANS";

Mathias Weber,
seit Anfang 76 JN-Kreisvorsitzender in Hamburg-Eimsbüttel und Mitglied des Landesvorstands; beteiligt am Überfall vom 26.6.77 sowie am 15.5.77.

Ulrich Thetart,
JN-Landesvorsitzender seit etwa Mitte 76, wiedergewählt am 10.4.77; in seiner Wohnung war bei einer Hausdurchsuchung „NSDAP"-Material gefunden worden. In einem Prozeß Anfang Oktober 77 wurde er f r e i g e s p r o c h e n , mit der Begründung, daß ihm das Material ja evtl. provokativ zugeschickt worden sein könnte;

Philipp Schönmann,
Vorgänger Thetarts als JN-Landesvorsitzender; im selben Prozeß wurde auch er freigesprochen.

Friedhelm Pützmann,
stellvertretender JN-Vorsitzender seit dem 10.4.77; beteiligt an der Schlägerei am 23.7.77 sowie der Kappler-„Ehrenwache" am 20.8.77. Stellvertretender Vorsitzender der „ANS"

Klaus Dieter Puls,
verhaftet wegen Beteiligung an dem Überfall in Bergen-Hohne; besuchte schon 1974 den „NSDAP"-„Führer" Lauck in dessen Abschiebehaft; trat zusammen mit Rohwer 1975 als „Zeuge" in einem Prozeß gegen das Ehepaar Müller von der „NS-Kampfgruppe Mainz" auf (laut Aussage des Richters haben beide damals g e l o g e n). Veröffentlichte in den NPD-Hamburg-Nachrichten Anzeigen.

Michael Buchmann,
NPD/JN-Mitglied mindestens seit 1974; in mehreren Fällen angezeigt wegen Beteiligung an Überfällen auf Antifaschisten. Am 15.5.77 am Osdorfer Born zusammen mit der Bande und später bei verschiedenen NPD-Infoständen (u.a. 25.6.77) und dem JN-Bundeskongreß am 16./ 17.9. in Osnabrück zusammen mit Bandenmitgliedern und NPD-Funktionären. Heute tritt Buchmann — ebenso wie Wegener bis zu dessen Verhaftung — öffentlich nicht mehr in Erscheinung. Mit Wegener verbindet ihn eine alte Bekanntschaft: Beide wurden als NPD-Ordner auf der Fahrt zum „Freiheitsmarsch der Antikommunisten" am 17.6.76 durchsucht; im Auto wurde u.a. eine Pistole gefunden.

Michael David,
Mitglied im JN-Landesvorstand Hamburg seit dem 10.4.77; beteiligt an der Mundsburg (23.7.77) und dem 26.11.77 (ANS-Gründung); Flugblattverteiler der „ANS".

Weitere Bandenmitglieder sind uns noch aus einer Vielzahl von NPD-Auftritten bekannt, wo sie als Schläger offensichtlich von der NPD gern gesehen und geduldet werden.

Wie wenig die immer von der NPD geäußerten „Abgrenzungsbeschlüsse" tatsächlich wert sind, machen offizielle Stände und Aufmärsche der NPD/JN unter Beteiligung bekannter „Hansa"-Banden-Mitglieder deutlich: So der JN-Kongreß am 16./17.9.77 in Osnabrück, so ein NPD-Treffen in Oldenburg am 29.10.77 oder ein NPD-Infostand in Hamburg ebenfalls am 29.10.77.

Zuletzt am 13.4.77 „bewies" sich erneut die gute Zusammenarbeit von NPD und „Hansa"-Bande: Als Hunderte von Polizisten eine NPD-Veranstaltung zur Wahlkampferöffnung mit dem NPD-Vorsitzenden Mußgnug am 14.4.78 in Hamburg „schützten" und antifaschistische Demonstranten festnahmen und Jagd auf sie veranstalteten, marschierten ca. 20 Bandenmitglieder in die NPD-Veranstaltung. Zuvor hatten sie in der Innenstadt Flugblätter der „ANS" verteilt, mit denen sie vor allem gegen die Kandidatur der „Bunten Liste/Wehrt Euch-Initiativen für Demokratie und Umweltschutz" Stimmung zu machen versuchten.

Selbst die bekanntesten Propagandisten des Nazismus wie Schönborn, Christophersen und Roeder haben immer wieder in bestem Einvernehmen mit der NPD zusammengearbeitet:

— So war Schönborn nicht nur Chef einer „Bürgerinitiative Wählt NPD" (1976), von der sich die NPD nie distanziert hat, im Gegenteil: Am 23.8.76 trat er mit dem NPD-Kandidaten Kurt Bauer in Frankfurt auf einer Veranstaltung auf.

— Auf Christophersens „Herbsttagung" vom 19. — 23.11.75 überbrachte Kurt Wittkowskis als „offizieller Vertreter" der NPD „Grüße der NPD" („Bauernschaft" 4/76).

— Am 18.4.74 forderte der Westberliner NPD-Vorsitzende alle NPD-Mitglieder auf, an der von Roeder veranstalteten Demonstration am 25.4.74 vor dem alliierten Militärgefängnis Spandau teilzunehmen (wo R. Heß einsitzt). In der Nachfolge dieser Demonstration kam es zur Verwüstung einer „Auschwitz-Ausstellung", wo neben Roeder

auch die ,,NS-Kampfgruppe Mainz" der Familie Müller (alles ehemalige NPD-Mitglieder) in Erscheinung trat.

Die Verpflechtung von ,,ANS" und NPD in Schleswig-Holstein

Welche Bedeutung die NPD für diese Banden hat, macht auch das Beispiel Schleswig-Holstein deutlich.

Auf einer ,,ANS"-Pressekonferenz am 21.2.78 wurde in Hamburg ein ,,Beauftragter" für Schleswig-Holstein vorgestellt: *Frank Stubbemann*, Mineralogie-Student in Kiel. Stubbemann kommt nach eigenen Angaben aus der JU (Junge Union, CDU-Jugendorganisation — er war dort Delegierter für den Parteitag!!) und hat während seiner Bundeswehrzeit die ,,Nationalrevolutionäre Arbeiterfront" (NRAF) in Bremen aufgebaut.

Nach seiner Umsiedlung nach Kiel wurde er dort Mitglied des Landesvorstands der JN, ohne NPD-Mitglied zu sein. Als die NPD diese Wahl nicht anerkannte, trat der gesamte JN-Vorstand Ende 77 zurück. Ende 77 war es wahrscheinlich Stubbemann, der 670 Gramm Natriumcyanid gestohlen hat, eine Giftmenge, die zur Tötung der Einwohner einer mittleren Großstadt ausreicht.

Angeblich besteht also in Schleswig-Holstein keine ,,offizielle" JN mehr, das letzte Landestreffen war von 13 Personen besucht.

Heute gibt die ,,ANS" für Schleswig-Holstein 73 Kontakte an, allein 26 Personen seien Mitglieder einer ,,Nationalen Studenten-Union" in Kiel.

Peter Teufert [Kiel]: NPD/JN-Mitglied, Mitglied der ,,Wiking-Jugend" und der ,,Volkstreuen Jugend Kiel". Beteiligt am 15.5.77 in Osdorf, 26.6.77 beim Überfall in Kiel, am 22.7.77 an den Markthallen (Hamburg) und am 26.2.77 in Lurup. Teufert war Belastungszeuge gegen drei Antifaschisten bei einem Prozeß in Kiel Ende 77.

Ernst August Möller: NPD-Mitglied aus Tönning, der dort eine ,,NSDAP"-Gruppe organisiert. Ein Mitglied dieser Gruppe wurde am 26.2.78 in Lurup von Antifaschisten leicht lädiert, Möller selbst war sowohl am 15.5.77 wie am 26.2.78 anwesend.

Diese Entwicklung praktisch des überwiegenden Teils der JN hin zu einer offenen Nazi-Bande erfolgte unter direkter Anleitung von Kadern der NPD, so:

Uwe Rohwer (siehe vorne);

Manfred Börm, stellvertretender

Hans Kötter, Mitglied des NPD-,,Ordnerdienstes" aus Rendsburg, mehrfach als Schläger und rassistischer Leserbriefschreiber an die Nazi-,,Jugend"-Zeitung ,,Mut" in Erscheinung getreten. Beteiligt am 15.5.77 und am 26.2.78.

Dietmar Munier, ehemals JN-Landesvorstand, Herausgeber des ,,Wehrwolf", Zeitung der ,,Volkstreuen Jugend Kiel", die unverhohlen schon seit langem ,,neue Wege" propagiert. *,,Unser Schluß: Unsere alte Arbeit war im Sinne des ,Systems' brav und erfolglos, deshalb ließ man uns gewähren. Wir beschlossen, neue Wege zu gehen. Neue Wege, das hieß, das in Angriff zu nehmen, was als unmöglich galt [Juni 77]".* Der ,,Wehrwolf" enthielt keinerlei Hinweis auf konkrete Termine und Orte, dafür vielmehr den Hinweis, dies würde aus konspirativen Gründen nicht veröffentlicht. Offensichtlich waren diese Treffen eben Treffen der heutigen ,,ANS-Schleswig-Holstein".

Verbot der NPD

Die Tatsachen zeigen ein klares Bild: Die gesamte Bande ist ein Kind der NPD; sie konnte sich unter Anleitung von NPD-Kadern wie Rohwer, Kötter oder ganzer JN-Landesvorstände unter dem Deckmantel der ,,legalen" NPD und der ihr nahestehenden Organisationen (Wiking-Jugend, Volkstreue Jugend, JN) entwickeln. Ihre Schlägerdienste werden von der NPD immer wieder gern in Anspruch genommen.

In Hamburg sind insbesondere der Kreisvorsitzende von Eimsbüttel, Manfred Timmermann und der NPD-Vorsitzende H. J. Sabrautzky des öfteren in Zusammenhang mit der Bande aufgetreten, so Timmermann an der Mundsburg als ihr direkter ,,Einsatzleiter" und beide zusammen mit Bandenmitgliedern u.a. am 29.10.77 bei einem NPD-Stand an der Osterstraße.

Timmermann selbst war ,,Zaungast" bei der ,,ANS"-Gründungsveranstaltung am 26.11.77.

Trotz dieser Tatsachen versucht die NPD, das demagogische Spiel aufrechtzuerhalten, sie habe mit all dem nichts zu tun. Noch im August veröffentlichte der NPD-Landesverband erneut einen ,,Unvereinbarkeitsbeschluß" gegen ,,NS- und Hoffmann-Gruppen" (siehe Dokument). Zur gleichen Zeit aber werden die Schläger von der Mundsburg am 23.7.77 als ,,NPD-Mitglieder" in Schutz genommen und von ,,NPD-Anwälten" betreut (Dokument).

Speziell für Hamburg trifft offensichtlich zu, was Hans-Josef Horchem, Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes, schreibt:

,,Abgrenzungsbeschlüsse von NPD-Vorständen auf verschiedenen Ebenen bleiben wirkungslos. Teile der Jungen Nationaldemokraten sympathisieren aktiv mit den neonazistischen Ideen und den Wortführern dieses Neonazismus, dessen Aktivitäten umgesetzt wurden vor allem durch junge Leute, welche die Situation, die vor 1945 in Deutschland und Europa bestand, aus eigener Anschauung nicht kennen" und *,,Die Jungen Nationaldemokraten sind in der NPD ein aktivistisches Element. Sie haben die Zahl ihrer Mitglieder auf etwa 1.800 [1975: 1.500] erhöhen können, die in etwa 30 funktionsfähigen Kreisverbänden zusammengefaßt sind. Bei ihnen gibt es jedoch Sympathisanten und Aktivisten der neonazistischen Ideen und Gruppen. Einzelne Disziplinierungsversuche von Parteivorständen haben eine Abkehr von diesen Ideen nicht bewirken können, zumal die Partei auf ihre aktiven Mitglieder schon im Hinblick auf anstehende Wahlkämpfe nicht verzichten kann ..."* (Beiträge zur Konfliktforschung, 4/77).

Wenn er wollte, könnte der Staatsschutz mit Sicherheit noch wesentlich mehr als die von uns zusammengetragenen B e w e i s e für diese Tatsachen vorlegen. Wenn er es nicht tut, und wenn auch alle übrigen Stellen diese Zusammenhänge nicht aufdecken, so kann der Grund dafür nur in ihrem Interesse liegen, die NPD ,,rauszuhalten" und allenfalls mit einigen publicity-trächtigen Aktionen gegen d a n n allerdings teilweise ,,exotisch" anmutende Nazi-Banden antifaschistischen Stimmungen innerhalb der Bevölkerung das Wasser abzugraben.

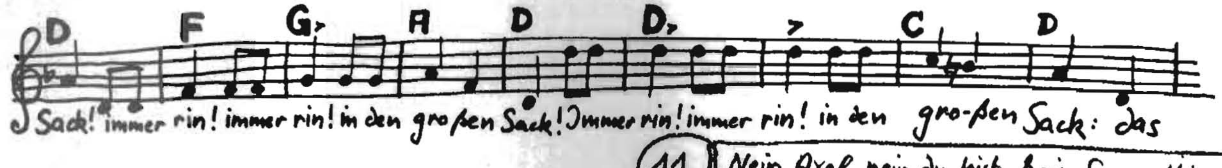
Für Antifaschisten bedeutet dies, daß sie diesen Zusammenhang immer wieder aufdecken müssen, um die Empörung gegen diese ,,NSDAP"-Umtriebe auch gegen die neonazistische Hauptkraft NPD richten zu können.

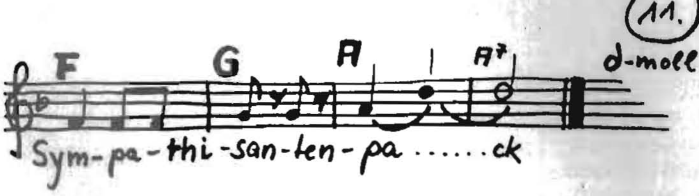


Wolf Biermann:

Das Lied vom Sack







(11.) Nein Axel, nein du bist kein Sympathisant
Du selbst bist ein Meinungs-Terrorist!
Drum fürchte dich nicht vor dem ganz großen Sack
– du kommst in einen, der extra ist!
Refr: Immer rin ...... in den Extra-Sack
Das Terroristenpack

2. Und dabei gibt es hier Pack genug
Das eine brutale Sympathie
Mit Mördern hat im Großformat!
[und nicht mal klammheimlich ist die!]
Immer rin! immer rin!....

3. Der Kreuzfahrer mit dem Seppelhut
Wir sahen ihn pilgern zu Pinochet
Er betet des Mörders Lügen nach
Und leckt ihm vom Stiefel das Blut
Immer rin! immer rin!...

4. Warum konnten die Amis in Vietnam
So lässig üben den Völkermord?
Ach! weil die Verbündeten auch in Bonn
Zur Stange hielten mit Tat und Wort
Immer rin! immer rin!....

5. Und der stinkreiche Schah in dem stinkarmen Land
Viel Öl fließt da und noch mehr Blut
Und unsere Herrn, den Herren dort
Hofieren sie und zahlen ihn gut
Immer rin! immer rin!...

6. In der Lüneburger Heide blüht
Vom Staat beschützt ein Blümelein:
Der Geiselmörder von Rom blüht da
Der alte SS-Mann lacht sich ein'n

7. Und Hakenkreuze! und „Rübe ab!"
– das geht hier gefährlich nach hinten los
Grüß Gott, Herr Hitler! es gibt hier
manch kleinen Adolf-Gernegroß
Immer rin! immer rin!....

8. Seht an den KZ-Prozess in Düsseldorf
Und den Nazi-Rechts-Anwalt Stolting! Keck
Verteidigt ein Mörder dort vor dem Gericht
Die Massenmörder von Majdanek
Immer rin! immer rin....

9. In Bremen ein Neumann, der tut grade so
Als wär im Dichter- und Denkerland
Nicht schon Gedichte genug! ach und
Die Menschen wie Bücher verbrannt
Immer rin! immer rin...

(10.) Wer redet denn da in Afrika
Dem Vorster zum Munde Rassisten-Stuß?
Ich seh hier im deutschen Panoptikum
Noch manchen, der mit rein muß!
Immer rin! immer rin

(12.) Jetzt haben sie einen Sack, schön groß
Für Sympathisanten. Immerhin:
Der Sack ist prima! schlecht ist bloß
Es sitzen die falschen drin

Refr: Immer rin! immer rin! in den großen Sack
– das Sympathisantenpack!